

Landesbank
Baden-Württemberg
Stuttgart, Karlsruhe,
Mannheim und Mainz.

Jahresabschluss zum
31. Dezember 2008
und Lagebericht für
das Geschäftsjahr 2008.

INHALT

Lagebericht	3
Gewinn- und Verlustrechnung	76
Jahresbilanz	78
Anhang	82
Bestätigungsvermerk	117

Lagebericht der Landesbank Baden-Württemberg.

Die Geschäftstätigkeit der Landesbank Baden-Württemberg.

Die LBBW gehört mit einer Bilanzsumme von 426 Mrd. EUR zu den größten deutschen Kreditinstituten und zählt weltweit zu den 50 größten Banken. Mehr als 13 300 Mitarbeiter pflegen in bundesweit 215 Filialen und Stützpunkten sowie an über 20 Standorten im Ausland den Kundenkontakt. Die mittelständischen Unternehmenskunden der LBBW schätzen den weltweiten Vor-Ort-Service des globalen Netzes von 20 Repräsentanzen sowie Niederlassungen in New York, London, Singapur und – seit Februar 2008 – in Seoul. Ergänzt wird das internationale Netzwerk durch zwei Finanzierungsgesellschaften im Ausland sowie die von der LBBW betriebenen German Centres in Beijing, Mexiko-Stadt und Singapur, zu denen im Dezember 2008 ein weiteres Haus in Indien, in Delhi.Gurgaon, hinzukam. Dieses neue German Centre betreibt die LBBW zusammen mit der Bayerischen Landesbank.

Durch die Eingliederung der Landesbank Sachsen AG unter dem Namen Sachsen Bank zum 1. April 2008 und der Landesbank Rheinland-Pfalz als Rheinland-Pfalz Bank zum 1. Juli 2008 jeweils als rechtlich unselbstständige Anstalt in die LBBW wurde das Kundenspektrum im LBBW-Konzern 2008 erweitert.

Nukleus des LBBW-Konzerns ist die LBBW selbst. Neben der konzernweiten Kundenverantwortung im Kapitalmarktgeschäft sind in ihr die zentralen Stabs- und Steuerungsfunktionen sowie sämtliche Back-Office-Aufgaben des Konzerns angesiedelt. Darüber hinaus ist die LBBW im Konzern verantwortlich für das bundesweite und internationale Geschäft. In ihren Kernmärkten Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Sachsen hat die LBBW die Funktion einer Sparkassenzentralbank inne.

Mit der BW-Bank betreut der LBBW-Konzern in Baden-Württemberg über eine Million Kunden im Privatkundengeschäft, im Private Banking und im Wealth Management. Ferner betreibt sie in Südwestdeutschland das auf den Mittelstand fokussierte Unternehmenskundengeschäft. In der Landeshauptstadt Stuttgart fungiert die BW-Bank zudem als Sparkasse.

Die Rheinland-Pfalz Bank übernimmt heute für Rheinland-Pfalz und die angrenzenden Wirtschaftsräume als regionale Kundenbank das Geschäftsfeld des Unternehmenskundengeschäfts mit einem besonderen Fokus auf mittelständische Kunden. Außerdem engagiert sie sich im Private Banking und bei der Beratung institutioneller Kunden.

Als regionale Kundenbank für Sachsen und die angrenzenden Wirtschaftsräume steht die Sachsen Bank heute den gehobenen Privat- und den mittelständischen Unternehmenskunden der LBBW in Sachsen zur Seite. Darüber hinaus initiiert sie von Sachsen aus den Aufbau neuer Geschäftsfelder in Tschechien und Polen. Das Leistungsspektrum des LBBW-Konzerns wird ergänzt durch die auf bestimmte Geschäftsfelder wie Leasing, Factoring, Asset Management, Immobilien oder Beteiligungsfinanzierung spezialisierten Tochtergesellschaften.

Wirtschaftliche Rahmenbedingungen. Weltwirtschaft.

Das Jahr 2008 wird in der wirtschaftshistorischen Betrachtung als ein besonderes in die Geschichtsbücher eingehen. Selten zuvor konnte solch eine abrupte konjunkturelle Kehrtwende beobachtet werden. Eine zentrale Rolle spielte im Jahr 2008 die Finanzmarktkrise und deren Rückwirkungen auf die Realwirtschaft in den entwickelten Volkswirtschaften beiderseits des Atlantiks. Auf der Annahme eines im Jahr 2008 andauernden Preisverfalls am US-Immobilienmarkt aufbauend, bewahrheitete sich die Einschätzung der LBBW, der zufolge die USA in eine Rezession abgleiten dürften. Zunächst jedoch überraschten die Daten für das Wirtschaftswachstum im ersten Quartal auf der positiven Seite. Die Entwicklung in den USA war umso bemerkenswerter, als das amerikanische Forschungsinstitut NBER (National Bureau of Economic Research) den offiziellen Rezessionszeitpunkt bereits auf den Dezember 2007 datierte.

Ab dem Frühjahr gingen die Frühindikatoren allerdings in den freien Fall über. Die Kreditkrise aus den USA zeigte Wirkung in der Realwirtschaft. Seit dem zweiten Quartal war beiderseits des Atlantiks das BIP-Wachstum rückläufig. Zwar hatten sich in den USA die Schwierigkeiten am Markt für Wohnimmobilien bereits abgezeichnet, aber dass daraus den Banken ein weltweiter Abschreibungsbedarf von über 1 000 Mrd. US-Dollar entsteht, war zunächst kaum vorstellbar. Erst recht undenkbar war das Verschwinden international bekannter Bankadressen. Die realwirtschaftliche Krise vollzog sich in

den Industrieländern nach dem Domino-Prinzip. Mit zunehmenden Schwierigkeiten im Bankensektor wurde für die Unternehmen und privaten Haushalte der Zugang zu Krediten erschwert, was die Gesamtnachfrage dämpfte. Fallende Hauspreise und die Baisse an den Aktienmärkten sorgten zudem für einen erheblichen negativen Vermögenseffekt, der eine Branche nach der anderen in seinen Strudel zog. Dabei gab es Staaten wie die USA, Irland, Spanien und Großbritannien, die eher am Anfang der Dominokette standen und die alle auf ihre Weise nach dem Platzen einer Blase am Wohnimmobilienmarkt ins Trudeln gerieten, und andere, die wie Deutschland weiter hinten standen und über die internationalen Handelsverflechtungen getroffen wurden. Das wahre Ausmaß der Krise wird jedoch erst in den Wachstumszahlen des Jahres 2009 abzulesen sein. Per saldo verbuchten die USA voraussichtlich noch einen BIP-Zuwachs von 1,3 % im Jahr 2008. Den letzten Angaben des Internationalen Währungsfonds (IWF) zufolge blickt das Welt-BIP auf einen Zuwachs von 3,4 % zurück.

Deutschland.

Das deutsche Wachstum profitierte im ersten Halbjahr von den hohen Auftragseingängen im Vorjahr. Im verarbeitenden Gewerbe lag die Produktion noch auf einem hohen Niveau und auch die Ausstattungsinvestitionen legten im zweiten Quartal überdurchschnittlich stark mit 7,6 % im Jahresvergleich zu. Die rasch voranschreitende Abkühlung der Weltkonjunktur sowie die von immer mehr Vorsicht und Zurückhaltung geprägte Grundstimmung führten schließlich zu einer Kehrtwende. War der Export stets der Garant für die prosperierende deutsche Wirtschaft, hat der Außenhandel zuletzt die Wirtschaftsleistung bei leicht zurückgehenden Exportvolumina und zugleich überdurchschnittlich angestiegenen Einfuhren im dritten Quartal deutlich gedämpft. Die hohe Exportabhängigkeit macht sich nun negativ bemerkbar. Der private Konsum hat sich hingegen angesichts der abrupten Kehrtwende des Rohölpreises und der anhaltend positiven Arbeitsmarktentwicklung sowie höherer Entgeltzuwächse noch gut behauptet. Allerdings blieb der deutsche Konsum mit Blick auf die schwache Grundtendenz der realen Verbrauchsausgaben und die niedrige Anschaffungsneigung auf einem niedrigen Niveau. Ersten Angaben des Statistischen Bundesamtes zufolge stieg das deutsche BIP im Kalenderjahr 2008 um 1,3 %. Da die Krise einige Länder, wie etwa Italien, besonders schwer traf, wird für die gesamte Eurozone lediglich ein BIP-Wachstum von 0,9 % zu erwarten sein.

Notenbankpolitik.

Die großen Notenbanken waren in Anbetracht der Krisensituation zu ungewöhnlichen Maßnahmen gezwungen. Zum einen musste der beschleunigten wirtschaftlichen Abwärtsdynamik begegnet werden, zum anderen erforderte das gegenseitige Misstrauen am Interbankenmarkt ein deutliches Eingreifen der Zentralbanken. Offensichtlich wurden die Verspannungen beispielsweise am europäischen Interbankenmarkt an der Differenz des 3-Monats-Interbanken-Satzes zum EZB-Leitzins.

Während die Differenz gewöhnlich bei rund 20 Basispunkten liegt, stieg sie in der Spitze auf 140 Basispunkte. Die Situation war dabei rings um den Globus sehr ähnlich. Die EZB übernahm faktisch den ansonsten über den Geldmarkt laufenden Liquiditätsausgleich zwischen den Kreditinstituten. Einerseits erfolgte dies auf der Refinanzierungsseite durch unbegrenzte Gebotszuteilungen zum festen Zinssatz. Darüber hinaus verringerte die EZB die Differenz zwischen dem Zins für die Spitzenrefinanzierungsfazilität und dem Zins für die Einlagenfazilität von den sonst üblichen zwei Prozentpunkten auf einen Prozentpunkt. Hinsichtlich der Zinspolitik verunsicherte die EZB im ersten Halbjahr jedoch mit ihrem Hervorheben der Inflationsrisiken und den dahinter zurückstehenden wirtschaftlichen Risiken. Noch im Juli hob die EZB den Leitzins um 25 Basispunkte auf 4,25 % an. Kurze Zeit nach ihrer überraschenden Zinsanhebung musste die EZB jedoch der sich verschärfenden Krise Tribut zollen und vollzog einen Wechsel ihrer geldpolitischen Ausrichtung in Richtung fallender Leitzinsen. Damit bestätigte sich im Nachhinein die Erwartung der LBBW vom Frühjahr 2008, der zufolge die EZB im Verlaufe des Jahres 2008 die Zinsen ermäßigen würde. Die EZB senkte per saldo ihren wichtigsten Notenbanksatz um 175 Basispunkte auf 2,5 % zum Jahresende 2008. Darunter befand sich auch ein historischer Schritt in Höhe von 75 Basispunkten im Dezember. In den USA senkte die Fed die Leitzinsen im Jahresverlauf von 4,25 % auf praktisch Null (Zielband 0 bis 0,25 %) zum Jahresende. Angesichts des Erreichens der Nullzinslinie kündigte die US-Notenbank an, alle verfügbaren geldpolitischen Instrumente zu nutzen. Dabei liegt der Fokus auf Instrumenten einer »quantitativen Lockerung« (»Quantitative Easing«). Die Maßnahmen umfassen dabei den Kauf von hypothekenbesicherten Wertpapieren, auch der Kauf langlaufender US-Staatsanleihen wurde angekündigt. Darüber hinaus wird ein neues Instrument errichtet, mit dem die Ausgabe von Krediten an kleine Unternehmen und Verbraucher gefördert werden soll (TALF).

Rentenmärkte.

An den internationalen Rentenmärkten verlief das erste Halbjahr 2008 diesseits und jenseits des Atlantiks noch recht unterschiedlich. Während langlaufende US-Staatsanleihen sich im Spannungsfeld zwischen Inflationsrisiken und dem sich abzeichnenden konjunkturellen Abschwung seitwärts bewegten, sorgte die Betonung von Inflationsrisiken durch die EZB für einen Renditeanstieg. In diesem Umfeld stieg die Rendite 10-jähriger Bundesanleihen in der Spitze bis auf 4,70 % zur Jahresmitte und erreichte damit exakt wieder das Hoch des Vorjahres; 2-jährige Papiere rentierten in Erwartung weiterer EZB-Zinsanhebungen zeitweise sogar darüber. Doch mit den einsetzenden Hiobsbotschaften aus dem Finanzsektor und den nun offensichtlichen Gefahren für die Weltkonjunktur fielen die Renditen langlaufender Staatsanleihen in den Herbstmonaten rings um den Globus in hoher Geschwindigkeit auf neue Tiefstände. In der Eurozone fielen die Renditen bereits in den Sommermonaten durch die von der EZB vollzogene Kehrtwende. Im weltweiten Reigen beschleunigte sich der Abwärtstrend, wodurch schließlich 10-jährige Bundesanleihen ein neues historisches Tief bei 2,92 % zum Jahresende 2008 erreichten.

Devisenmärkte.

An den Devisenmärkten wertete der Euro gegenüber dem US-Dollar im Frühjahr zunächst auf Rekordhöhen auf. Dies geschah vor dem Hintergrund der sich deutlich zugunsten des Euroraums ausweitenden Zinsdifferenz. Die zugespitzte Situation an den Finanzmärkten in den Sommermonaten führte schließlich zu einer beispiellosen Rückabwicklung von Carry-Trades. In dessen Folge wertete der Japanische Yen sowohl gegenüber dem US-Dollar als auch gegenüber dem Euro massiv auf. Gleichzeitig mussten Hochzinswährungen deutliche Einbußen gegenüber den Hauptwährungen hinnehmen. Die hierdurch freigesetzte Liquidität wurde zum Gros in die USA repatriert, wodurch der US-Dollar zum Euro bis zum Oktober um rund 20% auf einen Stand von 1,24 US-Dollar pro Euro aufwertete. Eine bemerkenswerte Entwicklung verzeichnete auch das Britische Pfund. Während die Währung gegenüber dem Euro bis in die Herbstmonate nahezu konstant um die Marke von 0,80 GBP pro Euro handelte, führten die Zinssenkungen im November und Dezember im Umfang von 250 Basispunkten und die Sorgen um das britische Finanzsystem zu einer kräftigen Abwertung des Britischen Pfund. Mit 0,97 GBP pro Euro notierte das Pfund zum Jahresende so schwach wie nie zuvor gegenüber dem Euro.

Aktienmärkte.

Das Aktienjahr 2008 war für alle Anleger eine große Enttäuschung. Nachdem zunächst nur Banken und Versicherungen angesichts der Finanzmarktkrise in Schwierigkeiten gerieten, traf es im vierten Quartal auch die Aktien der Industrieunternehmen deutlich. Der Auftragsbestand ging innerhalb kürzester Zeit massiv zurück, zahlreiche Prognosereduzierungen und Gewinnwarnungen waren die Folge. Vor allem institutionelle Investoren trennten sich in großem Umfang von ihren Papieren und sorgten für einen rapiden Absturz an den Börsen rund um den Erdball. Erst im Dezember kam es zu einer leichten Stabilisierung. Per saldo verloren DAX und Euro Stoxx 50 im letzten Jahr über 40%, die amerikanische Börse schnitt ähnlich schwach ab.

Entwicklung der Kreditwirtschaft. Bankengeschäftsjahr 2008 durch die Finanzmarktkrise geprägt.

Die internationale Finanzmarktkrise hat in der Kreditwirtschaft das Geschäftsjahr 2008 geprägt. Ein Krisenumfeld gestörter Märkte für eine Vielzahl von Finanzprodukten und fortgesetzte Belastungen aus Wertberichtigungen zeichneten die Geschäfts- und Ertragsentwicklung der Branche 2008 schwer.

Weltweit verloren Institute erheblich an Wert, einige fallierten bzw. mussten vor dem Zusammenbruch gerettet werden. In Deutschland bewahrten Ausfallgarantien des Bundes unter Beteiligung der deutschen Kreditwirtschaft die Hypo Real Estate vor dem »Aus«.

Angesichts der mit einer systemischen Krise des internationalen Finanzsystems verbundenen Gefahren, die nach der Insolvenz der US-Investmentbank Lehman Brothers im September und dem Staatsbankrott Islands im Oktober nochmals eine neue Dimension erreichten, intervenierten Regierungen und Notenbanken in zunehmendem Ausmaß. Weltweit ist der staatliche Einfluss auf die Kreditwirtschaft gestiegen. Dazu trugen sowohl staatliche Beteiligungen bei Instituten im Zuge von individuellen Rettungsmaßnahmen als auch allgemeine Maßnahmen und spezifische Reglementierungen im Zusammenhang mit den staatlichen Hilfspaketen bei.

In Deutschland brachte die Bundesregierung ein 500 Mrd. EUR schweres Hilfspaket für die deutsche Kreditwirtschaft auf den Weg, das unter bestimmten Auflagen neben Garantien, die den darniederliegenden Interbankenmarkt beleben sollen, vor allem die Möglichkeit einer Eigenkapitalstärkung für die Institute bietet.

Im Zuge der Krise haben sich an den Märkten erhöhte Eigenkapitalanforderungen für Kreditinstitute etabliert. Darüber hinaus hat sich ein Vertrauensverlust in der Finanzbranche eingestellt, der zu einer drastischen Reduzierung langfristiger Refinanzierungsmittel führte. (Re)kapitalisierungsfähigkeit und Refinanzierungsfähigkeit haben daher als Wettbewerbsfaktoren an Bedeutung gewonnen.

Geschäftsmodelle verstärkt auf dem Prüfstand.

Das Geschäftsmodell der großen, reinen Investmentbanken hat sich in der Krise als nicht tragfähig erwiesen. So haben in den USA die beiden letzten großen Investmentbanken Goldman Sachs und Morgan Stanley wieder den Status herkömmlicher Geschäftsbanken beantragt. Eine wieder stärkere Hinwendung der Branche zum klassischen Kundengeschäft zeichnet sich ab. Viele Institute

haben darüber hinaus mit einer Redimensionierung begonnen, mit der Stellenstreichungen, der Abbau von Risikopositionen und eine restriktivere Mittelvergabe für größere Finanzierungsvorhaben verbunden sind.

Der Konsolidierungstrend in der Branche hat sich 2008 nochmals verstärkt. In Deutschland haben sich Commerzbank und Dresdner Bank sowie DZ BANK und WGZ zu einer Bündelung ihrer Kräfte zusammengefunden. Im Landesbankensektor hielten die Überlegungen über eine weitere Konsolidierung an.

Wichtige Ereignisse im Geschäftsjahr. Rheinland-Pfalz Bank und Sachsen Bank als neue regionale Kundenbanken im Konzern etabliert.

2008 wurden die Landesbank Rheinland-Pfalz und die Sachsen LB als unselbstständige Anstalten in den LBBW-Konzern integriert. Die technische Migration der Geschäftsdaten beider Banken in die Systemwelt der LBBW wurde abgeschlossen. Gleichzeitig wurde eine Neuausrichtung der Geschäftsmodelle umgesetzt. Im Zentrum steht zukünftig in beiden Häusern die Funktion einer regionalen Kundenbank, insbesondere für mittelständische Unternehmenskunden und vermögende Privatkunden in den jeweiligen Kernmärkten.

Akquisition in Tschechien durchgeführt.

Die LBBW hat 2008 von der BAWAG P.S.K., Österreich, die BAWAG Bank CZ mit Sitz in Prag übernommen. Das Institut mit einer Bilanzsumme von 1,2 Mrd. EUR, das seit September unter dem Namen LBBW Bank CZ a.s. am Markt auftritt, ist tschechienweit im Unternehmens- und Privatkundengeschäft tätig. Es wird in Zukunft schwerpunktmäßig tschechische, deutsche und andere internationale große und mittelständische Unternehmenskunden in Tschechien und grenznahen Regionen Sachsens sowie gehobene Privatkunden betreuen. Mit dieser Akquisition hat die LBBW einen wichtigen Schritt zur Ausweitung der Vertriebsaktivitäten in Richtung Mittel- und Osteuropa im Rahmen der angestrebten weiteren Internationalisierung des Konzerns vollzogen.

Geschäftsentwicklung der LBBW. Ertragslage.

Die im Folgenden gemäß VöB-Schema dargestellten Zahlen für das Geschäftsjahr 2008 sind durch die Verschmelzung der LRP Landesbank Rheinland-Pfalz zum 1. Januar 2008 und die Anwachsung der Sachsen LB zum 1. April 2008 beeinflusst.

Die Vorjahreszahlen wurden in nachfolgender Darstellung zum Zwecke der Vergleichbarkeit angepasst. Entsprechend dem Zeitpunkt des wirtschaftlichen Übergangs des Vermögens erfolgte die Anpassung der Vorjahreszahlen der LBBW um das gesamte Ergebnis der LRP für das Jahr 2007 und grundsätzlich um das Ergebnis der Sachsen LB für 9 Monate des Jahres 2007. Das Ergebnis eines Monats wurde hierbei im Wege einer Durchschnittsberechnung ermittelt.

Gewinn- und Verlustrechnung der LBBW.

	GuV-Posten	2008	2007 angepasst	2007	Veränderung 2007/2008	
		Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	in %
1. Zinsüberschuss	1,2,3,4	2 801	2 195	1 828	606	28
2. Provisionsüberschuss	5,6	407	563	503	-156	-28
3. Nettoergebnis aus Finanzgeschäften	7	359	107	124	252	>100
4. Verwaltungsaufwendungen	10,11	-1 531	-1 482	-1 239	-49	3
5. Sonstige betriebliche Erträge/ Aufwendungen	8,12,25	218	55	26	163	>100
6. Betriebsergebnis vor Risikovorsorge-/ Bewertungsergebnis		2 255	1 438	1 241	817	57
7. Risikovorsorge-/Bewertungsergebnis	9,13,14,16,17,18,19	-2 605	-1 428	-845	-1 177	82
8. Auflösung des Fonds für allgemeine Bankrisiken	15	1 120	0	0	1 120	
9. Betriebsergebnis (Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit)		769	10	397	759	>100
10. Außerordentliche Erträge/Aufwendung	21,22,26	-345	-14	-14	-331	>100
11. Teilgewinnabführungen	27	-284	-259	-215	-25	10
12. Jahresüberschuss vor Steuern		140	-263	168	403	>100
13. Steuern	24	-46	22	17	-68	>100
14. Jahresüberschuss	28	94	-241	185	335	>100

Deutliche Verschärfung der Finanzmarktkrise im zweiten Halbjahr 2008.

Steigende Ausfallraten im Subprime-Bereich des US-Hypothekenmarktes sowie Marktverwerfungen der relevanten Verbriefungsprodukte und damit verbundene Liquiditätsengpässe haben seit dem Sommer 2007 zu wiederholten Verwerfungen an den internationalen Geld- und Kreditmärkten geführt. Seitdem mehrten sich die Meldungen über Schieflagen von Finanzdienstleistern, während die Börsen zu einem zeitweisen Sinkflug ansetzten und einzelne Staaten in erhebliche finanzielle Schwierigkeiten gerieten.

Den Folgen der hektischen Marktentwicklungen, welche auch Ausfluss der anhaltenden Vertrauenskrise waren, konnte sich die Landesbank Baden-Württemberg aufgrund ihrer Einbindung in das globale Finanzmarktgeschehen nicht entziehen. Die mit dem krisenverstärkenden Zusammenbruch der Investmentbank Lehman Brothers beobachtbare Abwärtsspirale der Wertansätze hat sich dabei überproportional auf die aus der Übernahme der ehemaligen Landesbank Sachsen AG zugegangenen Verbriefungsprodukte sowie auf Verbriefungsbestände der ehemaligen Landesbank Rheinland-Pfalz ausgewirkt. Jedoch wurden nicht nur Verbriefungsprodukte von den immer stärker um sich greifenden Verunsicherungen der Investoren in Mitleidenschaft gezogen, sondern auch als an sich solide geltende Anlagen. Hierunter fielen insbesondere Staatsanleihen aus verschiedenen Ländern der Europäischen Währungsunion, bei denen eine deutliche Spreadausweitung zu verzeichnen war. Mit dieser Entwicklung im Zusammenhang stiegen in der jüngeren Vergangenheit die Risikoaufschläge insbesondere bei jenen Credit Default Swaps (kurz: CDS), die sich auf das Ausfallrisiko von verschiedenen staatlichen Emittenten beziehen.

Die in ihrem Ausmaß unerwartet aufgekommenen Krisenereignisse der zweiten Jahreshälfte 2008 machten deutlich, dass Intensität und Dauer der Finanzkrise sowie die dadurch zu Tage getretenen Risiken für die Ertragslage der Bankenbranche nicht vorhersehbar gewesen waren. Auch wenn bereits erste Entspannungen in Bezug auf die Liquiditätsversorgung der Institute erkennbar sind, ist ein Ende der anhaltenden Krisensituation derzeit nicht zuverlässig vorhersagbar. Dabei bleibt auch abzuwarten, wie sich die staatsgarantierten Emissionen verschiedener Banken auf andere Märkte, wie z. B. den Pfandbriefmarkt, auswirken werden. Bereits heute ist erkennbar, dass die Finanzmarktkrise weitestgehend nahtlos in eine deutliche Eintrübung der konjunkturellen Situation mündete.

Trotz Belastung des Ergebnisses durch Primär- und Sekundäreffekte der Finanzmarktkrise Steigerung im Zinsüberschuss und Nettoergebnis aus Finanzgeschäften.

Der Zinsüberschuss verzeichnete einen Anstieg um 28 % bzw. 606 Mio. EUR auf 2 801 Mio. EUR. Eine Belastung des Zinsüberschusses aus im Zusammenhang mit der Finanzmarktkrise stehenden erhöhten Aufwendungen für Liquidität und Refinanzierung konnte dabei durch gegenläufige Ergebniszuwächse ausgeglichen werden. Die innerhalb des Zinsüberschusses auszuweisenden Beteiligungserträge wirkten mit 846 Mio. EUR positiv. Ursächlich hierfür waren insbesondere Gewinne aus konzern-internen Veräußerungen von mittelbar über Holdinggesellschaften gehaltenen Beteiligungen infolge der Restrukturierung des Beteiligungsportfolios der LBBW nach Integration der ehemaligen Sachsen LB und LRP. Darüber hinaus trug eine Ausschüttung aufgelaufener Gewinne der LBBW Immobilien GmbH zu höheren Beteiligungserträgen bei.

Der Provisionsüberschuss lag im Geschäftsjahr 2008 mit 407 Mio. EUR unter seinem Vorjahreswert. Der von der Entwicklung des Börsenumfeldes maßgeblich beeinflusste Rückgang der Provisionen aus dem Wertpapier- und Depotgeschäft sowie aus dem Kredit-, Treuhand- und Avalgeschäft (insgesamt 184 Mio. EUR) konnte durch Zuwächse bei anderen Provisionsarten, wie z. B. bei Syndication & Participation Fees und im Geschäftsfeld Akquisitions- & Leverage-Finanzierungen (insgesamt 19 Mio. EUR) nicht mehr ausgeglichen werden.

Das Nettoergebnis aus Finanzgeschäften lag mit 359 Mio. EUR deutlich über dem angepassten Vorjahreswert von 107 Mio. EUR (+ 252 Mio. EUR). Insbesondere der Zinsderivate- und Geldhandel konnte im 4. Quartal seine Erträge steigern. Der Geldhandel profitierte dabei von der Entwicklung der Liquiditäts- und Bid-/Offer-Spreads sowie der auf Zinssenkung ausgerichteten Portfoliostruktur. Weiterhin positiv war der Handel mit Commodities.

Durch Integrationsanstrengungen geprägte Kostenentwicklung.

Die Verwaltungsaufwendungen erhöhten sich geringfügig um 3 % bzw. 49 Mio. EUR auf 1 531 Mio. EUR. Ausschlaggebend für diese Entwicklung war im Wesentlichen der Anstieg der anderen Verwaltungsaufwendungen um 12 % bzw. 62 Mio. EUR. Der Anstieg ist vorrangig auf den Anstieg der Mieten und Nebenkosten, EDV-Kosten sowie Beiträge und Umlagen zurückzuführen. Bei den Personalaufwendungen gab es einen Rückgang bei Löhnen und Gehältern insbesondere aufgrund des Verzichts auf Bildung von Rückstellungen für freiwillige leistungsorientierte Zahlungen für das Jahr 2008. Dagegen wirkten bei den Personalaufwendungen ein Mitarbeiteraufbau in den strategischen Wachstumsfeldern sowie die erforderliche Mehrdotierung der Pensionsrückstellungen im Zusammenhang mit dem anstehenden Neuabschluss des Tarifvertrages für das Bankgewerbe belastend.

Bedingt durch die vorab bezifferten Ergebniseffekte errechnet sich für die Landesbank Baden-Württemberg eine Cost-Income-Ratio (CIR) von 40 %. Bereinigt um die Folgen der Finanzmarktkrise und Sondereffekte ergibt sich eine CIR von 54 %.

Das sonstige betriebliche Ergebnis wies im Vorjahresvergleich eine deutliche Steigerung auf. Die positive Ergebnisentwicklung war primär geprägt durch gestiegene Veräußerungsgewinne aus Grundstücken und Gebäuden in Höhe von 178 Mio. EUR.

Betriebsergebnis und Jahresüberschuss aufgrund der Finanzmarktkrise belastet.

Aufgrund eines verbesserten Zinsüberschusses und Nettoergebnisses aus Finanzgeschäften sowie eines höheren sonstigen betrieblichen Ergebnisses konnte das Betriebsergebnis vor Risikovorsorge-/Bewertungsergebnis trotz Rückgang im Provisionsüberschuss und geringfügig gestiegenen Verwaltungsaufwendungen um 57 % bzw. 817 Mio. EUR auf 2 255 Mio. EUR nach 1 438 Mio. EUR im Vorjahr gesteigert werden.

Die deutliche Zunahme des Risikovorsorge-/Bewertungsergebnisses im Berichtsjahr um 1 177 Mio. EUR (+ 82 %) auf 2 605 Mio. EUR ist im Wesentlichen geprägt durch Wertberichtigungen im klassischen Kreditgeschäft und auf Wertpapiere der Liquiditätsreserve von 2 086 Mio. EUR sowie auf Wertpapiere des Anlagevermögens und Beteiligungen von zusammen 581 Mio. EUR. Ursächlich hierfür war primär der in der zweiten Jahreshälfte verstärkt einsetzende Transmissionseffekt, welcher die Verwerfungen aufgrund der Finanzmarktkrise auf die Realwirtschaft übertrug.

Dabei waren im Berichtsjahr nach Migration von Wertpapieren des Anlagevermögens aus der LRP und der Sachsen LB und nach Umwidmung von Wertpapieren des Handelsbestandes bzw. Wertpapieren der Liquiditätsreserve erstmalig Wertberichtigungen auf Wertpapiere des Anlagevermögens zu bilden.

Zur Kompensation der aufgeführten Entwicklungen wurden offene Reserven nach § 340g HGB in Höhe von 1 120 Mio. EUR ergebniswirksam aufgelöst.

Unter Berücksichtigung der Entwicklung des Risikovorsorge-/Bewertungsergebnisses lag das Betriebsergebnis (Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit) bei 769 Mio. EUR, womit das Ergebnisniveau des Vorjahres von 10 Mio. EUR deutlich übertroffen wurde.

Das mit – 345 Mio. EUR gegenüber dem Vorjahr deutlich erhöhte negative außerordentliche Ergebnis beinhaltet einmalige Aufwendungen und Erträge im Zusammenhang mit der Verschmelzung der LRP und der Anwachsung der Sachsen LB. Von den – 345 Mio. EUR entfallen 271 Mio. EUR auf die Verschmelzung der LRP sowie – 594 Mio. EUR auf die Anwachsung der Sachsen LB. In den Teilgewinn-

abführungen sind im Wesentlichen die Aufwendungen zur Bedienung der stillen Einlagen enthalten. Die Aufwendungen der Bedienung der Genussrechte sind im Zinsergebnis enthalten.

Mit einem Jahresüberschuss vor Steuern in Höhe von 140 Mio. EUR wurde das angepasste Vorjahresergebnis von – 263 Mio. EUR deutlich überschritten. Das Nachsteuerergebnis lag bei 94 Mio. EUR und damit um 335 Mio. EUR über dem Vorjahresvergleichswert von – 241 Mio. EUR.

Gewinnverwendungsvorschlag.

Der Trägerversammlung der LBBW wird wie in den vergangenen Jahren vorgeschlagen, 6 % auf das Stammkapital der LBBW in Höhe von 1,42 Mrd. EUR auszuschütten.

Vermögens- und Finanzlage.

Das aktuelle Berichtsjahr enthält bei der LBBW-Bank zum Stichtag 31. Dezember 2008 die Volumenbestandteile der ehemaligen LRP-Bank und der Sachsen LB-Bank.

Auf eine Anpassung der Vorjahreswerte wurde verzichtet; die wesentlichen Auswirkungen im Jahresabschluss 2008 aus der Verschmelzung der LRP bzw. der Anwachsung der Sachsen LB werden im Folgenden dargestellt.

Durch die Verschmelzung der LRP ergab sich eine Bilanzverlängerung von 71 Mrd. EUR. Aktivisch entfielen hiervon 30 Mrd. EUR auf Forderungen an Kreditinstitute, 20 Mrd. EUR auf Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere und 17 Mrd. EUR auf Forderungen an Kunden. Passivisch entfielen hiervon 28 Mrd. EUR auf verbrieftete Verbindlichkeiten, 28 Mrd. auf Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und 10 Mrd. EUR auf Verbindlichkeiten gegenüber Kunden.

Durch die Anwachsung der Sachsen LB ergab sich eine Bilanzverlängerung von 54 Mrd. EUR. Aktivisch entfielen hiervon 19 Mrd. EUR auf Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere, 17 Mrd. EUR auf Forderungen an Kreditinstitute und 16 Mrd. EUR auf Forderungen an Kunden. Passivisch entfielen hiervon 25 Mrd. EUR auf Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten, 20 Mrd. EUR auf verbrieftete Verbindlichkeiten und 7 Mrd. EUR auf Verbindlichkeiten gegenüber Kunden.

Geschäftsvolumen.

Das Geschäftsvolumen der LBBW wuchs im Vergleich zum Vorjahr um 14 % bzw. 62 Mrd. EUR auf 504 Mrd. EUR, was fast ausschließlich auf ein Wachstum der bilanziellen Größen zurückzuführen war. Dieses lag im selben Zeitraum bei 13 % bzw. 47 Mrd. EUR, sodass zum Stichtag 31. Dezember 2008 eine Bilanzsumme von 426 Mrd. EUR erreicht wurde.

Das Nominalvolumen der derivativen Geschäfte lag zum Jahresende mit 1 731 Mrd. EUR leicht unter dem Niveau des Vorjahres. Vom gesamten Derivatevolumen entfielen rund 1 529 Mrd. EUR auf Handelsbestände, was einem Anteil von 88 % entspricht. Die Handelsgeschäfte beinhalten jedoch weitgehend geschlossene Positionen aus gegenläufigen Derivaten. Offene Positionen aus Handelsportfolios bewegen sich im Rahmen der vorgegebenen Risikolimiten. Die Zuordnung zu den Eigenhandelsgeschäften erfolgt dabei nach den vom Vorstand vorgegebenen Regelungen.

Aktivgeschäft.

Die Forderungen an Kreditinstitute reduzierten sich im Geschäftsjahr 2008 leicht. So sank der Posten um 2 % bzw. 2 Mrd. EUR auf 135 Mrd. EUR. Dabei entfielen 32 % bzw. 43 Mrd. EUR des Postens auf die baden-württembergischen Sparkassen.

Die Forderungen an Kunden wuchsen um 22 % bzw. 29 Mrd. EUR auf 158 Mrd. EUR. Ursächlich für diese Steigerung war ein Anstieg der als Deckung verwendeten Forderungen (8 Mrd. EUR), im Wesentlichen bedingt durch die Migration der ehemaligen LRP/Sachsen LB sowie ein Anstieg der Forderungen an verbundene Unternehmen (11 Mrd. EUR), wovon der wesentliche Anteil auf Zweckgesellschaften entfällt.

Das gesamte Kreditvolumen der LBBW belief sich zum 31. Dezember 2008 auf 371 Mrd. EUR, was einem Zuwachs von 12 % bzw. 41 Mrd. EUR gegenüber dem Vorjahresstichtag gleichkam. Der Anstieg resultierte im Wesentlichen aus den Zuwächsen bei den Forderungen an Kunden. Definitorisch umfasst das Kreditvolumen neben den Forderungen an Kreditinstitute und Kunden auch das Wechselgeschäft sowie außerbilanziell auszuweisende Avalkredite und unwiderrufliche Kreditzusagen.

Einen Anstieg verzeichnete ebenfalls die Entwicklung des Volumens von Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren. Ihr Stichtagsbestand erhöhte sich spürbar um 10 % bzw. 10 Mrd. EUR auf 108 Mrd. EUR. Die Steigerung steht unter anderem in Verbindung mit Erhöhungen der Volumina bei Anleihen und Schuldverschreibungen von öffentlichen und anderen Emittenten (+14 Mrd. EUR) sowie bei Eigenen Schuldverschreibungen (+4 Mrd. EUR). Dagegen steht ein Rückgang bei Geldmarktpapieren von anderen Emittenten (–9 Mrd. EUR). Dieser resultiert im Wesentlichen aus der Reduzierung der Volumina an Commercial Paper.

Refinanzierung.

Die LBBW strebt eine ausgewogene Refinanzierungsstruktur mit minimierten Liquiditätsrisiken an. Die Refinanzierung erfolgt dabei im Wesentlichen aus drei verschiedenen Quellen, die je nach Entwicklung des Geld- und Kapitalmarktes unterschiedlich stark genutzt werden. Dies waren im abgelaufenen Berichtsjahr zum einen Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten sowie verbrieftete Verbindlichkeiten, die Ende 2008 mit 143 Mrd. EUR bzw. 142 Mrd. EUR dotierten.

Während die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten nahezu Vorjahresniveau erreichten, stieg das Volumen an verbrieften Verbindlichkeiten um 24 % bzw. 27 Mrd. EUR. Vom Gesamtbestand der Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten entfielen zum Jahresende 17 % bzw. 24 Mrd. EUR auf die Verbindlichkeiten gegenüber den baden-württembergischen Sparkassen.

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kunden stellen die dritte Säule der Refinanzierung der LBBW dar. Diese erreichten zum Jahresende mit einem Anstieg um 18 % bzw. 17 Mrd. EUR insgesamt 111 Mrd. EUR.

Die LBBW emittierte auf dem deutschen Kapitalmarkt neben ungesicherten Schuldverschreibungen auch Hypothekendarlehenbriefe und öffentliche Pfandbriefe, welche zusammen in dem Posten verbrieftete Verbindlichkeiten ausgewiesen sind. Die Zielgruppen bei den direkten Platzierungen waren insbesondere Versicherungen, Pensions- und Investmentfonds, andere Banken und Sparkassen sowie Privatkunden. Daneben wurden auch an den internationalen Kapitalmärkten Schuldverschreibungen begeben.

In Stuttgart, London und New York wurden unter einem 50 Mrd. EUR EMTN Programm und einem 20 Mrd. EUR-Commercial Paper und EUR-Certificate of Deposit Programm Schuldverschreibungen emittiert. Weitere Emissionsprogramme existieren für den US-Markt für MTN (15 Mrd. USD) und Commercial Papers (10 Mrd. USD) sowie für die Märkte Australien und Neuseeland für AUD-MTN (5 Mrd. AUD). Im Jahr 2008 wurde zusätzlich ein Volumen von 1,5 Mrd. EUR, 7,0 Mrd. JPY, 0,2 Mrd. CHF sowie 0,1 Mrd. USD an Pfandbriefen unter dem 50 Mrd. EUR EMTN Programm begeben. Darüber hinaus wurden in Stuttgart Schuldverschreibungen unter einem Angebotsprogramm zur Begebung von Standardschuldverschreibungen und derivativen Schuldverschreibungen emittiert.

Das gesamte Emissionsvolumen der LBBW belief sich am Ende des Berichtsjahres auf insgesamt 187 Mrd. EUR, was einem Zuwachs von 25 % bzw. 37 Mrd. EUR im Vergleich zum Vorjahr entspricht. Der Erstabatz erreichte 2008 ein Volumen von 87 Mrd. EUR. Mit einem Anteil von 33 % lag der Verkauf von Fremdwährungsemissionen unter dem der EUR-Emissionen. Der Rückgang der Fremdwährungsemissionen resultiert überwiegend aus dem Rückgang der Refinanzierung bei der Niederlassung New York (11 Mrd. EUR).

Eigenkapital.

Das bilanzielle Eigenkapital (Eigenkapital ohne Bilanzgewinn einschließlich Fonds für allgemeine Bankrisiken, nachrangiger Verbindlichkeiten und Genusssrechtskapital) der LBBW betrug zum 31. Dezember 2008 20 626 Mio. EUR, während ein Jahr zuvor 19 166 Mio. EUR auszuweisen waren. Der Anstieg resultierte vorwiegend aus der Integration der ehemaligen Sachsen LB und LRP und damit einhergehenden Erhöhung an stillen Einlagen, Genusssrechtskapital sowie nachrangigen Verbindlichkeiten. Belastend wirkte dagegen die Auflösung der offenen Reserven nach § 340g HGB (insgesamt 1,12 Mrd. EUR).

Die aufsichtsrechtlichen Kennzahlen der LBBW stellen sich zum Jahresende wie folgt dar:

	2008	2007	Veränderungen 2008/2007	
	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	in %
Aufsichtsrechtliche Eigenmittel	19 177*	18 480**	697	3,8
davon Kernkapital	12 712	12 232	480	3,9
davon Ergänzungskapital	5 825	5 255	570	10,8
davon Drittrangmittel	640	993	-353	-35,5
Anrechnungspflichtige Positionen	170 187	163 966	6 221	3,8

	2008	2007	Veränderung	
	%	%	%Punkte	
Gesamtkennziffer	11,3	11,3	-	

* § 10 KWG i. V. m. § 2 SolvV

** § 10 KWG i. V. m. § 2 GS I und § 339 Abs. 9 SolvV

Die nach Grundsatz I geforderte Eigenmittelunterlegung der anrechnungspflichtigen Positionen in Höhe von mindestens 8 % wurde im abgelaufenen Geschäftsjahr jederzeit übertroffen.

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Das weitere Wachstum des LBBW-Konzerns und die Fortsetzung der Konzernkonsolidierung prägten 2008 die Arbeit des LBBW-Personalbereichs. Hervorzuheben sind die erfolgreiche und schnelle Integration von Sachsen LB und LRP in die LBBW, verbunden mit der Schaffung der beiden neuen Marken Sachsen Bank und Rheinland-Pfalz Bank und der strategische Geschäftsfeldausbau im internationalen Geschäft mit der neuen LBBW Bank CZ sowie neuen Auslandsniederlassungen.

Besondere Aufmerksamkeit widmete die LBBW erneut der Stärkung des internen Arbeitsmarktes. Wie im Vorjahr zeigten auch 2008 fast 1 300 interne Stellenausschreibungen die große Bedeutung interner Stellenbesetzungen für die Personalplanungen im Konzern. Demografischer Wandel und die wachsende Notwendigkeit, den Konzern schnell an wechselnde Marktgegebenheiten anpassen zu können, erhöhen die Anforderungen an die Personalarbeit. Es sind wirksame neue Instrumente für eine zukunftsorientierte Personalarbeit zu entwickeln und der Personalbereich noch kundenorientierter aufzustellen, um den steigenden Anforderungen an die Personalarbeit im In- und Ausland gerecht zu werden. Kernelemente der zukünftigen Personalarbeit wurden im Geschäftsjahr 2008 im Rahmen des Projekts Goal definiert. Die Einführung eines Systems zur stärkeren Variabilisierung von Gehaltsbestandteilen wurde fortgesetzt, eine neue Funktionsstruktur zum Teil eingeführt und die Nachfolge- und Potenzialplanung weiter intensiviert.

Die Mitarbeiterzahl im Konzern ist von 12 303 Beschäftigten am 31. Dezember 2007 um 1 066 Mitarbeiter (+ 8,7%) auf 13 369 Beschäftigte zum 31. Dezember 2008 gestiegen. Dabei sind Frauen im Konzern mit einem Anteil von 51,3% gegenüber den Männern in der Mehrheit. Die Quote der Teilzeitarbeitsverhältnisse einschließlich Altersteilzeit lag im Konzern bei 18,7%. Die LBBW-Bank – Ende 2008 bestehend aus den vier Marken LBBW/BW-Bank/RLP Bank und Sachsen Bank – zählte am Jahresende 10 934 Mitarbeitende. Dies bedeutet einen Aufbau von 1 612 Stellen (+17,3%) gegenüber dem Vorjahreswert von 9 322.

Dieser Anstieg der Beschäftigung in der LBBW um 1 612 Stellen ist im Wesentlichen zurückzuführen auf die Effekte Integration der LRP in die LBBW (von der Konzern-Tochter in die LBBW als Marke), Integration der Sachsen LB in die LBBW (Stellenneuzugang inkl. der Mitarbeiter) und Wachstum im Ausland. Der Anstieg der Beschäftigung im LBBW-Konzern um 1 066 Stellen resultiert ebenfalls aus dem Wachstum im Ausland und der Integration der Sachsen LB in die LBBW.

Integration Sachsen LB und LRP.

Die LBBW arbeitet intensiv daran, die personalwirtschaftlichen Synergien aus der Integration der Sachsen LB und der Landesbank Rheinland-Pfalz mit sanften Maßnahmen zu realisieren und betriebsbedingte Kündigungen zu vermeiden. Dazu wurde ein vielfältiger und zielgerichteter Maßnahmenkatalog entwickelt, der neben Altersmaßnahmen insbesondere eine Intensivierung des internen Arbeitsmarktes und Angebote zur Personalentwicklung und Weiterqualifizierung enthält.

Grundlage der Integration von Sachsen LB in die LBBW waren der erfolgreich abgeschlossene Sozialplan und der Interessenausgleich zur Integration Sachsen LB. Die Dienstvereinbarungen über personelle Maßnahmen sowie zur Weitergeltung von Dienstvereinbarungen der Landesbank Rheinland-Pfalz bildeten die Basis für die Integration der LRP in die LBBW.

Einführung einer neuen Funktionsstruktur.

Mit Start des Projektes zur Einführung einer neuen variablen Vergütung im Mai 2006 wurden zeitgleich die Arbeiten an einer neuen, bereichsübergreifenden Funktionsstruktur in der LBBW begonnen. Die neue Funktionsstruktur stellt dabei nicht nur eine unabdingbare Voraussetzung für die Implementierung des neuen, leistungsorientierten Vergütungsmodells dar, sie bildet vielmehr die zentrale Basis für eine Vielzahl wichtiger personalwirtschaftlicher Instrumente, wie beispielsweise der quantitativen und qualitativen Personalplanung, der Ermittlung des mittelfristigen Personalbedarfs an Auszubildenden und Trainees, der Nachfolge- und Karriereplanung, der Aktivierung des internen Arbeits- und Stellenmarktes, der Spezifikation funktionspezifischer Qualifikationsprofile und der Entwicklung individueller Qualifizierungs- und Weiterbildungsmaßnahmen. In den Geschäftsfeldern Privatkunden/Private Banking und Unternehmenskunden sind die neuen Funktionen erarbeitet und eingeführt, bankweit wird die Einführung im ersten Quartal 2009 abgeschlossen werden.

Ausbildung und Personalentwicklung.

Ausbildung.

Die LBBW ist in Baden-Württemberg, aber auch über die Landesgrenzen hinaus, bekannt für eine erstklassige Ausbildung. Allein im Berufsbild Bankkauffrau/-mann wurden im Jahr 2008 von den Industrie- und Handelskammern 10 Preise und 35 Belobigungen für herausragende Leistungen der Auszubildenden vergeben. Die LBBW setzt weiterhin auf den jungen Nachwuchs. Im Jahr 2008 erhielten alle Absolventen einer dualen Ausbildung bzw. eines Studiums an der Berufsakademie ein Übernahmeangebot. Die Einstellungszahlen bei den Auszubildenden und Berufsakademie-Studierenden erhöhten sich im Jahr 2008 um weitere 3,3% von 244 auf 252 Einstellungen.

Am 31. Dezember 2008 standen im LBBW-Konzern insgesamt 665 Berufsanfänger (2007: 638) in einer Ausbildung in diversen Berufsbildern. Davon absolvieren 481 junge Menschen (2007: 463) eine Ausbildung zur Bankkauffrau/-mann sowie in weiteren kaufmännischen und anderen Berufsbildern. 184 Berufsanfänger (2007: 175) sind als Studierende der LBBW an einer der Berufsakademien eingeschrieben. Die Ausbildungsquote von 5,0% in 2008 (2007: 5,2%) steht für ein klares und nachhaltiges Bekenntnis zur Ausbildung.

Traineeprogramme.

Zur Gewinnung und Entwicklung qualifizierter Hochschulabsolventen hat die LBBW den Einsatz von Trainees in den unterschiedlichen Geschäftsbereichen konsequent verstärkt und die Aktivitäten in der Hochschullandschaft ausgebaut. Über 90 Hochschulabsolventen wurden im Jahr 2008 eingestellt, zudem absolvierten rund 70 Mitarbeiter ein internes Traineeprogramm. Der Einsatz der jungen Akademiker erfolgte in allen Bankbereichen, wobei der Schwerpunkt im Privatkundengeschäft, dem Unternehmenskundengeschäft sowie dem Bereich Financial Markets lag. Die Rekrutierung und Ausbildung von Hochschulabsolventen im Rahmen von Traineeprogrammen wird auch im Jahr 2009 eine wichtige Säule der strategischen Nachwuchsentwicklung darstellen.

Personalentwicklung.

Die Anzahl der durchgeführten Personalentwicklungsmaßnahmen hat sich 2008 auf hohem Niveau stabilisiert. Insgesamt wurden für 15 059 Seminarteilnehmer Bildungsmaßnahmen organisiert. Darüber hinaus wurden für Führungskräfte 193 Workshops organisiert mit 2 610 Workshop-Teilnehmern. 87% der Bildungsprogrammmaßnahmen entfielen auf intern organisierte Veranstaltungen. In der Kategorie Fachseminare/bankfachliche Seminare gab es 9 914 Seminarbesuche.

Die Sprachschulungen nahmen um 18,5% gegenüber dem Vorjahr zu. 2008 wurden 1 287 interne und externe Maßnahmen durchgeführt. Je nach Bedarf und persönlichem Sprachniveau trainieren die Mitarbeiter in Kleingruppen, aber auch in individuellen Einzelseminaren im Ausland ihre Fremdsprachenkompetenz. 684 Mitarbeiter haben in in- und externen Seminaren ihr EDV-Wissen aktualisiert und ausgebaut. 574 Mitarbeiter wurden in der Anwendung der Microsoft Office Produkte geschult. 624 Mitarbeiter besuchten teilweise mehrsemestrige Studiengänge, um berufsqualifizierende Abschlüsse zu erreichen. Im Wesentlichen gliedern sich die Abschlüsse in die Bereiche bankbetriebliche Studiengänge, fachorientierte Studiengänge und Entwicklungsprogramme für gehobene Fach- und Führungsfunktionen.

Das Ende 2007 neu aufgelegte Betreuungsprogramm für Potenzialträger gewann 2008 an Fahrt: Insgesamt 60 Mitarbeiter nahmen 2008 an insgesamt vier Betreuungsprogrammen für Potenzialträger für die Führungsebenen 3 bzw. 4 teil. Sie absolvierten im Vorfeld Potenzialanalyseverfahren und stellten dabei erfolgreich ihre Kompetenzen für entsprechende Funktionen unter Beweis. Die ersten Teilnehmer übernahmen bereits Aufgaben auf der angestrebten Führungsebene.

Mit diesen Betreuungsprogrammen wurde die systematische Managemententwicklung der LBBW weiter optimiert. Zusammen mit den Seminarangeboten des Bildungsprogramms Managementkompetenz, den vielfältigen individuellen Beratungsleistungen und externen Entwicklungsmöglichkeiten stellt die LBBW damit ein umfangreiches und effizientes Instrumentarium zur zielgerichteten Entwicklung, Förderung und Qualifizierung ihrer etablierten und zukünftigen Führungskräfte zur Verfügung.

Betriebliche Altersversorgung.

Durch die Integration der Sachsen LB und der Landesbank Rheinland-Pfalz wurden die Versorgungszusagen besitzstandswahrend übernommen. Um die Komplexität der verschiedenen Zusagen zu reduzieren, sollen die verschiedenen Systeme harmonisiert werden. Es ist gelungen, mit der Personalvertretung eine ablösende Dienstvereinbarung zur Überführung der Versorgungsordnung 2006 der ehemaligen Sachsen LB abzuschließen, auf deren Grundlage die Anwartschaften in den Kapitalkontenplan der LBBW überführt werden. Die Mitarbeiter erhalten somit einen Initialbaustein im Kapitalkontenplan und werden ab Januar 2009 zukünftig weitere Anwartschaften im neuen System aufbauen. Diese Überführung dient dabei als Blaupause für weitere Überführungen, die in der Zukunft schrittweise angegangen werden. Die Harmonisierung dient insbesondere auch dazu, die Planbarkeit für die Bank im Bereich der betrieblichen Altersversorgung zu erhöhen.

LBBW-FlexiWertkonto.

Die LBBW baute ihr Zeitwertkontenmodell LBBW-FlexiWertkonto im Jahr 2008 konzernweit aus. Fast alle inländischen Tochtergesellschaften haben der Einführung zugestimmt, sodass innerhalb des Konzerns ein einheitliches und modernes System für die Mitarbeiter vorhanden ist, um das Berufsleben und die Ruhestandsplanung flexibel zu gestalten. Die Entscheidung des Gesetzgebers im Herbst 2008 zur Einführung des sogenannten Flexi II-Gesetzes, mit dem die Rahmenbedingungen für die Absicherung flexibler Arbeitszeitregelungen verbessert werden sollen, machen jedoch umfangreiche Anpassungen des LBBW-FlexiWertkonto-Modells und -Regelwerks an die neue Gesetzeslage notwendig.

Gleichbehandlung, Charta der Vielfalt und Betriebliches Gesundheitsmanagement.

Die LBBW hat 2008 die im Dezember 2007 abgeschlossene Dienstvereinbarung zum Schutz vor Diskriminierung und zum partnerschaftlichen Verhalten am Arbeitsplatz veröffentlicht. Mit dieser Dienstvereinbarung wurden die Regelungen des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes (AGG) in der Bank umgesetzt.

Aus der Integration der LRP in die LBBW verfügt der Personalbereich im LBBW-Konzern seit Mitte 2008 über die Position einer Gleichstellungsbeauftragten-Stelle. Aus dieser Position heraus lassen sich künftig die Themen Gleichstellung und Diversity auch aufbauorganisatorisch direkt und eindeutig adressieren. Da die LBBW Diversity als Chance ansieht, hat sie sich Ende 2008 als Unternehmen der »Charta der Vielfalt« der Unternehmen in Deutschland verpflichtet.

Mit der Schaffung und Besetzung der Position eines Gesundheitsmanagers im Jahr 2008 unterstreicht die LBBW deutlich, dass sie sich für ein ganzheitliches und nachhaltiges Betriebliches Gesundheitsmanagement einsetzt und dies in Zukunft weiter ausbauen wird.

Projekt Goal.

Das Projekt Goal des Bereichs Personal steht für Mitarbeiter/OrGanisation, PrOdukte/Dienstleistungen, QuAlität/Kosten und Prozesse/AbLäufe. Ziel ist es, den Personalbereich im LBBW-Konzern kundenorientierter und konkurrenzfähiger aufzustellen und für eine Zukunft mit wachsenden Aufgaben in einem internationalen Konzern fit zu machen.

Geprägt ist die Neuorganisation des Personalbereichs im LBBW-Konzern durch die Orientierung am Business-Partner-Modell Personal mit den drei Funktionen »Vertrieb«, »Service« und »Kompetenz«.

Führungskräfte, Mitarbeiter und damit auch Bewerber profitieren in der neuen Personalwelt von kundenfreundlicheren, neuen Arbeitsabläufen. Sie treffen ab Sommer bzw. Mitte 2009 auf einen internen Personal-Dienstleister. Je nach Anliegen bieten sich ihnen unterschiedliche Möglichkeiten an. Unter anderem sind die Experten über eine Personal-Direktberatung telefonisch zu erreichen. Zusätzlich hält der Bereich Personal über die Personal-Self-Service-Szenarien wie Employee-Self-Service (ESS) und Management-Self-Service (MSS) im neuen Intranet der LBBW relevante Informationen bereit. Künftig steht ein Employee-Interaction-Center (EIC) zur Verfügung für die zeit- und ortsunabhängige Beauftragung des Personalbereichs in operativen Themen. Die technischen Neuerungen ermöglichen eine deutliche Effizienzsteigerung in der operativen Personalarbeit und schaffen Freiraum für neue Aufgaben und Herausforderungen.

LBBW Verbesserungsprozess.

Mit ihrem in der Finanzbranche als führend geltenden Ideenmanagement setzt die LBBW gezielt auf die Innovationskraft ihrer Mitarbeiter. Die Ergebnisse des LBBW Verbesserungsprozesses ermöglichen es der Bank, Produkte und Dienstleistungen noch besser an den Kundenbedürfnissen auszurichten, operationale Risiken zu minimieren und mit innovativen Ideen Mehrerlöse zu generieren. Der klare, einfache und transparente Prozess motiviert seit Jahren eine gegenüber vergleichbaren Instituten annähernd doppelt so hohe Zahl an Mitarbeitern, sich mit ihren Anregungen und Ideen an der kontinuierlichen Fortentwicklung des Konzerns zu beteiligen. Damit stärkt das Ideenmanagement nicht nur die Wettbewerbsfähigkeit des Konzerns. Es trägt auch zur Identifikation der Mitarbeiter mit »ihrem« Unternehmen bei. Die Zahl der eingereichten Vorschläge wurde 2008 auf mehr als 3 000 (+ 20 %) gesteigert. Die dadurch in 2008 erzielten Mehrerlöse und Einsparungen summierten auf ein Volumen von 1,4 Mio. EUR.

Compliance.

Im LBBW-Konzern wird Compliance umfassend als die vorbeugende Beherrschung des Risikos definiert, das durch Beeinträchtigung des Geschäftsmodells, der Reputation und des Erfolgs des Konzerns durch die Nichteinhaltung des geltenden Rechts, interner Standards und Prozesse sowie durch die nicht erfüllten Erwartungen der Eigentümer, Kunden, Mitarbeiter und Öffentlichkeit entsteht.

Um dieses Risiko besser erfassen und handhaben zu können, wurde Anfang 2008 vom Vorstand das Compliance Management System (CMS) verabschiedet. Dieses System verbindet interne Richtlinien und Grundsätze, eine Compliance-Organisation, Informationssysteme, Kontrollen, Mitarbeiterschulungen und ein wechselseitiges Berichtswesen zu einem Instrument der risikoorientierten Unternehmensführung. Abgeleitet ist das CMS aus den nationalen und internationalen Rechtsanforderungen, den etablierten Marktstandards und den Erkenntnissen aus den internen Gefährdungsanalysen. Ziel ist, eine durchgreifende Prävention zu erreichen, indem sich alle Mitarbeiter zu rechtmäßigem Verhalten bekennen und sich entsprechend verhalten, womit Risikotransparenz und schließlich Vertrauen der Geschäftspartner erreicht wird.

Im abgelaufenen Jahr wurden alle Niederlassungen und wesentlichen Töchter hinsichtlich der LBBW-Compliance-Standards überprüft. Diese hohen Standards werden risikoangepasst bis Ende 2009 Zug um Zug in alle relevanten Töchter und Niederlassungen ausgerollt.

Kapitalmarkt-Compliance.

Die im Zuge der EU-Richtlinie über Märkte für Finanzinstrumente (MiFID) neu implementierten gesetzlichen Regelungen kamen in 2008 erstmals für ein ganzes Geschäftsjahr zum Tragen. Die LBBW hat die Regelungen umgesetzt und die notwendigen Verfahren und Prozesse eingerichtet. Aufsichtsrechtlich zulässige Übergangslösungen wurden durch endgültige Lösungen ersetzt.

Bereits in 2007 wurden Grundsätze zum Management von Interessenkonflikten zwischen Bank und Kunde eingeführt, damit im Sinne des Kunden potenzielle Interessenkonflikte im Wertpapiergeschäft identifiziert und durch organisatorische Vorkehrungen ausgeschlossen werden. In 2008 wurden darüber hinaus die Grundsätze zu Mitarbeitergeschäften an die neuen gesetzlichen Regelungen angepasst.

Der Compliance-Beauftragte der LBBW nahm seine Aufgaben unabhängig wahr und berichtete regelmäßig dem Vorstand. Die Mitarbeiter wurden auch in 2008 durch Schulungen auf das Erkennen des Insidermerkmals und daraus resultierender Handelsverbote sensibilisiert. Über aktuelle Entwicklungen hat Kapitalmarkt-Compliance die Mitarbeiter via Intranet auf dem Laufenden gehalten. Neben der fortlaufenden Beratung der Fachbereiche zu Fragen der Kapitalmarkt-Compliance lag der Schwerpunkt auf der ständigen Kontrolle der Wertpapiergeschäfte auf Einhaltung der gesetzlichen Vorschriften.

Geldwäscheprävention.

Die weltweite Präsenz des LBBW-Konzerns macht es erforderlich, dass die für die LBBW entwickelten Compliance-Standards auch in den Tochterunternehmen sowie in den ausländischen Niederlassungen gelten. Ein Schwerpunkt im Geschäftsjahr 2008 war deshalb eine weltweite Vorstudie zur Ermittlung des Handlungsbedarfs, mit dem die Standards in einem sogenannten »roll-out« auf die relevanten Tochterunternehmen und Niederlassungen übertragen werden.

Darüber hinaus erforderten die Anforderungen des neuen Geldwäschegesetzes erhebliche Anpassungen in den Prozessen sowohl im Umfeld der Geldwäscheprävention als auch im Vertrieb. Das neue Geldwäschegesetz legt seinen Fokus auf einen institutspezifisch risikoorientierten Ansatz, der insbesondere durch eine detaillierte Analyse der Gefährdungssituation der Bank zu ermitteln ist. Dies führt vor allem dazu, dass ausländische, politisch exponierte Personen verstärkten Prüfungsanforderungen unterliegen und erhöhten Transparenz- und Integritätsanforderungen genügen müssen. Diese hohen Anforderungen im Bereich natürlicher Personen werden durch Legitimationspflichten von Entscheidungsträgern und wirtschaftlich Berechtigten sowie deren Beteiligungsverhältnissen bei juristischen Personen ergänzt.

Finanzsanktionen/Embargo.

Sowohl der Kundenbestand der LBBW als auch alle über den Auslandszahlungsverkehr der LBBW abgewickelten ein- und ausgehenden Transaktionen der LBBW und der Sparkassenpartner in Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Sachsen werden permanent geprüft. Die diesen Prüfungen zugrunde liegenden Prozesse werden laufend den sich ändernden gesetzlichen Rahmenbedingungen angepasst und weiter optimiert.

Finanzermittlungen.

Betrug, Korruption und Unterschlagung sind ein beträchtliches Gefährdungspotenzial, das neben dem materiellen Schaden unbestimmbar hohe Reputationsrisiken für jede Bank beinhaltet. Wie in den Vorjahren legte die Einheit Finanzermittlungen besonderes Gewicht auf die Sensibilisierung von Mitarbeitern und die damit verbundene Informationsweitergabe über die Vorgehensweise der Tätergruppen zum Schutze der Kunden.

Hierzu wurde erstmalig im Rahmen eines Pilotprojektes zwischen der polizeilichen Kriminalprävention des Landeskriminalamtes Baden-Württembergs (LKA) und der LBBW eine gemeinsame Aufklärungsaktion zum Schutz vor Zahlkartenbetrug erfolgreich durchgeführt. Neben den Informationen an die Mitarbeiter wurden in einer Zusammenarbeit mit dem Sparkassen-Verband Baden-Württemberg sowohl BW-Bank Filialen als auch Sparkassen mit entsprechenden Kundenbroschüren ausgestattet.

Um dem zu erwartenden Anstieg der organisierten Betrugsriminalität noch besser begegnen zu können, wird die LBBW zusätzliche Maßnahmen aus den Ergebnissen der konzernübergreifenden Gefährdungsanalyse zur Wirtschaftskriminalität ableiten.

Datenschutz.

Nachdem in den vergangenen Jahren eine interne Meldepflicht für neue IT-Vorhaben eingeführt wurde, hat die Datenschutz-Beratung bei internen Projekten erheblich zugenommen. Dadurch können datenschutzrechtliche Aspekte bei neuen Anwendungen frühzeitig berücksichtigt werden.

Auf der Basis der vom »Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik« herausgegebenen datenschutzrechtlichen Vorgaben und Sicherheitsstandards wurden in 2008 Kontrollen zur Überprüfung der Datenschutz-Organisation bei sieben inländischen Konzerngesellschaften der LBBW vorgenommen. Ziel dieser Maßnahmen ist, ein einheitliches Datenschutzniveau in allen Konzerngesellschaften zu erreichen.

Vermeht wurden 2008 auch Prüfungshandlungen hinsichtlich der vorhandenen technischen und organisatorischen Maßnahmen zur Einhaltung des Datenschutzes vorgenommen. Die Schwerpunkte lagen hier auf der Prüfung der Datensicherheit von Verfahren und ausgewählten Anwendungen sowie den Vor-Ort-Prüfungen von externen Dienstleistern im Marketingbereich und bei Aktenvernichtern.

Die telefonische und schriftliche Beratung von Mitarbeitern und Kunden wurde auch wegen der zahlreichen Berichterstattung zu Datendiebstahl stark nachgefragt. In diesem Zusammenhang wurden die Mitarbeiter und Kunden über die internen und externen Kommunikationsmedien verstärkt mit Informationen zu den aktuellen Datenschutzfragen informiert und sensibilisiert. Schulungen für neue Mitarbeiter und zielgruppenspezifische Unterweisungen für ausgewählte Geschäftsbereiche (z. B. Marketingverantwortliche) rundeten diese Maßnahmen ab.

Nachhaltigkeit.

Ein an Nachhaltigkeit orientiertes Geschäftsmodell sieht die LBBW als wichtige Voraussetzung für einen langfristigen Unternehmenserfolg. Im Vordergrund steht demnach nicht die kurzfristige Gewinnmaximierung, sondern der dauerhafte wirtschaftliche Erfolg im Einklang mit der Umgebung.

In ihrem zweiten Nachhaltigkeitsbericht veröffentlichte die LBBW im Geschäftsjahr 2008 umfassende Informationen über die Weiterentwicklung ihres Nachhaltigkeitsmanagements. Ergänzende Informationen zum Thema Nachhaltigkeit, die nicht Bestandteil des Lageberichts sind, sind in diesem Bericht enthalten. Dort finden sich z. B. Ausführungen zu den Initiativen und Kennzahlen aus den vergangenen Jahren, zur ökonomischen Nachhaltigkeit, zu Strategie und Management, zu unseren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, zum Thema Spenden, Sponsoring und Stiftungen sowie zur Betriebsökologie.

»Der Nachhaltigkeitsbericht 2007/2008« ist im Internet unter <http://nachhaltigkeit.lbbw.de> abrufbar. Nachfolgend werden einige der wichtigen Themen herausgegriffen. Dabei handelt es sich insbesondere um die Themen, die das Kerngeschäft betreffen und bei denen im Jahr 2008 entsprechende Fortschritte zu verzeichnen waren.

Nachhaltige Unternehmensführung.

Das Nachhaltigkeitsmanagement der LBBW umfasst sämtliche Geschäftsbereiche und wird in einem mehrstufigen Prozess unternehmensweit umgesetzt. In 2008 wurde ein »Nachhaltigkeitsrat« auf Bereichsebene implementiert, der die Brücke zwischen dem Vorstand und den Fachbereichen darstellt. Der Nachhaltigkeitsrat bündelt und forciert die unternehmensinterne Meinungsbildung zu strategischen Nachhaltigkeitsthemen und bereitet Vorstandsentscheidungen vor. Geleitet wird das Gremium von dem für Corporate Sustainability zuständigen Vorstandsmitglied Rudolf Zipf.

Das Nachhaltigkeitsmanagementsystem gilt für die LBBW-Bank, die BW-Bank, die GastroEvent GmbH, seit 1. April 2008 auch für die Sachsen Bank, seit 1. Juli 2008 für die Rheinland-Pfalz Bank sowie seit 1. August 2008 für die drei Tochterunternehmen BW-Immobilien GmbH, LBBW Asset Management GmbH sowie die LBBW Immobilien GmbH.

Stakeholderdialoge.

Zu den Stakeholdern der LBBW zählen unter anderem Anteilseigner, Mitarbeiter, Kreditnehmer und Kreditgeber, Fonds-Manager und Analysten, NGOs (Nichtregierungsorganisationen) und Gewerkschaften, die alle in irgendeiner Form Anteil an der Entwicklung der Bank nehmen. Für die LBBW können ihre teilweise auch kritischen Meinungen wertvolle Anregungen bieten. Umgekehrt ist für die LBBW wichtig, den Stakeholdern die Position und Strategie der Bank zu erläutern, um Missverständnisse zu vermeiden und Mit-Denker zu gewinnen. Aus diesem Grund hat die LBBW in den Jahren 2007 und 2008 unterschiedliche Stakeholder-Gruppen zu insgesamt vier Stakeholderdialogen gebeten. Die gewonnenen Erkenntnisse werden in die Weiterentwicklung der Nachhaltigkeitspolitik einfließen.

Nachhaltige Anlageprodukte.

Im vergangenen Jahr ist das Interesse an nachhaltigen Anlageprodukten sowohl bei institutionellen wie auch bei privaten Anlegern weiter gestiegen. Die LBBW trägt diesem Interesse Rechnung, indem sie ihren Kunden eine ganze Reihe eigener sowie institutsfremder Anlageprodukte anbietet, die nachhaltigen Kriterien entsprechen.

Beim Aktienfonds »LBBW Nachhaltigkeitsstrategie BWI« liegen bei der Titelauswahl soziale, kulturelle, ethische und ökologische Kriterien zugrunde. Investiert wird weltweit auf breiter Basis in Unternehmen, die ein überdurchschnittliches Nachhaltigkeitsengagement innerhalb ihrer Branche zeigen (Best-in-Class). Ergänzt wird das Positiv-Screening durch strenge Ausschlusskriterien: Der Nachhaltigkeitsfonds verfügt über ein Negativ-Screening, mit dem Unternehmen aus kontroversen Branchen und mit ethisch bedenklichen Geschäftspraktiken ausgeschlossen werden. Am 15. Oktober 2008 wurde eine weitere Tranche aufgelegt, die sowohl Privatanlegern als auch institutionellen Anlegern offensteht.

Die langjährige Erfahrung mit nachhaltig orientierten Spezialfonds nutzt die LBBW jetzt für die Auflegung eines neu konzipierten Rentenfonds mit nachhaltiger Ausrichtung. Der Publikumsfonds »LBBW Nachhaltigkeit Renten BWI« investiert in Staatsanleihen, Pfandbriefe, Unternehmensanleihen und Emerging Markets von Firmen oder Staaten, die im Vergleich überdurchschnittlich nachhaltig agieren.

Der Aktienfonds »LBBW Global Warming Strategie BWI« investiert gezielt in Anbieter von Produkten und Dienstleistungen, die der globalen Erwärmung entgegenwirken oder deren ökologische und wirtschaftliche Folgen abmildern. Gemessen an der Wertentwicklung zählt der Fonds zu den besten breit diversifizierten Aktienfonds in Europa. Der Fonds belegte beim von EuroFinanzen verliehenen Fund Award 2008 »Goldene Bullen« im Ein-Jahres-Vergleich den 3. Platz. In der Zeitschrift »Der Aktionär« belegte er Platz 1 im Ranking aller Klimawandelfonds. Und im Morningstar-Fondsranking hat er in der Kategorie »Aktienfonds Europa Standardwerte Growth« regelmäßig Topplatzierungen belegt.

Der zum 15. Januar 2008 aufgelegte »Nachhaltigkeitsbasket Nr. 1« konzentriert sich auf nachhaltig wirtschaftende Unternehmen im Bereich erneuerbare Energien.

Bei der Vermögensverwaltung berücksichtigt die BW-Bank auf Wunsch ausdrücklich Nachhaltigkeitskriterien bei der Zusammenstellung ihrer Portfolios. Dazu wird von der Ratingagentur oekom research AG vierteljährlich ein aktualisiertes Anlageuniversum geliefert, aus dem Vermögensverwalter der BW-Bank ein individuelles Portfolio zusammenstellen.

Nachhaltige Kapitalmarktaktivitäten.

Die LBBW hat eine europaweit anerkannte Aktienanalysekompetenz im Bereich erneuerbare Energien aufgebaut und ihre gute Wettbewerbsposition in diesem Segment gestärkt.

Im Jahr 2008 hat die LBBW z. B. mit der SMA Technology AG sowie der 3S Industries AG Börsentransaktionen der Photovoltaikindustrie begleitet. Außerdem wurden in den vergangenen Jahren mit Roth & Rau, Meyer Burger, der Manz Automation und Centrotherm mehrere zentrale Zulieferer der Solarindustrie an die Börse gebracht und im Nachgang auch teilweise bei Kapitalerhöhungen begleitet. Im Vorfeld dieser Kapitalmarkttransaktionen fanden mehrwöchige Marketing-Roadshows der Analysten statt. Im Zuge dieser Roadshows sowie der LBBW-Investorenkonferenz im Februar 2008 in Zürich hat die LBBW eine neue Studie vorgestellt, die das Marktmodell der LBBW für den Photovoltaiksektor aktualisiert hat. Auf dieser Investorenkonferenz, die derzeit die größte Konferenz im deutschsprachigen Raum für Photovoltaik darstellt, waren alle europäischen Großinvestoren wie auch zahlreiche Unternehmen aus der Photovoltaikindustrie vertreten.

Nachhaltige Finanzierungen.

Zum Jahresbeginn 2008 wurde das »Leitbild Kredit« gemäß den in der Nachhaltigkeitspolitik der LBBW festgelegten Grundsätzen erweitert. Damit wurde eine bereits gängige Praxis schriftlich fixiert, denn Nachhaltigkeitskriterien werden bei der LBBW seit 2004 systematisch bei der Kreditprüfung zugrunde gelegt. Des Weiteren werden bei den meisten Projektfinanzierungen Umweltgutachten eingeholt und Kredite gegebenenfalls unter Umweltauflagen vergeben.

Die LBBW begleitete auch in 2008 Finanzierungen mit besonderer Umweltrelevanz, wie z. B. die Finanzierung eines Heizkraftwerks in Weener bei Papenburg durch die BW-Bank. Die technisch einzigartige Anlage mit einer Energieeffizienz von bis zu 65 % wird ausschließlich mit Abfällen aus der Region befeuert und versorgt damit ein benachbartes Wellpappenrohpaperwerk – Kunde der BW-Bank und einer der Betreiber der Anlage – mit Strom und Prozesswärme. Dies spart zum Vorteil des Kunden sowie des Klimas 30 Millionen Kubikmeter Gas pro Jahr ein. Darüber hinaus unterstrich die LBBW die Bedeutung von erneuerbaren Energien auch durch die Neuschaffung der Abteilung »Project Finance Renewables« Mitte 2008, die schwerpunktmäßig die Finanzierung von Windkraft- und Solaranlagen betreibt.

In den letzten beiden Jahren hat die LBBW ihr Finanzierungsportfolio im Sektor erneuerbare Energien erfolgreich ausgebaut. Für die Zukunft hat die LBBW im Rahmen der Geschäftsfeldstrategie »Erneuerbare Energie« das Ziel, das Gesamtportfolio von Ende 2008 bis Ende 2010 deutlich auszubauen.

Neben der Finanzierung größerer Projekte ermöglicht ein neu entwickelter Beratungsprozess inklusive Bewertungstool die fundierte Bewertung und Finanzierung kleinerer Solaranlagen bis zu einem Volumen von 10 Mio. EUR, wodurch das Know-how der Bank im Bereich Solar auch dem KMU-Segment zur Verfügung steht.

Risikobericht.

Risikoorientierte Gesamtbanksteuerung.

Das Jahr 2008 war nicht nur auf der Ertragsseite, wie im Kapitel Geschäftsentwicklung dargestellt, sondern auch auf der Risikoseite in allererster Linie geprägt durch die sich weiter verschärfende weltweite Finanzmarktkrise. Darüber hinaus spielten für die LBBW die in 2008 abgeschlossenen Integrationen der Sachsen LB und der LRP eine wichtige Rolle. Neben dem traditionellen Kreditportfolio wurden umfangreiche Portfolios in strukturierten Kreditprodukten übernommen, die in der Krise unter erheblichen Druck gerieten.

Trotz einer seit vielen Jahren konservativen Risikopolitik konnte sich damit auch die LBBW dieser Entwicklung nicht entziehen.

- Dies betrifft insbesondere die *Marktpreisrisiken*: Der mittlerweile bedeutendste Teil davon sind die Credit-Spread-Risiken, sie bestimmen mögliche Wertschwankungen in Produkten, deren Preis in erster Linie von der am Markt gehandelten Bonität des Emittenten, ausgedrückt im sogenannten Credit-Spread, abhängt. Insbesondere die Erhöhung der Volatilität der Credit-Spreads bestimmt neben der Portfolioausweitung durch das Hinzukommen der ehemaligen Sachsen LB und LRP den gemessenen Risikoanstieg in 2008.
- Dies betrifft die *Kreditrisiken*: Die tatsächlichen Ausfallwahrscheinlichkeiten für das Kreditportfolio der LBBW begannen zum Jahresende deutlich zu steigen, zusätzlich führen die höheren Credit-Spreads im Value-at-Risk zu einem höheren Risikoausweis. Die Bankenausfälle in den USA und Island im September und Oktober belasteten nicht nur das Ergebnis, sondern führten auch zu starken Schwankungen in den Marktparametern. Ein Anstieg der Ausfälle im kommenden Jahr kann nicht ausgeschlossen werden.
- Die *Liquiditätsrisiken* rückten mit der durch die Finanzmarktkrise ausgelösten umfassenden Vertrauenskrise ins Zentrum des Interesses. Insbesondere die Märkte für langfristige Mittel waren für die Banken nicht mehr ausreichend ergiebig. Wenngleich sich auch für die LBBW die Fristigkeit der verfügbaren Mittel deutlich verkürzte, hatte der Konzern zu keinem Zeitpunkt Schwierigkeiten, sich ausreichend Liquidität zu beschaffen.
- Darüber hinaus erlangten auch die *Marktliquiditätsrisiken* deutlich größere Bedeutung. Während es bisher Marktstandard war, für die wichtigsten Marktsegmente von einer jederzeitigen Liquidierbarkeit zum aktuell »fairen Marktpreis« auszugehen, wurde diese Annahme nun auf eine harte Probe gestellt: Bestimmte Produktklassen, die seit Jahren hohe Liquidität zeigten, waren zu bestimmten Zeitpunkten nicht mehr oder nur mit sehr hohen Preisabschlägen handelbar.

Mit zunehmender Dauer der Krise schränkte sich der Kreis der Marktteilnehmer, die bereit waren, Risiken zu einem annehmbaren Risikoaufschlag am Markt zu versichern oder ganz zu übernehmen, stark ein. Deutlich zeigten dies die Insolvenz von Lehman Brothers Mitte September und der Ausfall der isländischen Banken im Oktober 2008. Die LBBW war von diesen Ereignissen durch ausgefallene Forderungen und durch den Ausfall von Risikoversicherungen (Hedges), für die in der aktuellen Marktlage nur mit hohem Aufwand neue Geschäftspartner gefunden werden konnten, betroffen.

Die LBBW hält in ihrem Portfolio verbrieft Kreditpositionen (ABS, CDO und verwandte Produktklassen). Die Bestände stammen in Teilen aus der LRP und aus dem Erwerb der Sachsen LB. Darüber hinaus konsolidiert die LBBW die Bestände ihrer ABCP-Programme (Lake Constance) im Risikoausweis, unabhängig davon, in welchem Umfang sich diese über Investoren am Markt refinanzieren. Diese Bestände waren in 2008 z. T. deutlichen Marktwertverlusten und -schwankungen unterworfen. Dabei war die Liquidität und das Handelsvolumen in verbrieften Krediten insgesamt extrem gering und die Volatilität der Preise hoch.

Für die LBBW wird das Risiko aus verbrieften Krediten auch in den kommenden Jahren einen erheblichen Teil ihres Risikoausweises darstellen, sowohl in den Marktpreisrisiken (Credit-Spread-Risiko), als auch in den Kreditrisiken (Bonitätsrisiko). Andererseits stellt dieses Portfolio vor dem Hintergrund der in wesentlichen Teilen unverändert guten bis sehr guten Bonitätseinstufung auch eine Chance zur Wertaufholung dar: Unabhängig vom Marktpreis der Bestände ergibt sich bei Halten der Positionen bis zur Endfälligkeit automatisch eine Wertaufholung, wenn die aktuell in der Marktbewertung unterstellten Abschläge sich in geringerem Maße in tatsächlichen Ausfällen widerspiegeln.

In der LBBW dürfen Geschäfte ausschließlich innerhalb klar definierter Limite bzw. Kompetenzen eingegangen werden, und Risiken müssen in einem sinnvollen Verhältnis zum Ertragspotenzial stehen. Diese Leitlinien stellen Grundlagen der LBBW-Risikopolitik dar und geben den Rahmen der Geschäftstätigkeit vor.

Ein Teil der Risikopolitik der LBBW war in den vergangenen Jahren die moderate Auslastung der Risikodeckungsmasse und die Vorhaltung eines konservativen Puffers für Stresssituationen. Dies führte dazu, dass anhand des verwendeten Modells im ganzen Jahr 2008 die Risikotragfähigkeit gegeben war. Die beschriebenen Wirkungen der Marktsituation auf die Risiko- und Ergebnisrechnung führten jedoch dazu, dass die Risikodeckungsmasse mittlerweile erheblich höher ausgelastet ist. Die LBBW ist bestrebt, diese Auslastung durch eine Kapitalerhöhung sowie durch Risikoabbau wieder deutlich zurückzuführen. Der Risikoabbau soll zunächst vorwiegend durch den Auslauf bestehender Risikopositionen im Kreditersatzgeschäft erfolgen. Bei Rückkehr der Marktliquidität ist auch der aktive Abbau von Risiken vorgesehen.

Risikomanagementsystem.

Unter Risikomanagement versteht die LBBW den Einsatz eines umfassenden Instrumentariums für den Umgang mit Risiken. Dazu gehören Aufbau- und Ablauforganisation, Risikosteuerungs- und -controllingprozesse sowie die Interne Revision. Das Risikomanagementsystem ist in den zur Geschäftsstrategie konsistenten Risikostrategien durch Vorstand und Verwaltungsrat festgelegt. Bezugsgrößen darin sind die unternehmenspolitischen und risikostrategischen Vorgaben für das Risikomanagement. Die geschäftspolitischen Strategien sowie Ergebnisziele werden den Markt- und Marktfolgebereichen in einem kombinierten Top-Down-/Bottom-Up-Prozess vorgegeben.

Im Finanz- und Risikocontrolling werden zunächst die Methodik zur monatlichen Berechnung der Risikodeckungsmasse und die Berechnung der verschiedenen Risiken definiert. Diese beiden Größen werden monatlich zur Überwachung der Risikotragfähigkeit, das heißt der Angemessenheit der betriebswirtschaftlichen Kapitalausstattung, konzernweit gegenübergestellt.

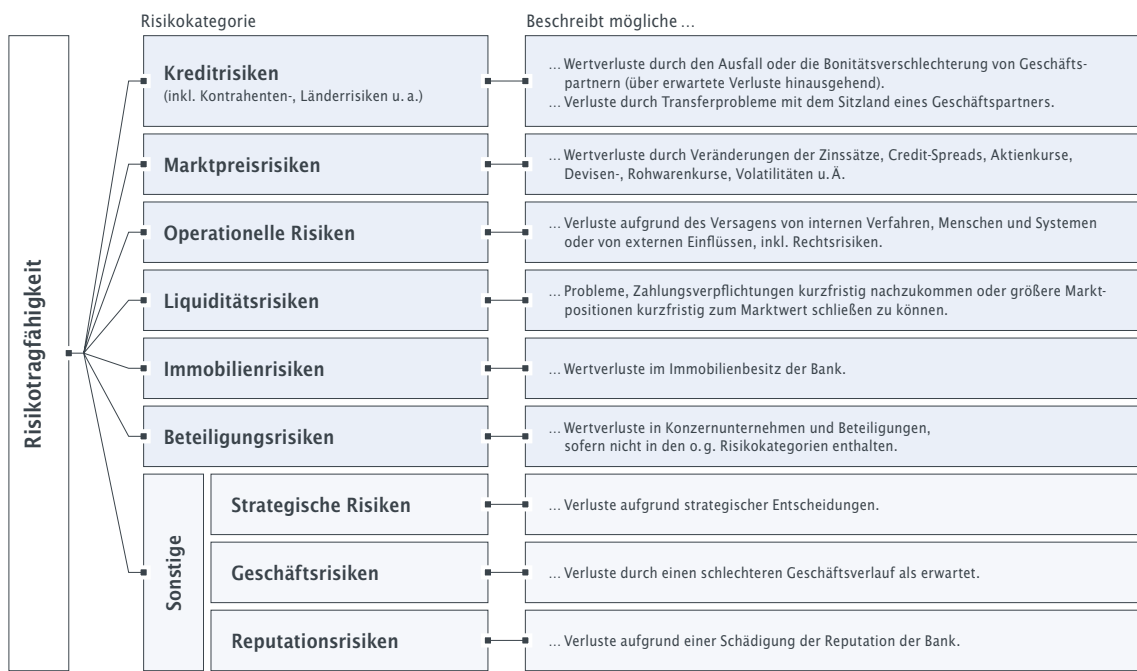
Die Risikodeckungsmasse beschreibt das Potenzial der LBBW, mögliche unerwartete Verluste aufzufangen. Sie gliedert sich in Schichten, die nach der unterschiedlichen Verfügbarkeit der enthaltenen Mittel aufgeteilt sind. In der Risikodeckungsmasse sind ggf. eingetretene Verluste berücksichtigt, dem gegenüber stehen die Risiken als potenzielle Verluste.

Als einheitliche Risikomaßzahl auf der obersten Ebene wird der ökonomische Kapitalbedarf (»ökonomisches Kapital«) berechnet. In Abgrenzung zum regulatorisch notwendigen Eigenkapital bezeichnet es das betriebswirtschaftlich notwendige Kapital, das mit Hilfe von Risikomodellen ermittelt wird. Das ökonomische Kapital wird in der LBBW als Value-at-Risk (VaR) auf dem hohen Konfidenzniveau 99,95 % bzw. als vergleichbares Risikomaß dargestellt.

Der LBBW-Konzern hat ein umfassendes Limitsystem eingerichtet, das einheitlich auf dieser Basis alle quantifizierten Risikokategorien überwacht und begrenzt. Das oberste Risikolimit für ökonomisches Kapital (»ÖKap-Limit«), stellt ein konzernweit übergeordnetes Limit für alle derzeit quantifizierten Risiken dar. Dieses Limit spiegelt die maximale Bereitschaft zur Risikonahme der LBBW wider und wurde mit Bezug auf die konservative Leitlinie weit unterhalb der gesamten Risikodeckungsmasse festgelegt. Davon werden ÖKap-Limite für die verschiedenen Risikokategorien abgeleitet. Die Limite mussten im Jahr 2008 vor dem Hintergrund der Finanzmarktkrise mehrfach angehoben werden, sodass die nicht durch das ÖKap-Limit genutzte Risikodeckungsmasse deutlich reduziert wurde.

Innerhalb des beschriebenen Rahmens werden die Risikomanagemententscheidungen von den portfolioverantwortlichen Stellen bzw. Bereichen dezentral getroffen und durch das zentrale Konzernrisikocontrolling zielorientiert überwacht. Das hierzu eingerichtete Risikocontrolling- und Risikomanagementsystem erstreckt sich auf alle wesentlichen Risiken.

Überwachung der Risikotragfähigkeit.



Die in der Übersicht unter »Sonstige« genannten Risikokategorien sind nicht wie die anderen Risikokategorien quantifizierbar. Die LBBW betrachtet diese aber als wesentlich und deckt sie über Risikopuffer in der Überwachung der Risikotragfähigkeit ab. Liquiditätsrisiken werden durch prozessuale Regelungen, Stresstests und über Volumenlimite gesteuert. Innerhalb des Risikopuffers werden zusätzlich über die Risikoberechnung hinausgehende Stresstestingwerte berücksichtigt.

Im Jahr 2008 wurden die Bestände der ehemaligen Landesbank Rheinland-Pfalz und der Sachsen LB in die zentralen LBBW-Systeme migriert. Die neu geschaffenen Einheiten Rheinland-Pfalz Bank und Sachsen Bank sind ebenfalls in die zentralen Risikomanagement-Systeme und Prozesse der LBBW integriert. Durch die erfolgte Integration ergibt sich gegenüber dem bisherigen Mutter-Tochter-Modell eine deutlich verbesserte zentrale Risikoüberwachungs- und Steuerungsmöglichkeit.

Organisation des Risikomanagements.

Der Vorstand steuert und begrenzt die Konzernrisikoposition, unmittelbar oder über seine Ausschüsse, durch das Setzen konzernweiter Risiko- und Volumenlimite und mittels Einzelentscheidungen. Daneben erfolgt die Steuerung der Risiken je nach Größe und Kompetenzordnung auf verschiedenen Hierarchieebenen. Hierbei ist stets die notwendige Funktionstrennung eingehalten.

Das Risk Committee unterstützt den Vorstand bei der Überwachung der Risikotragfähigkeit und aller Risiken sowie bei der Einhaltung der aufsichtsrechtlichen Anforderungen.

Kreditrisikomanagement.

Der Rahmen zur Portfoliosteuerung für die Kreditrisiken wird durch die Kreditrisikostrategie und durch das ÖKap-Limit auf Credit Value-at-Risk-Basis bestimmt.

Die Portfoliosteuerung der Kreditrisiken wird durch eine nach Volumen abgestufte Kompetenzordnung zur Kreditgenehmigung realisiert. In diesem Rahmen werden die Kreditrisiken nach strukturellen Gesichtspunkten, etwa nach Rating- oder Branchenzugehörigkeit, durch die Marktfolge limitiert und gesteuert. Länderrisiken (Transferrisiken) sind in einem Länderlimitsystem erfasst. Die jeweiligen Länderlimite werden auf Vorschlag des Länderlimitausschusses vom Vorstand festgelegt.

Für das Kreditrisikomanagement sind die Marktfolgebereiche zuständig. Sie entscheiden zusammen mit den Marktbereichen auf Basis der Kreditrisikostrategie sowie ihrer gestaffelten Kompetenzen und tragen damit den unterschiedlichen Risiken auf Portfolio- und Einzelkundenebene Rechnung. In den Markt- und Marktfolgebereichen werden die Kundenverbindungen geführt, die Kreditnehmer und Handelskontrahenten in ihrer Bonität beurteilt, Engagemententscheidungen getroffen sowie bankweit verbindliche Kreditlinien gesetzt bzw. überwacht.

Die Überwachung der Kreditrisiken und der Länderlimite auf der Basis des bankweiten Länderlimitsystems nimmt der Bereich Konzernrisikocontrolling wahr. Die operative Überwachung der Kreditrisiken ist im Wesentlichen auf die zentralen bzw. regionalen Marktfolgebereiche verteilt.

Die im Konzernrisikocontrolling entwickelten mathematisch-statistischen Ratingverfahren stellen neben der qualitativen und quantitativen Analyse der wirtschaftlichen Verhältnisse ein wesentliches Element im Prozess der Risikobeurteilung dar. Die Ratingnote als Beurteilungsergebnis spiegelt dabei eine standardisierte Einschätzung der Bonität eines Kunden wider.

Marktpreisrisikomanagement.

Die Steuerung und Überwachung der Marktpreisrisiken erfolgen auf Basis des Value-at-Risk (VaR), von Stop-Loss-Limiten und mittels Sensitivitäten gemäß einer abgestuften Ordnung zur Portfolioverantwortung und Kompetenz zur Limitsetzung.

Das strategische Management aller kapitalmarktfähigen Kreditpositionen im Anlagebuch erfolgt über den Dispositionsausschuss Credit Investment, der Entscheidungsvorlagen für den Gesamtvorstand erarbeitet. Das aktive Management liegt beim Bereich Credit Capital Markets. Das Teilportfolio strukturierter Kreditpositionen soll in den kommenden Jahren über Fälligkeiten wesentlich reduziert werden.

Mit dem strategischen Management aller anderen Marktpreisrisikopositionen im Anlagebuch hat der Vorstand den Vorstandsausschuss Disposition beauftragt. Die vom Bereich Treasury erarbeiteten Vorschläge zur strategischen Positionierung werden im Rahmen der monatlich stattfindenden Sitzungen zur Entscheidung vorgelegt. Die Ergebnisse werden an den Gesamtvorstand berichtet. Die Zinsänderungsrisiken aus den Neugeschäften mit Kunden schließt der Bereich Treasury im Wesentlichen zeitnah durch Gegengeschäfte.

Die Steuerung der Marktpreisrisiken im Handelsbuch ist Aufgabe der Handelsbereiche. In den Handelsbereichen sind entsprechend den jeweiligen Produktzuständigkeiten die Trading- und Sales-Einheiten der Bank zusammengefasst:

- Die Aufgabe der Sales-Einheiten liegt im Abschluss von Handelsgeschäften mit Kunden und der Akquisition bzw. Pflege von Verbindungen zu institutionellen Investoren. Sie gehen darüber hinaus keine Risiko-Positionen ein.
- Die Trading-Einheiten sind in erster Linie für den Eigenhandel der Bank zuständig. Daneben werden die Marktpreisrisiken aus denjenigen Geschäften der Sales-Gruppen, die nicht zur Absicherung durch den Bereich Treasury vorgesehen sind, in Handelsbücher übernommen. Die Führung der Handelsbücher erfolgt im Rahmen der hierarchisch gegliederten VaR-Limite sowie ergänzender operativer Volumen- und Sensitivitätenlimite. Die Trading-Einheiten tragen die Marktpreisrisiko- und Ergebnisverantwortung.

Für die Marktrisikopositionen werden täglich im Bereich Konzernrisikocontrolling auf Mark-to-Market-Bewertungen basierende betriebswirtschaftliche Ergebnisse und Marktpreisrisiko-Kennziffern (VaR) sowie Sensitivitätenmaße errechnet und den entsprechenden Portfoliolimiten gegenübergestellt. Die Berechnung der gesamtbankweiten Zinsänderungsrisiken unterstützt die Aktiv-/Passiv-Steuerung im Bereich Treasury. Mittels Backtesting-Analysen wird die Qualität der eingesetzten VaR-Schätzverfahren sichergestellt.

Management weiterer Risikokategorien.

Eine gelebte Risikokultur im Umgang mit Operationellen Risiken ist die Voraussetzung für deren Überwachung und Steuerung.

Die Minimierung von Operationellen Risiken der LBBW ist in erster Linie Aufgabe der betroffenen Fachbereiche in enger Zusammenarbeit mit den entsprechenden Stabsbereichen (zum Beispiel IT/Organisation bzw. Personal). Jeder Mitarbeiter ist zu einem verantwortungsbewussten Umgang mit Operationellen Risiken aufgerufen. Aufgabe der Rechtsabteilungen im Bereich Konzernstrategie/Recht ist es, Rechtsrisiken zu identifizieren und zu reduzieren. Sie werden hierbei von den Fach- und Stabsbereichen unterstützt und entsprechend informiert.

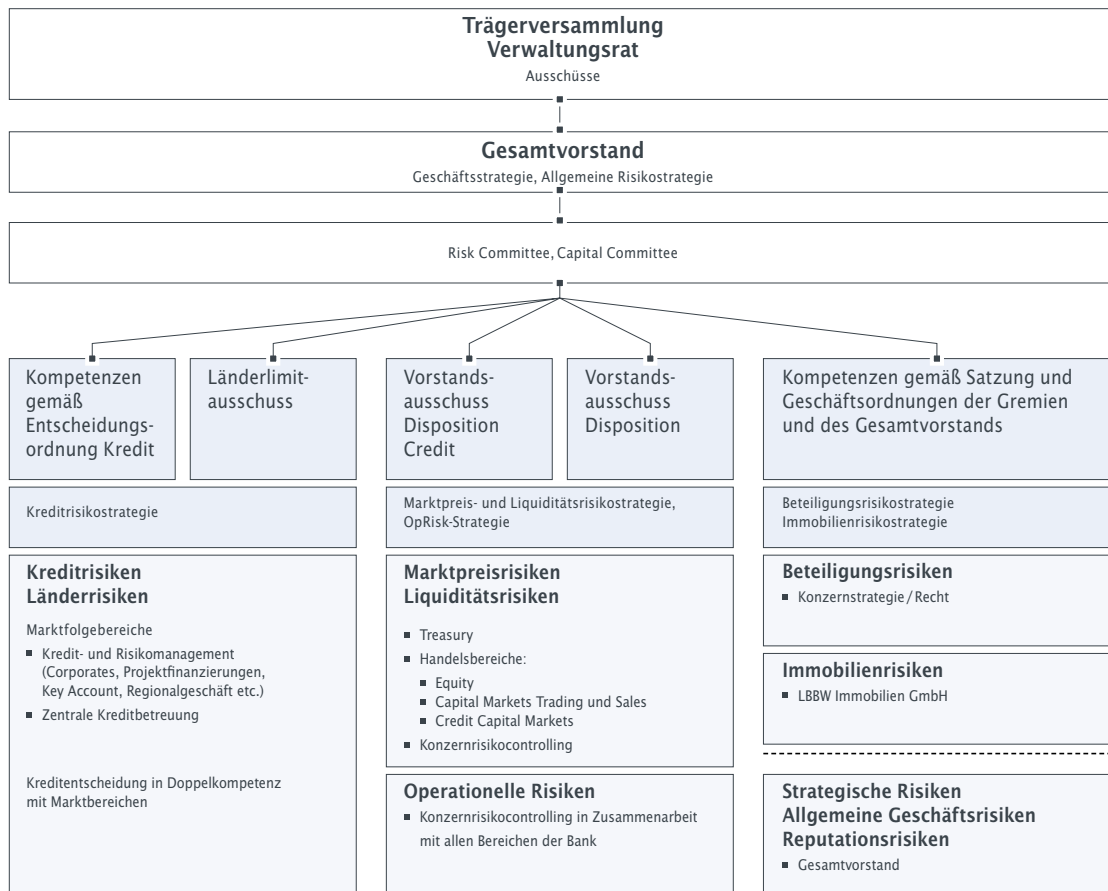
Für die Erkennung Operationeller Risiken werden unter anderem Schadensfälle zentral im Konzernrisikocontrolling gesammelt und analysiert, existierende Prozesse auf deren Anfälligkeit für diese Risiken untersucht und entsprechende risikovermeidende Prozessanpassungen unterstützt. Die Überwachung der Operationellen Risiken erfolgt im Risk Committee.

Die Steuerung des *Liquiditätsrisikos* liegt im Bereich Treasury, beispielsweise die Steuerung des langfristigen Refinanzierungsrisikos aus den Bankbuchpositionen. Die Risikoüberwachung und die Berechnung von Liquiditätskennziffern werden im Konzernrisikocontrolling vorgenommen und im Risk Committee berichtet.

Die Entscheidungen über Erwerb und Veräußerung von *Beteiligungen* und die damit verbundenen Risiken werden je nach Größenordnung und/oder Bedeutung durch Aufsichtsgremien oder den Vorstand getroffen. Aufgabe des Bereichs Konzernstrategie/Recht ist es, Erwerb und Veräußerung von Beteiligungen vorzubereiten und Vorschläge zur strategischen Ausrichtung der Beteiligungen zu erarbeiten. Die Berechnung von VaR-Kennziffern für Beteiligungen wird im Konzernrisikocontrolling vorgenommen.

Das Management der *Immobilien* im Eigenbestand des LBBW-Konzerns erfolgt durch die Töchter LBBW Immobilien GmbH und BW-Immobilien GmbH, wobei letztere in erster Linie für die ganz oder teilweise eigengenutzten Immobilien der LBBW verantwortlich ist. Die Berechnung der VaR-Kennziffer für Immobilienrisiken wird ebenfalls im zentralen Konzernrisikocontrolling vorgenommen.

Risikomanagementstruktur.



Weitere Funktionen.

Die Sicherstellung der Angemessenheit der Eigenkapitalausstattung, der Eigenkapitalstruktur und der Eigenkapitalzielgrößen des LBBW-Konzerns ist Aufgabe des Capital Committee.

Der Bereich Revision überwacht prozessunabhängig alle Betriebs- und Geschäftsabläufe, das Risikomanagement und -controlling sowie das Interne Kontrollsystem (IKS) mit dem Ziel, das Vermögen der LBBW zu sichern und die betriebliche Leistungsfähigkeit zu fördern. Der Bereich Revision nimmt seine Aufgaben weisungsunabhängig wahr. Schriftliche und mit den geprüften Betriebseinheiten abschließend besprochene Prüfungsberichte informieren den Vorstand über die Prüfungsergebnisse. Der Bereich Revision überwacht auch die Erledigung offener Prüfungsfeststellungen und die Umsetzung von Empfehlungen.

Umsetzung aufsichtsrechtlicher Anforderungen.

MaRisk.

Die bisherigen Mindestanforderungen für Handelsgeschäfte (MaH), Kreditgeschäfte (MaK) und die Interne Revision (MaR) wurden mit Veröffentlichung der Mindestanforderungen an das Risikomanagement, kurz MaRisk, am 22. Dezember 2005 abgelöst. Für die LBBW traten die Regelungen in vollem Umfang am 1. Januar 2008 in Kraft.

Durch die MaRisk werden Anforderungen des § 25a Abs. 1 KWG konkretisiert und die Anforderungen aus Basel II, Säule 2 in nationales Recht umgesetzt. Im Vergleich zu den bisherigen Mindestanforderungen wurden die allgemeinen Regelungen zum Risikomanagement ausgeweitet und Anforderungen zu Liquiditätsrisiken, Operationellen Risiken sowie Zinsänderungsrisiken im Anlagebuch explizit aufgenommen. Letztendlich soll damit gewährleistet werden, dass die wesentlichen Risiken mit genügend internem Kapital abgedeckt sind. Die Anforderungen der MaRisk sind damit die Messlatte der qualitativen Bankenaufsicht im Rahmen des aufsichtsrechtlichen Überwachungsprozesses (Supervisory Review and Evaluation Process). Die LBBW hat für die Einhaltung der MaRisk-Anforderungen umfassende Qualitätssicherungsmaßnahmen durchgeführt.

SolvV/Basel II.

Zum Stichtag 31. März 2008 wurde von der LBBW die erste Meldung nach den Bestimmungen der SolvV (IRBA-Ansatz) an die zuständigen Aufsichtsbehörden erfolgreich übermittelt.

Für die Folgejahre strebt die LBBW mit der Einführung weiterer von der Aufsicht zugelassener Ratingverfahren eine Entlastung der Eigenmittelunterlegung an und wird die Eigenkapitalunterlegung dem ökonomischen Risiko weiter annähern.

Die LBBW hat in 2008 die beiden ehemaligen Institute Sachsen LB und Landesbank Rheinland-Pfalz bzgl. SolvV und MaRisk in die Meldung des LBBW-Instituts integriert.

Auf Basis der Zahlen per 31. 12. 2008 wird die LBBW die erstmalige Offenlegung nach § 26a KWG durchführen.

Risikomanagementsystem für das Pfandbriefgeschäft.

Gemäß § 27 PfandBG muss ein Risikomanagementsystem vorhanden sein, das die Identifizierung, Beurteilung, Steuerung und Überwachung der mit diesem Geschäftssegment verbundenen Risiken sicherstellt.

Für die Risikoüberwachung ist ein differenziertes Limitsystem vorhanden. In Bezug auf die barwertige Überdeckung werden regelmäßig Stresstests durchgeführt. Für den Fall, dass die festgelegten Limite erreicht werden, ist ein Verfahren für die Risikorückführung festgelegt. Im Rahmen der internen Berichterstattung wird der Vorstand und das Risk Committee vierteljährlich über die Auslastungen unterrichtet. Das Risikomanagementsystem wird jährlich einer Überprüfung unterzogen.

Kreditrisiken.

Kreditrisiken werden in der LBBW als mögliche Wertverluste aus Forderungsansprüchen gegenüber Kunden definiert. In diesem Zusammenhang unterscheidet die LBBW verschiedene Aspekte des Kreditrisikos.

Kreditnehmer- und Kontrahentenrisiko.

Das Kreditnehmer- und Kontrahentenrisiko ist das Risiko der Bonitätsverschlechterung von Geschäftspartnern bis hin zum Ausfall. Das heißt, das Risiko der nicht fristgerechten Erfüllung aller vertraglichen Verpflichtungen (Zins und Tilgung).

Länder- und Transferrisiko.

Länder- und Transferrisiko beziehen sich auf den Fall, dass bei grenzüberschreitenden Geschäften zahlungsfähige und zahlungswillige Kunden im Ausland aufgrund von Beschränkungen des Devisenverkehrs oder anderen hoheitlichen Maßnahmen ihre Verpflichtungen in Fremdwährungen nicht oder nicht vollständig erfüllen können.

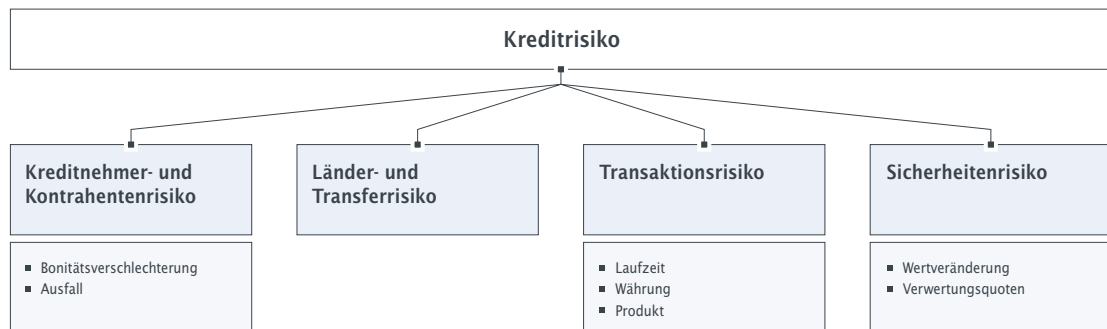
Transaktionsrisiko.

Unter Transaktionsrisiken sind mögliche Änderungen der Nettorückzahlungen aufgrund von Einflüssen durch Wechselkurs-, Laufzeit- oder produktspezifische Änderungen zu verstehen. Daneben stellt das Transaktionsrisiko die (Wiederbeschaffungs-)Kosten dar, die beim Ausfall eines Kontrahenten für den Ersatz der mit ihm abgeschlossenen Geschäfte anfallen würden.

Sicherheitenrisiko.

Die Bewertung der verschiedenen Sicherheitenarten, die zur Reduzierung des Kreditrisikos dienen, basiert auf dem Zeitwert der Sicherungsobjekte. Deren mögliche (Markt-)Wertschwankung sowie die Veränderung (des Barwertes) der erzielbaren Verwertungserlöse stellen das Sicherheitenrisiko dar.

Systematisierung des Kreditrisikos.



Management der Kreditrisiken.

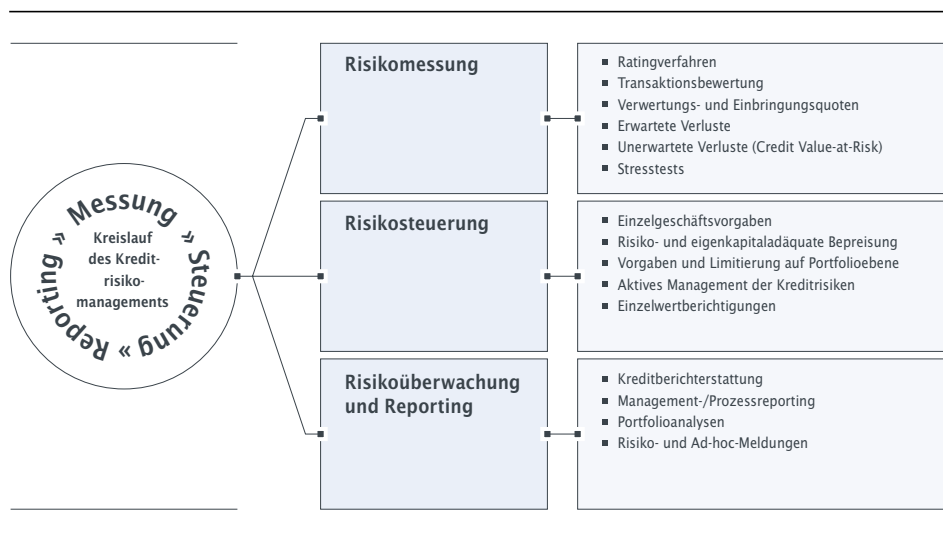
In der Kreditrisikostategie und den Kreditregelwerken der LBBW sind sämtliche Informationen zu einem verantwortungsbewussten und risikoorientierten Umgang mit dem Kreditgeschäft geregelt. Gleichmaßen geben sie einen risikoadäquaten Rahmen, um flexibel und kundenorientiert auf die Dynamik des Marktes eingehen zu können.

Das Kreditgeschäft der LBBW ist von folgenden Grundsätzen geleitet:

- Bei der Kreditentscheidung stehen die qualifizierte Analyse und verantwortungsvolle Risikoabwägung des Kreditnehmers und seines Marktes im Mittelpunkt.
- Die Risikoklassifizierungs- und Ratingverfahren sind ein wesentliches Element der Bonitätsbeurteilung.
- Die Kreditgewährung orientiert sich primär an der derzeitigen und zukünftigen wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit des Kreditnehmers.
- Die Höhe jedes Engagements muss im Hinblick auf die Größe des Kreditnehmers und dessen Risikostruktur angemessen sein.
- In Abhängigkeit von Produktart, Verwendungszweck, Laufzeit und Rückzahlungsmodalität wird eine risikoadäquate Besicherung angestrebt. Sicherheiten sind allerdings kein Ersatz für mangelnde Kreditwürdigkeit.
- Das Verhältnis zwischen eingegangenen Risiken und Ertrag muss angemessen sein.
- Die risikogerechte Betreuung des Produkts sowie die Überwachung und Steuerung der mit dem Produkt verbundenen Risiken muss sichergestellt sein.
- Kein einzelnes Engagement darf die Stabilität der LBBW gefährden.
- Bei drohenden Kreditausfällen wird zeitnah eine Risikovorsorge gebildet, die sich an der Höhe des zu erwartenden Verlustes orientiert.

Das Kreditrisikomanagement erfolgt in drei stark miteinander verzahnten und sich gegenseitig beeinflussenden Phasen:

Kreislauf des Kreditrisikomanagements.



Risikomessung.

Der LBBW stehen eine Vielfalt an Instrumenten zur Messung der Kreditrisiken zur Verfügung, die einer stetigen Qualitätskontrolle und Weiterentwicklung unterliegen.

Kundenrating.

Die Beurteilung bestehender und neuer Kundenbeziehungen wird durch die Anwendung von Ratingverfahren unterstützt, deren Ziel die Einschätzung der Ausfallwahrscheinlichkeit und die Zuweisung einer entsprechenden Ratingklasse ist.

Grundlage für die Einstufung ist die Analyse der offenzulegenden wirtschaftlichen Verhältnisse. In Abhängigkeit von der Kundengruppe wird die Analyse allerdings durch die Beurteilung der Marktverhältnisse, der Produktqualität, der Wettbewerbssituation, des Managements sowie von Cashflow- und zukunftsbezogenen Daten ergänzt. Um erhöhte Ausfallrisiken oder Bonitätsverschlechterungen frühzeitig zu erkennen, werden laufend neben der Entwicklung der Gesamtverschuldung, Kontobewegungen und Branchenprognosen auch sonstige geeignete interne und externe Informationsquellen genutzt.

Die Prognosefähigkeit der seit mehreren Jahren in der LBBW im Einsatz befindlichen Ratingsysteme wird mindestens jährlich anhand der tatsächlichen Ausfälle überprüft. Bei Bedarf werden die Ratingverfahren rekali­briert. Die Pflege und Weiterentwicklung der Risikoklassifizierungsverfahren erfolgt LBBW-intern bzw. über eine Tochtergesellschaft des DSGV (S-Rating GmbH) oder durch die Rating Service Unit, einer gemeinsamen Tochtergesellschaft der Landesbanken. Nachdem die im LBBW-Konzern genutzten Ratingverfahren durch die Aufsicht geprüft und abgenommen wurden, verwendet die LBBW seit dem 1. Januar 2008 den IRBA-Ansatz für die Eigenmittelunterlegung der Adressenausfallrisiken.

Länderrating.

Die Transferrisiken werden in der LBBW mit einem speziellen Ratingverfahren gemessen. Kernpunkte sind die wirtschaftliche Lage, das politische Umfeld sowie binnen- und außenwirtschaftliche Entwicklungen des jeweiligen Landes.

Transaktionsbewertung.

In Abhängigkeit von der jeweiligen Kreditart werden unter Verwendung historischer Daten Sicherheitsaufschläge bzw. die Inanspruchnahme im Zeitpunkt des Ausfalls (sogenannter Exposure-at-Default) ermittelt. Die auf Geschäftsebene berechneten Einzelrisiken können dann beispielsweise für einen Kreditnehmer oder eine Kreditnehmereinheit zum Zwecke der Erstellung des Gesamtobligos oder für Portfolioanalysezwecke zusammengefasst werden.

Verwertungs- und Einbringungsquoten.

Zur Kreditrisikoreduzierung werden Sicherheiten vereinbart und Nettingvereinbarungen abgeschlossen. Die Sicherheiten werden im Sicherheitenmanagementsystem (SIM), die Nettingvereinbarungen im Limitmanagementsystem (GLS) erfasst und fortlaufend gepflegt.

Die Verwertungsquote zeigt den durchschnittlich erwarteten Barwert der Erlöse aus der Sicherheitenverwertung (nach Berücksichtigung von Verwertungskosten) in Relation zum Marktwert der Sicherheiten. Die Einbringungsquote weist dagegen den durchschnittlich erwarteten Barwert der Erlöse aus Mahnverfolgung aus, also die Höhe der Rückzahlungen auf den Blankoanteil einer Forderung. Die Ermittlung der Quoten erfolgt auf Basis eigener historischer bzw. mit anderen Landesbanken gepoolter Werte.

Erwartete Verluste.

Mit diesem Messinstrument wird der Verlust quantifiziert, der in Abhängigkeit der Kundenbonität, der Transaktionsstruktur, der zur Verfügung stehenden Sicherheiten und der Einbringungsquoten im Durchschnitt zu erwarten ist. Mit dem erwarteten Verlust können somit unterschiedliche Transaktionen oder Portfolios und deren erwartete Risikokosten verglichen werden. Diese Größe wird in der Einzel-

geschäfts-Vorkalkulation zur Ermittlung von Kreditkonditionen und in der Portfoliobetrachtung sowohl zum Vergleich der erwarteten Risikopotenziale als auch zur Plausibilisierung der Planrisikokosten und zur Ermittlung der Risikokosten verwendet.

Unerwartete Verluste (CVaR).

Der unerwartete Verlust oder Credit Value-at-Risk (CVaR) bezeichnet in der LBBW den potenziellen Barwertverlust eines Portfolios über den erwarteten Verlust hinaus, der mit der vorgegebenen Wahrscheinlichkeit (Konfidenzniveau) im Zeithorizont ein Jahr nicht überschritten wird. Dabei spielen Konzentrationsrisiken eine entscheidende Rolle: Branchenkonzentrationen und Größenkonzentration bei einzelnen Kreditnehmern erhöhen das Portfoliorisiko, Granularität und Diversifikation vermindern dieses. Um diesen Wert zu ermitteln, verwendet die LBBW ein auf der Modellierung von Ratingmigrationen beruhendes Kreditportfoliomodell. Entsprechend ihrem Rating sind den einzelnen Kreditnehmern Ausfall- und Migrationswahrscheinlichkeiten zugeordnet. Diese werden so modelliert, dass Korrelationen (beispielsweise zwischen Ratingklassen und Branchen aller Kreditnehmer) angemessen berücksichtigt werden. Die Kreditexposures werden einer Mark-to-Model-Bewertung unterzogen, die Berechnung ist barwertorientiert. Zur Risikorechnung verwendet das Kreditportfoliomodell einen Monte-Carlo-Simulationsansatz.

Stresstests.

Neben statistischen Kennzahlen und Instrumenten der Risikomessung sind in der LBBW auch Stress-Szenarien ein wesentlicher Baustein der Risikosteuerung. Diese analysieren u. a. die Wirkung von konjunkturellen Schwankungen, krisenhaften Marktentwicklungen und Extremszenarien. Der Unterschied zu den statistischen Instrumenten liegt darin, dass die verschiedenen Szenarien ohne Berücksichtigung der jeweiligen Eintrittswahrscheinlichkeit formuliert werden. In der LBBW werden einzelne fest definierte Szenarien zu jedem Stichtag gerechnet, beispielsweise das Downrating wichtiger Branchen um zwei Ratingstufen. Darüber hinaus werden situationsbezogen spezielle Stress-Szenarien gerechnet, beispielsweise das Downrating bestimmter Kundenbeziehungen.

Die Analyse der Stresstestergebnisse unter Berücksichtigung der Risikotragfähigkeit ermöglicht das Testen der Stabilität des Konzerns in krisenhaften Situationen bzw. diese Stabilität über geeignete Maßnahmen sowie die Vorhaltung von entsprechender Risikodeckungsmasse sicherzustellen.

Risikosteuerung.

Die Steuerung erfolgt insbesondere auf Basis der oben beschriebenen Messinstrumente, wobei die LBBW sowohl eine Einzelgeschäfts- als auch eine Portfoliosteuerung verfolgt. Die Kreditrisikostrategie ist die Grundlage des konzernweiten Kreditrisikomanagements der LBBW. Die Kreditrisikostrategie

wird fortlaufend weiterentwickelt. Ihre Aufgabe ist es, die aus den unternehmenspolitischen Zielen und den Erwartungen der Eigentümer resultierende Risikoneigung in konkrete Handlungsvorgaben für das Kreditgeschäft zu transferieren. Dabei orientiert sich die Kreditrisikostrategie an den aktuellen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen unter Berücksichtigung der Risikotragfähigkeit der Bank.

Einzelgeschäftsvorgaben.

Wesentliche Bestandteile der Einzelgeschäftssteuerung sind quantitative, risk-return- sowie geschäftsfeldspezifische Vorgaben im Rahmen der Kreditrisikostrategie. Die Limitierung auf Einzelgeschäftsebene findet zum einen dadurch statt, dass grundsätzlich Kredite nur an Kreditnehmer mit einer Mindestbonität vergeben werden. Zum anderen werden Kredithöhe, Laufzeit und Sicherheitenstruktur an Kundenart und Bonität der jeweiligen Kreditnehmer bzw. an die Risikotragfähigkeit der LBBW gekoppelt.

Risiko- und eigenkapitaladäquate Bepreisung.

Die Steuerung der Einzelgeschäftsabschlüsse nach Risiko- und Rentabilitäts Gesichtspunkten stellt einen zentralen Baustein der Gesamtbank- und Kreditrisikosteuerung der LBBW dar. Der risikoadjustierte wirtschaftliche Ergebnisbeitrag ist dabei wesentliche Entscheidungsgrundlage für den Geschäftsabschluss. Deshalb besteht in der LBBW die Pflicht zur Vorkalkulation aller Einzelgeschäfte. Kalkulationsbestandteile sind neben dem Einstandszinssatz die Bedarfsspanne (Deckung der Bearbeitungskosten), die Kapitalspanne (Verzinsung des Eigenkapitals) und die Risikospanne (Deckung erwarteter Verluste). Entsprechende Kalkulationstools zur Unterstützung von Markt- und Marktfolgeeinheiten stehen zur Verfügung. Die Ergebnisse der Vorkalkulation werden in die Nachkalkulation überführt und sind Grundlage der Geschäftssteuerung auf Einzelkunden- und Profit Center/Portfolioebene.

Vorgaben und Limitierung auf Portfolioebene.

Auf Portfolioebene erfolgt die Steuerung im Rahmen der Kreditrisikostrategie durch quantitative Zielvorgaben für die Geschäftsfelder. Diese beziehen sich grundsätzlich auf die Rating- bzw. auf die Risikoverteilung, auf den erwarteten Verlust und enthalten auch eine Risk-return-Benchmark. Durch die Spezialisierung der operativen Markteinheiten auf spezielle Geschäftsfelder wird eine Risk-return-Steuerung mit klaren Verantwortungen für die jeweiligen Portfolios sichergestellt. Zur Vermeidung von Extremrisiken verfügt die LBBW über ein mehrdimensionales Limitierungssystem, wobei je nach Risikorelevanz und geschäftspolitischen Erfordernissen weiche (flexible Handhabung im Grenzbereich) oder harte (kein Handlungsspielraum) Limite möglich sind.

In 2008 wurde in der LBBW die Branchenlimitierung weiterentwickelt. Dazu wurden im Vorfeld die LBBW-Kunden (ohne Privatkunden) nach einem neuen risikoorientierten Branchenschlüssel kategorisiert. Dieser bildet die Zusammenhänge der Wertschöpfungskette und damit Verlustabhängigkeiten ab. Somit können Branchenrisiken aktiv gemanagt werden und das Risiko von Konzentrationen weiter gesenkt werden.

Aktives Management der Kreditrisiken.

Zur Erreichung der vordefinierten Ziele bzw. zur Optimierung des Kreditportfolios (auch unter Renditeaspekten) und zur Reduzierung der Risikokonzentrationen werden bei der LBBW verschiedene Verfahren zum aktiven Portfoliomanagement angewandt (beispielsweise Syndizierungen, Einzelkredit- bzw. Portfoliotransaktionen, Credit Default Swaps, Risikounterbeteiligungen und Verbriefungen).

Intensivbetreuung und Sanierung.

Die internen Prozesse der LBBW sind darauf ausgerichtet, bonitätschwache Engagements bzw. Bonitätsverschlechterung frühzeitig zu erkennen. Die Kreditrisikoanalysten der LBBW werten dabei sowohl die vom Kunden zur Verfügung gestellten Informationen als auch Markt- und interne Daten aus. Dadurch können im Dialog mit dem Kunden rechtzeitig geeignete Maßnahmen eingeleitet werden, um Krisen abzumildern bzw. gänzlich zu verhindern. Die Marktfolge leistet somit in Zusammenarbeit mit den Marktteilungen einen wichtigen Beitrag zur langfristigen Festigung der Kundenbeziehungen.

In der LBBW bestehen spezielle Prozesse zur Behandlung von problembehafteten Engagements, dabei wird risikoabhängig zwischen Intensivbetreuungs-, Sanierungs- und Abwicklungsfällen unterschieden. Ein Engagement ist der Intensivbetreuung zu unterziehen, wenn ein erhöhtes Ausfallrisiko vorliegt. Dies kann auf Basis festgelegter Kriterien (z. B. Ratingverschlechterung, Liquiditätsengpässe) oder nach Einschätzung der zuständigen Analysten erfolgen. Damit verbunden ist die Erarbeitung einer Strategie zur Verbesserung der Risikolage mit konkret definierten Maßnahmen zur Beseitigung der aktuellen Bonitätsschwäche innerhalb eines vertretbaren Zeitrahmens (i. d. R. 12 Monate) bzw. zur Reduzierung des Risikos. Die erarbeitete Strategie wird dann mit den Kunden diskutiert und gemeinsam umgesetzt. Um die Realisierung der vereinbarten Maßnahmen und die Entwicklung des Risikos mit diesen Kunden zu überwachen, können alle Intensivbetreuungsfälle tagesaktuell von den relevanten Entscheidungsträgern abgerufen werden.

Sanierungsfälle sind Engagements mit unzureichender Bonität und einem erhöhten Fortbestandsrisiko mit der Möglichkeit zur Wiedererlangung einer ausreichenden Bonität durch geeignete Maßnahmen. Die Bearbeitung erfolgt zentral durch Spezialisten mit umfangreicher Erfahrung in der Sanierung und Restrukturierung von Unternehmen, wobei hier im Fokus der Fortbestand des Unternehmens steht.

Nicht mehr sanierungsfähige bzw. in Liquidation oder Insolvenz befindliche Unternehmen werden als Abwicklungsfälle eingestuft. Hier werden nur noch Maßnahmen ergriffen, um Verluste für die LBBW zu minimieren.

Risikovorsorge wird grundsätzlich gebildet, wenn der Barwert aller erzielbaren Einzahlungen (aus Rückzahlungen, Sicherheitenverwertung und Mahnverfahren) niedriger als die Kreditforderung ist. Die somit errechneten erwarteten Verluste werden wertberichtigt. Forderungen, die tatsächlich uneinbringlich sind und bei denen alle Verwertungsmaßnahmen ausgeschöpft wurden, werden abgeschrieben und ausgebucht.

Risiküberwachung und Reporting.

Im LBBW-Konzern erfolgt die Risiküberwachung analog zur Risikosteuerung auf Einzelengagement- und auf Portfolioebene. Risiken auf Einzelengagementebene werden im Rahmen regelmäßiger Überprüfungen und ständiger aktiver Überwachung durch die zuständigen Risikoanalysten beobachtet. Zusätzlich besteht ein Ad-hoc-Reporting, das zuständige Entscheidungsträger über bedeutende oder außergewöhnliche Ereignisse/Risiken unverzüglich unterrichtet. Der Detaillierungsgrad und Umfang der Analysen und Reportings wird fortwährend optimiert.

Auf Portfolioebene werden insbesondere im Quartalsreport Kreditrisiko (als Teil des Gesamtrisikoberichts des LBBW-Konzerns) sämtliche relevanten Informationen mit ausführlichen Analysen einschließlich eventueller Handlungsempfehlungen dem Gesamtvorstand, den Aufsichtsgremien und allen relevanten Entscheidungsträgern zur Verfügung gestellt.

Daneben bestehen weitere spezielle Reportings, die dem Vorstand einen detaillierten Überblick über die Risikoentwicklung im Konzern gewähren. Auch hier ist der Detaillierungs- und Analyseumfang vom Risikogehalt der jeweiligen Portfolios abhängig. Zur engeren Begleitung der größeren und/oder schwierigen Kreditrisikoengagements durch den Gesamtvorstand und die Entscheidungsträger werden Reports mit strukturierten Aussagen zur jeweiligen Engagementstrategie und wirtschaftlichen Entwicklung verwendet.

Die laufende Überwachung der tatsächlichen Risikokosten und die Abweichung zu den Plan- bzw. Standardrisikokosten haben einen hohen Stellenwert. Hierzu werden im Rahmen eines monatlichen Reportings über die Entwicklung der Risikovorsorge sowohl profitcenter- als auch einzelkundenbezogene Informationen und Analysen zeitnah berichtet.

Risikolage.

Die interne Risikosteuerung unterscheidet zwischen Privat- und Anlagekunden, Unternehmenskunden sowie dem Wholesale-Geschäft, das nach Financial Markets und Credit Investment Portfolio getrennt gemanagt wird. In Corporate Items werden gesamtbankbezogene Bereiche wie Treasury und eigene Beteiligungen gebündelt.

Exposure

Mio. EUR	Gesamt
Privat- und Anlagekunden/Sparkassen	38 927
Unternehmenskunden	140 692
Financial Markets	211 877
Credit Investment Portfolio	92 575
Corporate Items	44 094
Gesamt	528 165

Die Portfolioqualität wird mit einem Anteil von 81,3 % im Investmentgrade von sehr guten bis guten Bonitätsklassen dominiert. Das Exposure steigt gegenüber dem Vorjahr um 89,5 Mrd. EUR, insbesondere durch die erfolgreich abgeschlossene Integration der Landesbank Rheinland-Pfalz und der Landesbank Sachsen.

Banken- und Finanzdienstleister stellen mit 280 Mrd. EUR das gewichtigste Teilportfolio. Hier überwiegt der Anteil der Adressen mit geringen Ausfallrisiken (Investment grade). Das Unternehmenskundenportfolio ist branchenspezifisch gut diversifiziert. Die drei größten Branchen sind Commercial Real Estate, gefolgt von Automobil und Versorgern. Die Finanz- und Wirtschaftskrise spiegelt sich im Portfolio im Exposureanstieg der Non-Investment und Defaultklassen.

Exposure nach Rating* und Branchen

Mio. EUR	Investment grade (AAA – BBB-)	Upper non-investment (BB+ – B+)	Non-investment (B – C)	Default	Sonstiges	Gesamt
Banken und Finanzdienstleister	256 524	11 187	3 070	2 290	6 931	280 002
Kreditinstitute	203 069	7 555	405	1 073	1 031	213 133
Finanzdienstleistungen	53 455	3 632	2 665	1 217	5 900	66 869
Unternehmen	108 944	39 737	3 241	3 643	11 078	166 643
Automobil	11 421	7 322	279	341	85	19 447
Bauwirtschaft	6 547	3 274	502	588	268	11 180
Branchenübergreifende Dienstleistung für Unternehmen	3 922	1 210	165	162	2 029	7 488
Commercial Real Estate	14 659	8 695	315	954	1 704	26 327
Lebensmittel-Handel und sonstige nicht zyklische Konsumgüter	4 906	668	12	32	124	5 741
Telekommunikation	5 647	509	109	16	63	6 344
Transport und Logistik	5 591	1 458	656	83	309	8 097
Versicherungen	7 533	245	6	12	106	7 902
Versorger	12 601	1 204	26	35	215	14 082
Sonstige breit diversifizierte Branchen	36 117	15 152	1 172	1 420	6 175	60 036
Öffentliche Haushalte	59 246	1 046	0	7	153	60 453
Privatpersonen	4 657	2 752	111	499	13 049	21 068
Gesamt	429 371	54 722	6 423	6 439	31 210	528 165
in Prozent	81,3%	10,4%	1,2%	1,2%	5,9%	100,0%

*äquivalente Ratingklassen nach S&P

Datenbasis ist das interne Reporting. Brancheneinteilung nach internem risikoorientierten Branchenschlüssel. Eine Überleitung auf die Bilanz findet auf Ebene der Konzernzahlen im IFRS-Risikolagebericht statt. Nicht dargestellt sind konzerninterne Forderungen i. H. v. 16,9 Mrd. EUR.

In der regionalen Verteilung überwiegt mit 55 % das inländische Geschäft und zeigt die Fokussierung auf die definierten Kernmärkte im Privat-, Mittelstands- und Großkundengeschäft sowie die Funktion als Sparkassenzentralbank.

Die Auslandsengagements erfolgen mit rund zwei Dritteln in Westeuropa und zu einem weiteren Viertel in Nordamerika, sodass Länder höchster Bonität den Schwerpunkt bilden.

Region	Anteil Auslands- portfolio
Westeuropa	65 %
Nordamerika	24 %
Asien/Pazifik	7 %
Osteuropa	2 %
Lateinamerika	1 %
Supranationale	0 %
Afrika	0 %

Datenbasis gemäß internem Länderlimitsystem, das die Basis der internen Länderrisikosteuerung darstellt.

Die Entwicklung der Risikovorsorge zeigt die folgende Tabelle:

Bewertungsergebnis Kredit

Mio. EUR	Bestand 12/07	Zugang aus Konsolidie- rung	Zuführung	Auflösung	Verbrauch	Direkt- abschrei- bung/ Eingänge auf abgeschr. Ford.	Währungs- differenz
Bonitätsrisiken	1459,2	712,8	1 413,6	363,1	241,4	52,7	- 4,6
PWB	297,9	82,7					0,8
LBBW-Bank	1 757,1	795,5					

	G+V-relevante Risikokosten	Bestand 12/08	in % zum Gesamt- Exposure	Exposure
Bonitätsrisiken	1 098,7	2 976,6	0,56 %	528 165,2
PWB	- 16,8	363,7		
LBBW-Bank	1 081,9	3 340,3		

Der PWB-Stand zum Jahresende 2008 entspricht der nach IFRS berechneten Portfoliorisikovorsorge (GLLP/PLP not impaired).
Der Zugang aus Konsolidierung entsteht durch die Einbeziehung der Landesbank Rheinland-Pfalz sowie der Landesbank Sachsen.

Details zum Verbriefungsportfolio finden sich im Risikobericht innerhalb des Geschäftsberichts des LBBW-Konzerns.

Marktpreisrisiken. Marktpreisrisikoüberwachung und -steuerung.

Die Marktpreisrisiken der LBBW werden auf täglicher Basis im Risikocontrolling überwacht. Der Überwachung liegt ein hierarchisch organisiertes Limitsystem zugrunde. Die hierbei eingerichteten Limite sind vom Gesamtvorstand gesetzt, bezüglich bestimmter Subportfolios wurde diese Kompetenz an einzelne Vorstandsmitglieder delegiert und in einem hierarchisch gegliederten Kompetenzsystem weiterverteilt.

Die Risikosteuerung erfolgt durch die jeweiligen Portfolioverantwortlichen in den Handelsbereichen und im Bereich Treasury im Rahmen des Limitsystems. Wichtige Gremien in der Steuerung und Überwachung der Marktpreisrisiken sind der Vorstandsausschuss Disposition und das Risk Committee.

Die Messung und Steuerung der Marktpreisrisiken sowie die Überwachung der entsprechenden Limite erfolgt durchweg mittels VaR-Kennzahlen und Sensitivitäten. Zusätzlich sind Stop-Loss-Limite zur Begrenzung des absoluten Verlustes auf Jahressicht vergeben.

Die Auslastung der genannten Limite wird den jeweiligen Portfolioverantwortlichen und dem Gesamtvorstand täglich angezeigt. Neben der täglichen Berichterstattung erhält der Vorstand im monatlichen Rhythmus im Gesamtrisikobericht detaillierte Informationen über die Risiko- und Ertragsentwicklung aus Marktpreisrisiken sowie wöchentlich Reports zu Worst-Case-Ergebnissen. Im Rahmen des Gesamtrisikoberichtes und der Vorstellung im Risk Committee erfolgt zusätzlich eine ausführliche Diskussion der Exposures der LBBW auf Basis von verschiedenen Stress-Szenarien.

Verfahren.

Die LBBW ermittelt den VaR aus Marktpreisrisiken zu einem Konfidenzniveau von 99% und einer Haltedauer von zehn Tagen; zur bankinternen Steuerung werden die Parameter 95% und ein Tag Haltedauer verwendet. Gemessen wird mittels eines Verfahrens, das auf einer szenariobasierten Monte-Carlo-Simulation beruht. In der Simulation werden marktinduzierte Wertschwankungen auch von komplexen Geschäften größtenteils nicht genähert, sondern mit vollständiger Bewertung berücksichtigt. Daneben sorgt die Einteilung der potenziellen Marktentwicklungen in Szenarien für eine effizienzsteigernde Reduzierung der Anzahl von Portfoliobewertungen. Die historischen Zeitreihen der letzten 250 Tage gehen gleichgewichtet in die Schätzung der Kovarianzen ein.

Die Positionen der Landesbank Rheinland-Pfalz und der Sachsen LB sind migriert und werden ebenfalls mit dem Marktrisikomodell der LBBW gemessen. Als wesentliche selbstständige Tochter

verbleibt die LBBW Luxemburg, welche die Risiken ebenfalls mit einem Simulationsmodell (Historische Simulation) misst.

Marktpreisrisiken werden in der LBBW im Handelsbuch und im Anlagebuch konsistent mit der gleichen VaR-Methodik abgebildet. Zinsrisiken als potenziell nachteilige Entwicklungen der Marktzinssätze beziehen sich sowohl auf die Handelsportfolios als auch auf die strategische Zinsposition des Anlagebuchs. Dabei zeigt es sich, dass nicht nur Parallelverschiebungen der Zinskurven, sondern beispielsweise auch Drehungen bedeutenden Einfluss auf die Zinsposition der LBBW haben können. Derartige Entwicklungen sind sämtlich in den Simulationen zur VaR-Berechnung enthalten. Darüber hinaus werden auch Basisrisiken, die sich aus relativen Bewegungen der relevanten Zinsmärkte zueinander ergeben, in die Risikoberechnungen einbezogen. Basisrisiken sind sehr stark abhängig von der Korrelation der zugrunde liegenden Zinskurven.

Credit-Spread-Risiken aus Bonds werden mit dem allgemeinen und teilweise mit dem emittentenspezifischen Risiko gemessen. Hierfür werden die bonitätssensitiven Geschäfte des Handels- und des Bankbuches auf rating- und branchenabhängige Zinskurven gemappt. Dies wird für alle in den Handelssystemen geführten Geschäfte (insbesondere festverzinsliche Wertpapiere) und auch für das klassische Kreditgeschäft durchgeführt. Das emittentenspezifische Risiko wird anhand der Spreads (und der Spreadvolatilität) einzelner Adressen berechnet. Die LBBW arbeitet dabei an der vollständigen Messung des spezifischen Spreadrisikos aus dem Kreditsatzgeschäft. Die Credit-Spread-Risiken aus allen Kreditderivaten werden anhand eines Multi-Index-Modells ermittelt. Hier gehen die jeweiligen Credit-Spreads des Referenzschuldners in die Risikorechnung ein. Die Credit-Spread-Risiken haben im Zuge der Finanzmarktkrise einen bedeutenden Anteil am Marktpreisrisiko der LBBW erlangt.

Weniger bedeutsam als Zins- und Spread-Risiken sind bei der LBBW die Aktienrisiken sowie Währungs- und Rohwarenrisiken. Letztere beinhalten auch Risiken aus Edelmetall- und Sortenbeständen, die nur in geringem Umfang vorliegen.

Neben den Marktpreisrisiken werden Marktliquiditätsrisiken gemessen und die Einhaltung der Limitierung überwacht. Hierbei handelt es sich um spezielle Kursrisiken, die mit der Haltung von Beständen in wenig liquiden Wertpapieren verbunden sind. Näheres dazu findet sich im Abschnitt zu Liquiditätsrisiken.

Ergänzt werden die VaR- und Sensitivitäten-Berechnungen durch separate Stress-Szenarien für Handels- und Anlagebuch. Mit dem Fokus, besondere Kurvenbewegungen und Spreadveränderungen abzubilden, greift die LBBW sowohl auf selbst definierte (synthetische) als auch auf historische Marktbewegungen zurück. Alle Szenarien dienen dazu, zukunftsgerichtet extreme Ereignisse an den Finanzmärkten abzubilden, die im VaR nicht in dezidiert Form enthalten sind. Die Ergebnisse werden im jeweiligen Portfolio dargestellt.

Risikolage.

Das ÖKap-Limit für Marktpreisrisiken wurde aufgrund der Verschärfung der Finanzmarktkrise im Jahresverlauf mehrfach erhöht, um dem Anstieg der Risiken aufgrund der Marktvolatilitäten Rechnung zu tragen. Der Risikoanstieg führte im Jahresverlauf 2008 zu vermehrten VaR- und Stop-Loss-Limit-überschreitungen bis auf die Ebene der LBBW-Bank und des LBBW-Konzerns. Die Limitüberschreitungen wurden entsprechend dem internen Eskalationsprozess kommuniziert und überwacht. Die eingegangenen Marktpreisrisiken standen aber durchweg im Einklang mit der Risikotragfähigkeit der LBBW.

Die Marktpreisrisiken der LBBW werden insgesamt von Zins- und Credit-Spread-Risiken geprägt. Das Gesamtrisiko wird dabei dominiert von den Positionen im Anlagebuch. Maßgeblich sind hier die Basisrisiken im Zinsbereich zwischen den EUR-Financial-Kurven und der Swap-Kurve sowie das Exposure gegenüber Credit-Spreads inklusive der Risiken aus festverzinslichen Wertpapieren, Kreditderivaten und dem Kreditersatzgeschäft.

Die nachfolgende Tabelle zeigt die Zusammensetzung des VaR (99%/10 Tage) nach Risikoarten auf Gesamtbankebene:

VaR 99 %/10 Tage

Mio. EUR	Durchschnitt	Maximum	Minimum	30.12.2008	28.12.2007
LBBW-Bank Gesamt	401	879	204	760	207
Zinsänderungsrisiken (inkl. Credit-Spread-Risiken)	390	851	198	745	206
Aktienrisiken	28	60	19	34	25
Währungsrisiken	29	153	3	65	6

In der Position LBBW-Bank Gesamt nicht enthalten ist ein noch stand-alone gerechneter und damit nicht nach Risikoarten zuordenbarer VaR aus LRP- und Sachsen LB-Beständen in Höhe von 172 Mio. EUR per 30.12.2008.

Der deutliche Risikoanstieg ist zum einen auf die stark gestiegenen Volatilitäten und zum anderen auf die Integration von Beständen der Sachsen LB zurückzuführen.

Das Risiko einzelner Conduits wurde in der hier dargestellten operativen Risikorechnung vereinfacht berücksichtigt, ist aber in der Darstellung der Risikotragfähigkeit und der Ergebnisrechnung umfassend enthalten.

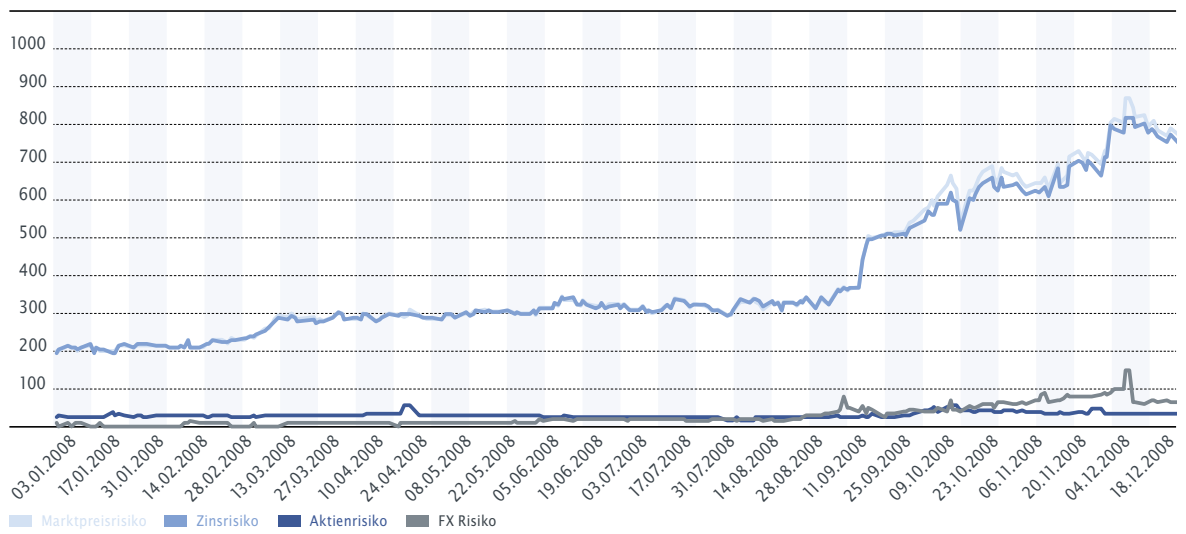
Für die Handelsbuchpositionen ergaben sich folgende Werte:

VaR 99 %/10 Tage

Mio. EUR	Durchschnitt	Maximum	Minimum	30.12.2008	28.12.2007
LBBW-Bank Handelsbuch	46	88	26	74	25
Zinsänderungsrisiken	36	70	18	64	20
Aktienrisiken	17	52	9	19	15
Währungsrisiken	5	40	0	8	-

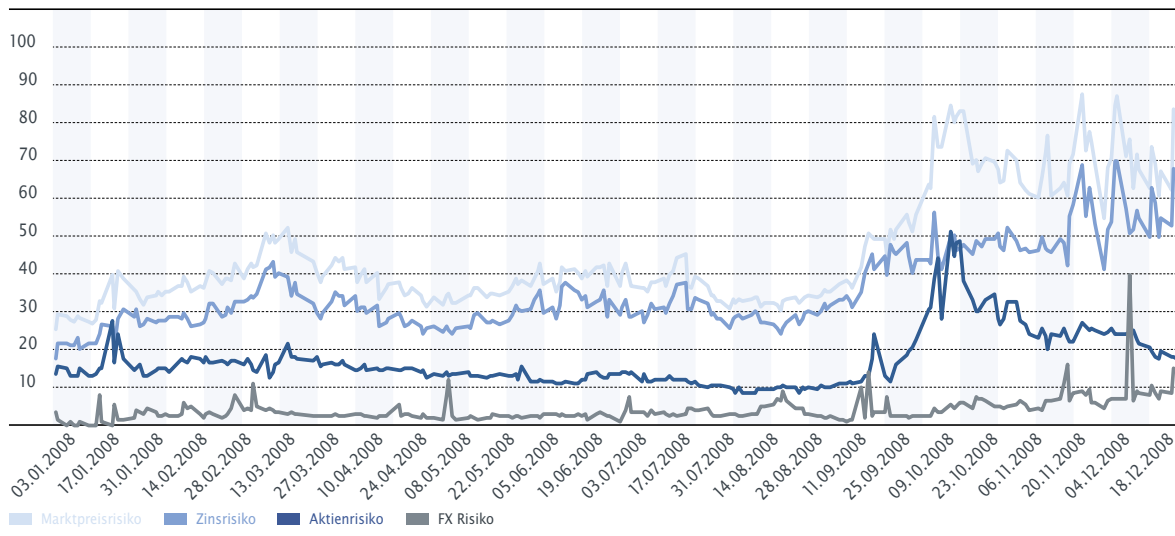
Die folgenden Grafiken stellen die Jahresverläufe der Marktpreisrisiken der LBBW-Bank dar.

Risikoverlauf LBBW-Bank in Mio. EUR



Der starke Risikoanstieg im letzten Quartal ist vor allem auf einen Anstieg der Volatilitäten und verringerte Korrelationen der Zinskurven aufgrund der Eskalation der Finanzmarktkrise nach dem Zusammenbruch von Lehman Brothers zurückzuführen.

Risikoverlauf Handelsbuch in Mio. EUR



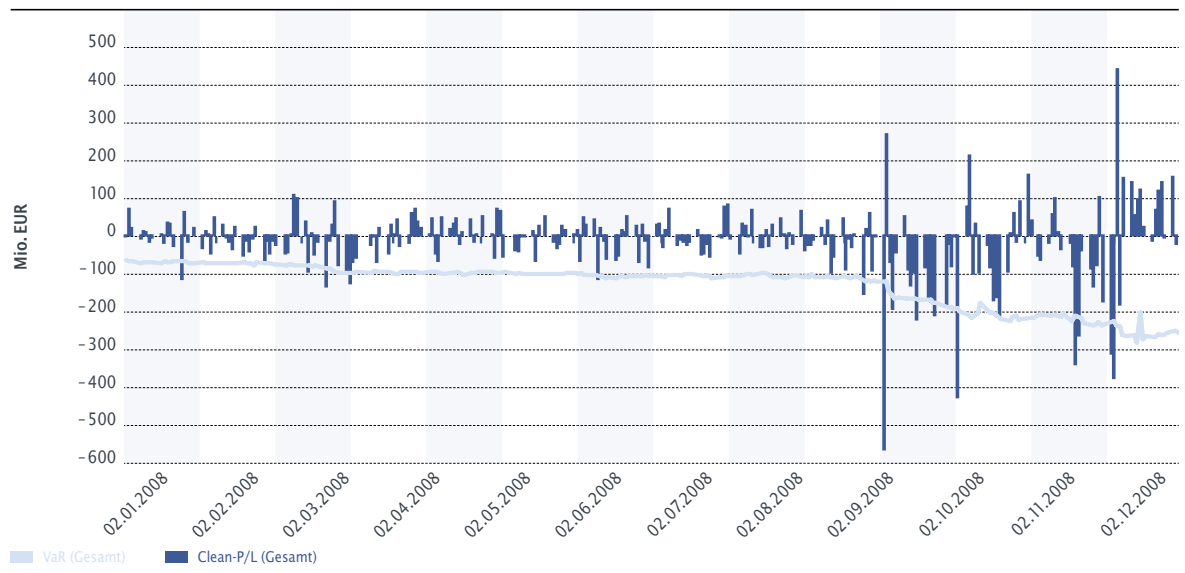
Durch das Stresstesting wird untersucht, wie sich der Wert eines Portfolios unter extremen Marktbedingungen verändert. Im Risikosystem der LBBW sind historische, synthetische und portfoliospezifische Szenarien definiert. Diese werden wöchentlich auf das Portfolio angewandt und berichtet. Das Stresstestlimit der LBBW-Bank war innerhalb 2008 einmalig überschritten.

Regelmäßig wird auch der im BaFin-Rundschreiben 07/2007 definierte Zinsschock im Anlagebuch berechnet (»Basel II – Zinsschock«). Es zeigt sich, dass die Barwertveränderung als dessen Auswirkungen sehr deutlich unterhalb der dort definierten Grenzwerte liegt.

Backtesting.

Der im Risikomodell berechnete VaR-Wert stellt eine statistische Prognose über die in einzelnen Zeitabschnitten zu erwartenden Portfolioverluste aus Marktpreisrisiken dar. Um die Angemessenheit des Modells zu überprüfen, ist es erforderlich, die Güte der Prognose zu untersuchen. Dies erfolgt in Form eines Backtesting. Konkret wird hierbei die Anzahl der VaR-Überschreitungen durch die tatsächliche Portfoliowertänderung infolge von Marktdatenänderungen, sogenannte Ausnahmen, gezählt. Bis einschließlich 30. Dezember 2008 waren im Rahmen des Backtesting für die zurückliegenden 250 Handelstage neun Modellausnahmen für die Trading-Positionen und fünfzehn für die LBBW-Bank zu verzeichnen. Die Ausnahmen weisen nach Einschätzung der LBBW jedoch nicht unmittelbar auf ein Modellproblem hin, sondern sind insbesondere auf die extremen Marktbewegungen im Zuge der Finanzkrise zurückzuführen, die eher Crash-Szenarien darstellen und damit außerhalb der Prognosefähigkeit eines VaR-Modells liegen.

Backtesting Portfolio LBBW-Bank für den Zeitraum 02.01.2008 – 30.12.2008
VaR-Parameter: 99% Konfidenzniveau, 1 Tag Haltedauer



Weiterentwicklung des Risikomodells.

Die Dynamik der Kapitalmärkte stellt auch das Risikomodell der LBBW vor stetige Herausforderungen. So werden beispielsweise neuartige Produkte eingeführt, für die eine adäquate Abbildung zu gewährleisten ist. Bevor diese im Handel der LBBW zugelassen werden, durchlaufen sie einen »Neue Produkte Prozess«, der die Abbildung in den verschiedenen Systemen der LBBW, etwa Rechnungswesen und Risikocontrolling, sicherstellt. Wenn die vollständige Abbildung der Produkte nicht sofort umgesetzt werden kann, findet ein Stufenverfahren Anwendung, in dem der Handel in diesen Produkten zunächst nur stark reglementiert stattfindet. Dieses Stufenverfahren wurde in 2008 weiterentwickelt. Die nötigen Bewertungsverfahren im Risikomodell entwickelt die LBBW selbst.

Im Jahr 2008 wurden zwei Releasewechsel im Risikomodell durchgeführt, mit denen die Abbildung neuer Produkte sowie Verfeinerungen in der Berechnungsmethodik insbesondere in der Abbildung des unsystematischen Zinsrisikos umgesetzt wurden. Das ermöglicht die Kontrolle und – wenn nötig – die Reaktion auf Variationen der Produktgestaltung. Neben den Bewertungen werden auch die Adäquanz der Risikomodellierung und die verwendeten Risikofaktoren regelmäßig überprüft. Sollten bestimmte Märkte und Risikoarten künftig an Bedeutung gewinnen, kann das eigenentwickelte Modell flexibel erweitert werden.

Den Bewertungsverfahren sind Grenzen gesetzt: Jede Art der Modellierung beinhaltet eine Vereinfachung gegenüber der Realität. Derartigen »Modellrisiken« begegnet die LBBW durch konservative Parametrisierungen und durch Nutzung unterschiedlicher Verfahren wie VaR, Sensitivitäten, Stresswerten etc. In einzelnen Fällen werden Bewertungsabschläge bzw. Sonderlimitierungen vorgenommen, sofern Unsicherheiten hinsichtlich der zugehörigen Bewertungsverfahren existieren.

Operationelle Risiken.

Operationelle Risiken (OpRisk) sind Risiken, die infolge der Unangemessenheit oder des Versagens von internen Verfahren, Menschen und Systemen oder von externen Einflüssen eintreten. Diese Definition umfasst auch rechtliche Risiken.

Das Management dieser Risiken im LBBW-Konzern fällt in die primäre Verantwortlichkeit der Bereiche und Tochterunternehmen. Hohe Bedeutung haben die dezentralen Operational Risk Manager, die die Bereichsleitungen und Geschäftsführer bei der Anwendung der OpRisk-Controllinginstrumente unterstützen, Ansprechpartner für die zugehörigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind und in engem Austausch mit dem zentralen OpRisk-Controlling stehen. Für eventuelle Schäden sorgt der

zentrale Bereich Konzernstrategie/Recht – soweit dies möglich und sinnvoll ist – durch den Abschluss von Versicherungen vor. Für die Entwicklung und Umsetzung von Methoden und Instrumenten des OpRisk-Controllings ist eine unabhängige, zentrale Organisationseinheit im Konzernrisikocontrolling zuständig.

Ein Hauptaugenmerk im OpRisk-Management und -Controlling liegt darauf, OpRisk früh zu erkennen und die daraus resultierenden Verluste durch Maßnahmen zu vermeiden bzw. zu reduzieren. Wichtige Instrumente zur Identifizierung und Beurteilung dieser Risikoart sind die interne und externe Schadensfallsammlung, die Risikoinventur zur Risikopotenzialschätzung (Self Assessment und Szenarioanalyse) sowie die Analyse von Risikoindikatoren. Ein Ad-hoc-Meldeprozess für OpRisk-Schadensfälle ist institutionalisiert.

Das zentrale OpRisk-Controlling stellt den Entscheidungsträgern im Rahmen der regelmäßigen Risikoberichterstattung relevante Informationen zur Verfügung. Bei der Wahrnehmung seiner Überwachungsfunktion im Konzern wird der Vorstand durch das Risk Committee unterstützt. In diesem Gremium werden Schadensfallberichte und Risikoinventur-Ergebnisse diskutiert sowie Maßnahmen zur Förderung der Risikokultur und aktuelle Ereignisse thematisiert.

Im Geschäftsjahr 2008 konzentrierte sich das zentrale OpRisk-Controlling auf die Einbindung neuer Tochterunternehmen in die konzernweiten OpRisk-Prozesse. Weiterhin wurde die in der LBBW verwendete Software zur Steuerung Operationeller Risiken erweitert. Insbesondere wurde ein Modul implementiert, welches das Maßnahmenmanagement unterstützt, indem es mit der internen Schadensfallsammlung und Risikopotenzialschätzung verknüpft wird. Um die Bereitstellung weiterer Informationen zur Risikoanalyse zu ermöglichen, ist die LBBW seit Jahresbeginn an die VöB-Datenbank öffentliche Schadensfälle Operationelle Risiken (ÖffSchOR) angebunden.

Der heutige LBBW-Konzern ist durch Fusionen und Integrationen von Tochtergesellschaften entstanden. Dabei wurden teilweise die Prozesse und Systeme der Muttergesellschaft auf die Tochtergesellschaften übertragen, teilweise konnten auch deren Prozesse und Systeme weitergenutzt werden. Die Umstellungs- und Integrationsphase geht in solchen Situationen immer mit einem erhöhten Operationellen Risiko einher. Durch sorgfältige Projektplanung und laufende Schulung der Mitarbeiter werden diese Risiken weitgehend minimiert. Wesentliche Aufgabe im OpRisk-Management und -Controlling bleibt, das Risikobewusstsein der Mitarbeiter und die Risikokultur der LBBW zu fördern.

Bei der LBBW werden, wie die Ausführungen in den nachstehenden Abschnitten zeigen, keine bestandsgefährdenden Operationellen Risiken mit hoher Eintrittswahrscheinlichkeit erwartet. Zu betonen ist, dass sich trotz aller Vorsorgemaßnahmen Operationelle Risiken nicht vollständig vermeiden lassen.

DV-Risiken.

Die LBBW setzt die Berücksichtigung internationaler Standards im IT-Sicherheitsbereich kontinuierlich um und orientiert sich dabei am ISO-Standard 27001 und 27002. Im IT-Risikomanagement wurde ein zentrales Vorgehen definiert. Dieses beinhaltet eine ständige Risikosensibilisierung der Mitarbeiter sowie eine regelmäßige Betrachtung der in der Datenverarbeitung der LBBW identifizierten Risikoszenarien.

Um die Handlungsfähigkeit bzw. Aufrechterhaltung des Geschäftsbetriebs bei Ausfall von DV-Systemen sicherzustellen, besteht ein spezieller Krisenstab IT, der nach einem definierten Ablaufprozess im Krisenfall die Koordination aller Aktivitäten und die zentrale Kommunikation, auch zu den baden-württembergischen Sparkassen, gewährleistet. Damit der manuelle Notbetrieb im Notfall aufrechterhalten werden kann, liegen in den Fachbereichen entsprechende Pläne vor.

Die LBBW verfügt für den Produktionsbetrieb über zwei unabhängige, örtlich getrennte Rechenzentren. Im Großrechner-Bereich ergibt sich ein Backup-Betrieb mit Datenspiegelung, der nach einer Ausfallzeit von spätestens drei Stunden ein Katastrophen-Backup gewährleistet. Für die Handelssysteme ist ebenfalls ein Backup-Betrieb mit Datenspiegelung realisiert. Zur Überprüfung der Funktionsfähigkeit und zum Training von Mitarbeitern finden regelmäßig Backup-Tests statt. Sowohl für den Handel als auch für die Handelsabwicklung sind zusätzlich Backup-Arbeitsplätze eingerichtet.

Derzeit bestehen bei der LBBW keine außergewöhnlichen DV-Risiken. Durch die stetige Weiterentwicklung und Verbesserung des DV-Umfelds ist auch künftig ein geordneter DV-Betrieb in der LBBW sichergestellt.

Personalrisiken.

Der Erfolg der LBBW hängt wesentlich von engagierten Mitarbeitern ab – so ist es auch im Leitbild der LBBW verankert: »Wir Mitarbeiter machen den Erfolg der Bank. Mit Kompetenz, Wissen und Engagement.« Ziel eines umfassenden Personalrisikomanagements ist die Identifikation negativer Tendenzen (Risikoüberwachung) und die Bewertung geeigneter Maßnahmen, um Risiken zu verhindern bzw. zu minimieren (Risikosteuerung).

Der Personalbereich unterscheidet dabei verschiedene Arten von Personalrisiken als Ansatzpunkte seiner Risikoüberwachung und -steuerung. Engpass-, Austritts-, Anpassungs- und Motivationsrisiken sind frühzeitig zu erkennen und die daraus resultierenden Kosten wie zum Beispiel Personalsuch-, Kündigungs- und Fluktuationskosten zu minimieren. Transparent werden diese Risiken durch die

periodische Auswertung und Analyse sowie den unternehmensübergreifenden Vergleich von Personalkennzahlen wie beispielsweise Fluktuationsraten, Fehlzeiten oder Daten über Personalentwicklungsmaßnahmen (insbesondere Führungskräftebildungen).

Im Risikofeld »Austrittsrisiko« werden beispielsweise ausgetretene Mitarbeiter schriftlich zu ihren Austrittsgründen befragt. So haben diese nochmals Gelegenheit, ihre Meinung frei über die LBBW als Arbeitgeber zu äußern.

Neben der Gewinnung von Fachkräften vom externen Arbeitsmarkt liegt ein Schwerpunkt auf der internen Nachwuchsförderung. Um dem Risiko fehlender Leistungsträger zu begegnen (»Engpassrisiko«), wird deshalb das Mitarbeiterpotenzial systematisch erfasst und analysiert. Im Hinblick auf die demographischen Veränderungen steht die Altersstruktur der LBBW unter besonderer Beachtung, auch wenn sich in den nächsten Jahren kein Handlungsbedarf abzeichnet.

Neben diesen traditionellen Kennzahlen sind qualitative Indikatoren einzubeziehen, damit Personalrisiken nicht nur aus der Vergangenheit extrapoliert werden, sondern zukunftsbezogen beurteilt werden können. Über eine erstmals durchgeführte Mitarbeiterbefragung wurden deshalb wertvolle Informationen über die Qualität und Attraktivität der LBBW als Arbeitgeberin erhoben.

Möglichen Risiken im Personalbereich begegnet die LBBW bereits heute schon mit einer Reihe von Maßnahmen. Sie reichen von der rechtlichen Absicherung der LBBW bis zur aufgabenadäquaten Qualifizierung der Mitarbeiter. Hierzu wird unter anderem jährlich ein zielgruppenorientiertes fachliches Bildungsprogramm aufgelegt. Daneben besteht eine eigene Abteilung mit Aufklärungs- und Überwachungsfunktionen zu Compliance- und Geldwäschegesetzregelungen.

2008 waren keine bestandsgefährdenden Entwicklungen zu erkennen. Um auch zukünftig genügend Potenzial an Fach- und Führungskräften zur Verfügung zu haben, wird 2009 das starke Engagement in der betrieblichen Berufs- und Traineeausbildung sowie im Hochschulmarketing fortgesetzt.

Rechtsrisiken.

Rechtsrisiken sind wirtschaftliche Risiken aufgrund fehlender bzw. unvollständiger Berücksichtigung des durch Rechtsvorschriften und die Rechtsprechung vorgegebenen Rahmens der Rechtsordnung. Sie entstehen beispielsweise durch fehlende Kenntnis der konkreten Rechtslage, nicht hinreichende Rechtsanwendung oder nicht zeitgerechte Reaktion auf die Änderung rechtlicher Rahmenbedingungen (auch bei fehlendem Verschulden oder Unvermeidbarkeit).

Das Management von Rechtsrisiken erfolgt insbesondere durch die Rechtsabteilungen (als Teil des Bereichs Konzernstrategie/Recht) der LBBW. Diese sind in rechtlich beratender Funktion für die Bank, ihre in- und ausländischen Tochtergesellschaften, Niederlassungen und Repräsentanzen tätig. Hinzu tritt die Aufgabe, Rechtsrisiken in den Geschäfts- und Zentralbereichen in Kooperation mit diesen möglichst frühzeitig zu erkennen und in geeigneter Weise zu begrenzen. Zur Minimierung rechtlicher Risiken und zur Vereinfachung der Geschäftsaktivitäten der Markt- und Handelsbereiche haben die Abteilungen Recht Inlandsgeschäft bzw. die Abteilung Recht Internationales Geschäft eine Vielzahl an Vertragsvordrucken und Musterverträgen selbst entwickelt bzw. nach Prüfung für die Verwendung durch die Geschäftsbereiche der LBBW freigegeben. Dabei bedient sich die Bank auch der Kooperation mit dem Deutschen Sparkassen- und Giroverband und der in den dortigen Gremien entwickelten und vom Sparkassenverlag bereitgestellten Vordrucke. Für alle derivativen Geschäfte werden anerkannte standardisierte Vertragsdokumentationen verwendet. Soweit durch neue Tätigkeitsfelder oder die Entwicklung neuer Bankprodukte rechtliche Fragen aufgeworfen werden, begleiten die Rechtsabteilungen diese Prozesse und gestalten sie aktiv mit.

Die Rechtsabteilungen verfolgen – in enger Zusammenarbeit insbesondere mit dem Bundesverband Öffentlicher Banken Deutschlands (VÖB) und dem Deutschen Sparkassen- und Giroverband (DSGV) sowie dem Verband deutscher Pfandbriefbanken (VdP) – relevante Vorhaben des Gesetzgebers, die Entwicklung der Rechtsprechung sowie neue Vorgaben der Aufsichtsbehörden in den einschlägigen Tätigkeitsbereichen der Bank.

Soweit sich entsprechender rechtlicher Handlungs- und Anpassungsbedarf ergibt, wirken die Rechtsabteilungen an der zeitnahen Information und Umsetzung innerhalb der Bank in maßgeblicher Weise mit. Bestandsgefährdende Rechtsrisiken bestehen bei der LBBW nicht. Der Bereich Konzernstrategie/Recht hat auch keinerlei Anhaltspunkte, dass solche Risiken bei der LBBW in überschaubarer Zukunft entstehen werden.

Liquiditätsrisiken.

Die LBBW unterscheidet bei der Überwachung und Steuerung der Liquiditätsrisiken zwischen dem kurzfristigen Liquiditätsrisiko, das die Gefahr einer Zahlungsunfähigkeit aufgrund akuter Zahlungsmittelknappheit bezeichnet, und dem Refinanzierungs(spread)risiko, das negative Ertragswirkungen infolge einer möglichen Verschlechterung der Refinanzierungsspreads beschreibt. Daneben wird als Marktliquiditätsrisiko die bei der Messung und Überwachung der Marktpreisrisiken zu beachtende Gefahr bezeichnet, Kapitalmarktgeschäfte aufgrund unzulänglicher Markttiefe oder bei Marktstörungen nur mit Verlusten glattstellen zu können.

Kurzfristiges Liquiditätsrisiko und Refinanzierungsrisiko.

Die Bedeutung der Liquiditätsrisiken und auch die Beachtung, die diese im internen Risikomanagement finden, hat in der LBBW, wie auch in der ganzen Bankenwelt vor dem Hintergrund der Finanzmarktkrise in 2007 und 2008 stark zugenommen. Das wesentliche Risiko, dem die Banken bei der Refinanzierung ausgesetzt sind, ist ein potenzieller Vertrauensverlust seitens der Geschäftspartner, insbesondere im Interbankengeschäft.

Für den LBBW-Konzern stellte sich die Situation im Jahr 2008 trotz Finanzmarktkrise so dar, dass bis zur Insolvenz von Lehman Brothers am 15. September nur in den langen Laufzeiten Einschränkungen der Refinanzierungsmöglichkeiten bestanden. Trotz dieser Einschränkungen konnten bis Mitte September mehr Passivmittel im über einjährigen Laufzeitenbereich beschafft werden, als zur Refinanzierung des Aktivneugeschäfts des Jahres 2008 benötigt wurden. In den Wochen nach der Lehman-Insolvenz war die Beschaffung unbesicherter Mittel über den Markt zeitweise nur noch im Tagesgeld möglich. Seither hat sich die Situation wieder etwas entspannt, sodass im letzten Quartal in den langen Geldmarktlaufzeiten ausreichend Mittel aufgenommen werden konnten, um eine nachhaltige Verschlechterung der Liquiditätsstruktur abzuwenden. Zu keinem Zeitpunkt im Jahr 2008 war der LBBW-Konzern gezwungen, für die Refinanzierung auf seine Liquiditätsreserven zurückzugreifen. Eine Nutzung der EZB-Reserven erfolgte in geringem Maße zu Feinststeuerungszwecken.

Die Liquiditätssteuerung als übergreifende Aufgabe im Konzern nimmt der Bereich Treasury wahr. Das Refinanzierungs(spread)risiko aus den Positionen des Bankbuchs wird zentral gesteuert. Langfristige Kreditausleihungen werden überwiegend langfristig refinanziert, und die Risikoaufnahme von dezentralen Einheiten wie Konzerntöchtern oder ausländischen Niederlassungen wird über Limite streng begrenzt. Im Rahmen der Funding-Strategie wird das Ziel einer breiten und diversifizierten Investorenbasis verfolgt. Die Messung, Überwachung und Limitierung der Liquiditätsrisiken erfolgt durch den Bereich Konzernrisikocontrolling.

Die Liquidität des Konzerns wird mittels regelmäßiger Vorschaurechnungen überwacht. Das Risiko eines akuten Zahlungsmittelengpasses ist über ein Limitsystem begrenzt, bei dem das Gesamtlimit aus den zur Verfügung stehenden freien Liquiditätsreserven abgeleitet wird. Das freie Refinanzierungspotenzial bei Notenbanken wird täglich überwacht. Im Rahmen eines ausführlichen Liquiditätsberichtsteils im Gesamtrisikobericht informiert der Bereich Konzernrisikocontrolling monatlich über das Risk Committee den Gesamtvorstand über alle relevanten Aspekte der Liquidität und des Liquiditätsrisikos des Konzerns. Seit Beginn der Finanzmarktkrise wird die Liquiditätssituation in mindestens zweiwöchentlichen Management-Meetings unter Beteiligung von Treasury, Geldhandels-Einheiten, Konzernrisikocontrolling und Finanzcontrolling diskutiert. Über die Ergebnisse sowie die aktuellsten Zahlen zur Liquiditätssituation berichtet der Bereich Treasury vierzehntägig an den Gesamtvorstand. Der LBBW-Konzern verfügt über eine Notfallplanung für die Sicherung der Liquidität

in Krisensituationen. Der in diesem Rahmen vorgesehene Krisenstab auf höchster Managementebene wurde bisher nicht einberufen.

Durch die Limitierung des Refinanzierungsbedarfs und konsequentes Management der Liquiditätsreserven vor Beginn der Liquiditätskrise war die LBBW in der Lage, die Refinanzierung des Sachsen LB-Konzerns zusätzlich zu übernehmen.

Die Anforderungen der Liquiditätsverordnung wurden im Jahr 2008 jederzeit deutlich übertroffen. Die Liquiditätskennziffer der LBBW lag per 31. Dezember 2008 bei 1,54 (2007: 1,45).

Marktliquiditätsrisiken.

Marktliquiditätsrisiken beziehen sich auf potenzielle Verluste beim Handel in wenig liquiden Finanzinstrumenten, beispielsweise beim Handel größerer Wertpapierbestände. Falls ein hohes Volumen kurzfristig veräußert oder eingedeckt werden soll, ist von einem entsprechenden Einfluss auf die Märkte auszugehen, der den zu erwartenden Erlös schmälert.

Die LBBW berücksichtigt derartige Risiken zum Teil über die Beobachtung der Bid-Offer-Spreads in den entsprechenden Titeln des Bestands. Diese werden den zugehörigen gehandelten Volumina gegenübergestellt. Dieser Zusammenhang wird dann auf das Volumen im Bestand der LBBW übertragen und in eine potenzielle Verlustgröße überführt. Die Risiken aus »marktengen« Aktien im Handelsbestand werden durch ein gesondertes Limit begrenzt und haben für die LBBW keine wesentliche Bedeutung.

Darüber hinaus bezieht sich der Begriff Marktliquiditätsrisiken auf potenzielle Verluste dadurch, dass Marktsegmente an Liquidität verlieren, wie in 2007 und 2008 im Bereich der Credit-Spread-Produkte und speziell bei Verbriefungen. Durch die plötzlich fehlende Liquidität in bis dahin sehr liquiden Märkten kam es seitdem in diesen Marktsegmenten zu Schwierigkeiten in der Marktbewertung und in den darauf aufbauenden Prozessen.

Ein Marktliquiditätsrisiko liegt auch in strukturierten Geschäften, beispielsweise in der Emission von Trigger-Zertifikaten, die bei Überschreiten einer bestimmten Marktschwelle den Kauf bzw. Verkauf von Sicherungspositionen auslösen.

Die geringe Liquidität von Produkten führt in der Regel zu einer höheren Volatilität und damit zu einer Erhöhung im Marktpreisrisiko. Das Marktliquiditätsrisiko ist damit implizit weitgehend in der Marktpreisrisikorechnung enthalten. Eine plötzlich fehlende Liquidität in Marktsegmenten, die im Normalzustand hoch liquide sind, ist dagegen nicht vergleichbar über historienbezogene Modelle abbildbar. Hier muss mit Szenarioannahmen und pauschalen Aufschlägen gearbeitet werden.

Das Risikomanagement der LBBW zielt darüber hinaus darauf ab, auch in Krisensituationen großen Handlungsspielraum zu behalten, da sich Verluste ggf. vermeiden lassen, wenn ein Institut nicht gezwungen ist, trotz widriger Marktliquiditätssituation Positionen zu verkaufen bzw. zu schließen.

Beteiligungsrisiken.

Die LBBW beteiligt sich an anderen Unternehmen bzw. lagert Funktionen auf Tochtergesellschaften aus, wenn dies unter strategischen oder Rendite-Gesichtspunkten sinnvoll ist.

Für das Beteiligungscontrolling ist die frühzeitige Kenntnis der Geschäfts- und Risikoentwicklungen der Tochtergesellschaften und Beteiligungen von besonderer Bedeutung. Diesem Ziel dienen – insbesondere bei den risikopolitisch wesentlichen Gesellschaften – regelmäßige Abstimmungsgespräche auf korrespondierenden Fachebenen der LBBW und der Tochtergesellschaft/Beteiligung. Darüber hinaus findet eine ständige Ergebniskontrolle und Planüberwachung sowie eine umfassende Berichterstattung an Vorstand und Gremien durch die Organisationseinheit Beteiligungsmanagement im Bereich Konzernstrategie/Recht der LBBW statt.

Unter Risikogesichtspunkten werden im Beteiligungsportfolio der LBBW zwei Kategorien von Gesellschaften unterschieden:

- Wesentliche Tochtergesellschaften, d. h. Gesellschaften, bei denen die LBBW Mehrheitsgesellschafterin ist und deren Risikopotenzial (in den wesentlichen Risikokategorien Kreditrisiko, Marktpreisrisiko, Liquiditätsrisiko, Operationelles Risiko und Immobilienrisiko) aus Konzernsicht als wesentlich einzustufen ist.
- Nicht wesentliche Tochtergesellschaften und Beteiligungen, d. h. Gesellschaften, bei denen die LBBW Mehrheitsgesellschafterin ist und deren Risikopotenzial aus Konzernsicht als unwesentlich einzustufen ist oder Minderheitsbeteiligungen, d. h. Gesellschaften, bei denen die LBBW als Minderheitsgesellschafterin keine so unmittelbaren Eingriffsmöglichkeiten hat wie bei Gesellschaften mit Mehrheitsbeteiligung.

Wesentliche Tochtergesellschaften werden soweit möglich nach dem sogenannten Transparenzprinzip behandelt oder sukzessive in dieses überführt. Beim Transparenzprinzip werden die in den jeweiligen Gesellschaften als wesentlich identifizierten Risiken nach den Prämissen und der Parametrisierung der LBBW gemessen und auf Ebene der LBBW in eine Aggregation bzw. Konzernbetrachtung einbezogen.

Bei den nicht wesentlichen Tochtergesellschaften und Minderheitsbeteiligungen wird das Risikopotenzial auf Grundlage der jeweiligen Beteiligungswerte quantifiziert und so in seiner Gesamtheit in die Risikosteuerung einbezogen. Zur Berechnung wird ein ratingbasierter CVaR-Ansatz herangezogen.

Die LBBW betreibt eine selektive Beteiligungspolitik. Beim Erwerb von Beteiligungen wird in der Regel unter Einbindung der Fachbereiche der LBBW eine umfassende Risikoanalyse (rechtlich, finanziell etc.) in Form einer Due Diligence durchgeführt. Hierbei wird u. a. darauf geachtet, dass keine unangemessenen Risikokonzentrationen im Beteiligungsportfolio entstehen.

Über die Transaktionsverträge strebt die LBBW, etwa durch Vereinbarung von Optionsrechten oder Earn-Out-Regelungen, eine möglichst weitgehende vertragliche Risikoabsicherung an. Daneben wird die Beteiligung beim Kauf unter Berücksichtigung von kapitalmarktorientierten Risikoprämien bewertet.

Für die Beteiligungen der LBBW werden mindestens einmal jährlich im Rahmen vorbereitender Arbeiten zum Jahresabschluss nach den Grundsätzen des Instituts der Wirtschaftsprüfer (IdW) Verkehrswerte ermittelt. Zum Halbjahresabschluss wird zudem eine Plausibilisierung der Buchwertansätze anhand unterjähriger Hochrechnungen durchgeführt.

Neben dem Risiko eines potenziellen Wertverlustes infolge von Ausfallereignissen besteht das Risiko der Un- oder Unterverzinslichkeit der Anlage, die aufgrund der Ertragswertorientierung bei der Beteiligungsbewertung jedoch mit dem vorgenannten allgemeinen Buch- bzw. Verkehrswertrisiko korrespondiert.

Neben Beteiligungsrisiken aus dem Kapitaleinsatz ergeben sich zusätzlich Haftungsrisiken aus den mit einigen Tochterunternehmen geschlossenen Ergebnisabführungsverträgen sowie aus der Anstaltslast bzw. Gewährträgerhaftung bei Beteiligungen an öffentlich-rechtlichen Kreditinstituten. Ferner hat die LBBW bei verschiedenen Beteiligungen Patronatserklärungen abgegeben.

Insgesamt betrachtet liegt ein zentrales Risiko der LBBW in Bezug auf ihre Beteiligungen in einem teilweisen oder gesamten Wertverlust in einer oder mehreren großen strategischen Beteiligungen.

Insgesamt betrachtet hat das Beteiligungsportfolio der LBBW einen stark finanzwirtschaftlichen Fokus. Daher kann auch eine Störung in diesem Marktsegment zu erheblichen Verlusten aus Beteiligungen führen.

Die Steuerungs- und Überwachungssysteme gewährleisten, dass die LBBW laufend über die Situation in den Beteiligungsunternehmen unterrichtet ist. Im Übrigen folgen die Tochterunternehmen und die

wesentlichen Beteiligungen einer mit der LBBW im Rahmen der bestehenden Einflussmöglichkeiten abgestimmten konservativen Risikopolitik.

Immobilienrisiken.

Immobilienrisiken sind definiert als potenzielle negative Wertveränderungen unternehmenseigener Immobilien durch eine Verschlechterung der allgemeinen Immobiliensituation oder eine Verschlechterung der speziellen Eigenschaften der einzelnen Immobilie (Leerstände, veränderte Nutzungsmöglichkeiten, Bauschäden etc.).

Das Immobilienportfolio der LBBW ist gut diversifiziert in Wohn- und Gewerbeimmobilien, eigen- und fremdgenutzte Immobilien unterschiedlicher Größen- und Qualitätsklassen. Der Schwerpunkt des Immobilienbestands liegt in Süddeutschland.

Das wesentliche Risiko der LBBW-Bank in Bezug auf seine Immobilien liegt in einem starken Wertverlust in einzelnen großen Immobilien oder in der Schwerpunktregion Stuttgart.

Zusammenfassende Darstellung der Risikolage.

In der LBBW wurden in Bank und Konzern für alle wesentlichen Risiken Maßnahmen zu deren Begrenzung bzw. Minimierung getroffen. Den Kreditrisiken wurde im Rahmen der Risikovorsorge durch umsichtig gebildete Wertberichtigungen Rechnung getragen, für alle Risiken wird ausreichend Kapital vorgehalten.

Eine gesamtbankweite Zusammenfassung der Risiken über alle quantifizierbaren Risikokategorien hinweg wird auch in der ökonomischen Sichtweise durchgeführt. Die Aggregation der Risiken als ökonomisches Kapital zeigt, dass die Risikotragfähigkeit der LBBW nur zum Teil durch Risiken in Anspruch genommen wird. Der weitere Teil dient als Puffer, unter anderem für nicht quantifizierbare Risiken, Risiken aus unvorhersehbaren Stresssituationen oder strategischem Bedarf.

Im Laufe des Jahres 2008 zeigten sich ein deutlicher Anstieg der ökonomischen Kapitalbindung und ein starker Rückgang der Risikodeckungsmasse. Der Puffer wurde durch die Ergebnissituation weitgehend in Anspruch genommen. Die LBBW strebt eine Reduzierung dieser Inanspruchnahme durch eine Kapitalmaßnahme und durch die Reduktion von Risikopositionen im Kreditsatzgeschäft an.

Nachtragsbericht.

Eckpunkte zur Stärkung der Kapitalbasis beschlossen.

Aufgrund der geänderten Marktanforderungen an die Kapitalausstattung von Kreditinstituten und zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der LBBW vor dem Hintergrund der Finanzmarktkrise hat die Trägerversammlung der LBBW am 21. November 2008 Eckpunkte einer Eigenkapitalerhöhung für die LBBW im Umfang von 5 Mrd. EUR beschlossen. Diese soll unter Einbeziehung der Expertisen von Beratungsgesellschaften in Fragen der Risikosituation und der Geschäftsmodellausgestaltung im ersten Quartal 2009 umgesetzt werden. Außerdem wurde vereinbart, Garantien für neu begebene Schuldtitel oder sonstige Verbindlichkeiten in Abhängigkeit von der weiteren Marktentwicklung zu prüfen.

Die Gutachten der Beratungsgesellschaften wurden der Trägerversammlung und dem Verwaltungsrat des LBBW-Konzerns am 18. bzw. 19. Februar 2009 vorgestellt. Gegenstand war zum einen die Überprüfung und Weiterentwicklung des operativen Geschäftsmodells durch Roland Berger, zum anderen die Würdigung der Risikosituation der LBBW durch PricewaterhouseCoopers und Ernst & Young.

Die Expertise durch Roland Berger zeigt, dass das Geschäftsmodell des LBBW-Konzerns stabil und ertragsorientiert ist. Empfohlen werden eine weitere Expansion im gehobenen Unternehmenskundengeschäft, mittelfristige Kostensenkungen im Bereich von 150 bis 170 Mio. EUR und der Abbau des Kreditersatzgeschäfts. Die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft PricewaterhouseCoopers stellt fest, dass die Risikostrategien der LBBW konsistent sind mit den Zielen und Planungen für die wesentlichen Geschäftsaktivitäten der Bank. Das eingesetzte Instrumentarium sowie die organisatorische Ausgestaltung zur Steuerung und Überwachung der für die LBBW wesentlichen Marktpreis-, Adressenausfall- und Liquiditätsrisiken sind funktionsfähig und angemessen. Die Bewertung des Kreditersatzgeschäfts zum 31. Dezember 2008 ist sachgerecht, die Liquidität nach Stresstestberechnungen sichergestellt. Ernst & Young hat diese Einschätzungen bestätigt.

Die endgültige Entscheidung der Gremien der Träger über die Kapitalerhöhung ist geplant für die zweite Märzhälfte 2009.

Weitere Vorgänge von besonderer Bedeutung, die Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage haben könnten, bestehen nach dem Schluss des Geschäftsjahres 2008 in Form der noch nicht überwundenen Finanzmarktkrise und der damit einhergehenden Belastungen.

Prognosebericht.

Voraussichtliche wirtschaftliche Entwicklung.

Die Aussichten für das Jahr 2009 sind düster. Die Kombination aus einer Banken- und Immobilienkrise machen den wirtschaftlichen Abschwung voraussichtlich zum schwersten seit dem 2. Weltkrieg. Eine ausgeprägte Rezession in den wichtigsten Volkswirtschaften und die globale Finanzkrise dürften das Wachstum der Weltwirtschaft nahezu zum Erliegen bringen. Die LBBW rechnet für das laufende Jahr nur noch mit einem globalen Wachstum von ca. 0,1 %. Damit wäre die IWF-Definition für eine Rezession der Weltwirtschaft (Wachstum <3 %) erfüllt. Besorgniserregend ist vor allem, dass es bislang keine nachhaltigen Anzeichen für eine Trendwende gibt. Die wichtigsten Frühindikatoren in den großen Industriestaaten sind in der Nähe ihrer historischen Tiefstände. Für die Dauer und Schwere der Krise ist von entscheidender Bedeutung, ob es gelingt, die in wichtigen Ländern erheblich ins Stocken geratene Kreditversorgung wieder in Gang zu bringen. Das rasche und entschlossene Eingreifen der Staaten zur Rekapitalisierung und Risikoabschirmung der Banken sowie die kräftigen Zinssenkungen der Federal Reserve, der Bank of Japan, der Schweizer Nationalbank, der Bank of England, der EZB und anderer – in einigen Fällen sogar bis auf 0 % – sprechen zwar für eine mittelfristig zu erwartende konjunkturelle Stabilisierung. Bislang gibt es allerdings noch keine belastbaren Hinweise, dass die konjunkturelle Talsohle bereits erreicht ist oder gar durchschritten wäre. In seinem Ausmaß dürfte der Abschwung jedoch durch die zahlreichen und großvolumigen Konjunkturprogramme der Regierungen weltweit gedämpft werden. Alleine in den USA dürften sich die Konjunkturlösungen auf rund 1 Billion US-Dollar belaufen. In Deutschland werden es per saldo 86 Mrd. EUR sein.

Für den Euroraum rechnet die LBBW mit einem Rückgang des BIP von 3,5 %. Unter der Krise dürften vor allem die Investitionen sowie der Außenhandel leiden. Deutschland wird nach Einschätzung der LBBW aufgrund seiner hohen Exportabhängigkeit sogar noch stärker in Mitleidenschaft gezogen werden. Das deutsche BIP dürfte 2009 um 4,5 % schrumpfen. Die USA werden ebenfalls keine spürbare Belebung erfahren. Ungeachtet der angekündigten massiven Steigerung der Staatsausgaben wird das Bruttoinlandsprodukt der USA voraussichtlich um 2 % zurückgehen.

Inflationsgefahren, die noch Mitte 2008 die Märkte beschäftigt haben, sind mit der Verschärfung der Rezession und dem starken Rückgang der Ölpreise seit dem Sommer 2008 Deflationsängsten gewichen. Die Inflationsrate dürfte nach Ansicht der LBBW 2009 in Deutschland bei 0,6 % liegen gegenüber 2,6 % in 2008 (nationaler Verbraucherpreisindex). In der Eurozone rechnet die LBBW für 2009 mit einer Inflationsrate von 0,6 % nach 3,3 % im Vorjahr (Harmonisierter Verbraucherpreisindex). In den USA dürfte die Inflationsrate aufgrund des massiven Benzinspreiserückgangs und der damit verbundenen Basiseffekte gar von 3,8 % in 2008 auf 0,0 % in 2009 fallen. Vor diesem Hintergrund dürfte 2009 eher ein Jahr der Deflationsdebatte sein. Ein lang anhaltender Rückgang der

Verbraucherpreise auf breiter Front wie er in Japan in den 90er-Jahren zu beobachten war, ist demgegenüber weder in den USA noch im Euroraum wahrscheinlich. Vielmehr überwiegen angesichts der weltweit sehr expansiven Geldpolitik in Verbindung mit der rasant wachsenden Staatsverschuldung mittel- bis langfristig die Inflationsrisiken, die sich jedoch erst mit dem Wiederanspringen des Kreditvergabeprozesses materialisieren dürften.

Branchen- und Wettbewerbssituation.

Die Kreditwirtschaft wird sich vor dem Hintergrund des weltweiten Wirtschaftsabschwungs und der von der Finanzmarktkrise weiterhin erschütterten Finanzmärkte 2009 einem erneut herausfordernden Geschäftsjahr gegenübersehen.

Der 2008 begonnene Prozess der Redimensionierung von Kapazitäten und Risikopositionen dürfte sich fortsetzen.

Die negative konjunkturelle Entwicklung lässt ein Ansteigen der Belastungen für die Branche aus der zunehmend schwierigen Situation des Unternehmenssektors erwarten, während eine umfassende Veränderung der schwierigen Rahmenbedingungen auf den Kapitalmärkten noch nicht in Sicht ist.

Der zu konstatierende geschäftspolitische Bedeutungszuwachs des klassischen Kundengeschäfts für die Branche dürfte sich tendenziell wettbewerbsverschärfend auswirken. Konsolidierungen und der mögliche Rückzug von Auslandsbanken können diesen generellen Trend in den einzelnen Märkten allerdings begrenzen.

Refinanzierung und Kapitalisierung werden auch 2009 entscheidende Wettbewerbsfaktoren in der Finanzbranche bleiben. Von den staatlichen Maßnahmen zur Stabilisierung der Finanzmärkte dürften dabei insgesamt positive Wirkungen ausgehen.

Strategische Ausrichtung sowie Chancen des LBBW-Konzerns.

Die negativen Entwicklungen an den Finanzmärkten, die vor allem durch die Insolvenz von Lehman Brothers und den isländischen Banken seit Mitte September 2008 verschärft wurden, haben auch im Ergebnis des LBBW-Konzerns deutliche Spuren hinterlassen. Aufgrund der aktuellen Rahmenbedingungen und der erwarteten konjunkturellen Entwicklung ist damit zu rechnen, dass auch das Jahr 2009 insbesondere durch den durch die Finanzmarktkrise ausgelösten realwirtschaftlichen Abschwung geprägt sein wird. Diesem Trend wird sich die LBBW ebenfalls nicht vollständig entziehen können. Bei weiterem Anhalten der Verwerfungen auf den Finanzmärkten sind entsprechende Belastungen des LBBW-Konzerns nicht auszuschließen.

Im operativen Geschäft erwartet die LBBW auch zukünftig ein Wachstum bei den Erträgen. Die strategische Entwicklung des LBBW-Konzerns fokussiert sich in allen drei operativen Segmenten auf den weiteren Ausbau des Kundengeschäfts. Hierzu werden insbesondere die Etablierung der neuen regionalen Kundenbanken Rheinland-Pfalz Bank und Sachsen Bank sowie die Zusammenarbeit mit den Sparkassen mit Nachdruck verfolgt. Detaillierte Erläuterungen zu den operativen Segmenten und deren Entwicklungen können den folgenden Abschnitten entnommen werden. Eine konsequente Rückführung erfolgt dagegen im Kreditersatzgeschäft des LBBW-Konzerns. Die Synergien aus der vollständigen Integration der LRP und der Sachsen LB werden ab 2009 Wirkung zeigen. Darüber hinaus werden die im Vorjahr gestarteten Kosten-Optimierungsprojekte stringent umgesetzt und neue Initiativen zur Steigerung der Effizienz ergriffen. Die Auswirkungen der Finanzmarktkrise führten in 2008 – im Vergleich zu den Vorjahren – zu einer deutlich erhöhten Kreditrisikovorsorge. Auch für das Jahr 2009 rechnet die LBBW mit einer über dem Durchschnitt liegenden Risikovorsorge im Kreditgeschäft.

Aufgrund der umsichtigen Liquiditätsdisposition war der LBBW-Konzern in dem krisenhaften Jahr 2008 zu keinem Zeitpunkt gezwungen, für die Refinanzierung auf die Liquiditätsreserven zurückzugreifen – sie wurden lediglich zu Feinsteuerungszwecken genutzt. An dem Grundsatz der liquiditätsneutralen Refinanzierung wird auch in Zukunft festgehalten. Darüber hinaus prüft die LBBW zusätzlich einen Garantierahmen i. H. v. 15 – 20 Mrd. EUR für neu zu begebende Schuldtitel und sonstige Verbindlichkeiten. Zur Sicherstellung einer adäquaten – und im derzeitigen Wettbewerbsumfeld auch erwarteten – Eigenkapitalausstattung haben die Träger der LBBW im November 2008 Eckpunkte zur Erhöhung des Eigenkapitals festgelegt. Geplant ist eine Erhöhung von 5 Mrd. EUR im Frühjahr 2009.

Insgesamt hat sich das kundenorientierte Geschäftsmodell der LBBW, trotz erschwelter Bedingungen aufgrund der Finanzmarktkrise, als tragend erwiesen. Somit kann die LBBW mit der Fokussierung auf ihre Wachstumsfelder wie das Mittelstandsgeschäft, das Geschäft mit gehobenen Privatkunden sowie das Kundengeschäft in Financial Markets gestärkt aus der Krise hervorgehen. Eine konservative Risikopolitik und eine ausgeglichene und umsichtige Refinanzierungspolitik werden bei all dem weiterhin den Rahmen setzen. Trotz dieses Vorgehens ist grundsätzlich nicht auszuschließen, dass weitere materielle Verschärfungen der Finanzmarktkrise einhergehend mit einer Ausweitung der Rezession zukünftig negative Auswirkungen auf die LBBW haben würden. Diese könnten zum Beispiel mit einer steigenden Kreditrisikovorsorge im klassischen Kreditgeschäft, erhöhten Risiken aus dem Verbriefungsportfolio oder einem deutlichen Anstieg in den Marktpreisrisiken aufgrund von Spreadausweitungen insbesondere im Kreditersatzgeschäft einhergehen.

Im **Kundengeschäft** der LBBW stehen zukünftig in erster Linie der Ausbau des Private Bankings/ Wealth Managements, des Unternehmenskundengeschäfts im Kernmarkt und die entsprechenden kapitalmarktorientierten Aktivitäten im Vordergrund. Die voraussichtliche Entwicklung der operativen Segmente im Einzelnen:

Im Segment **Corporates** wird sich der Wirtschaftsabschwung in einer höheren Kreditrisikovorsorge niederschlagen. Allerdings erlebt die enge und vertrauensvolle Beziehung zwischen Kunde und Bank wieder eine Renaissance, sodass für das von der LBBW und den Sparkassen verfolgte Hausbankmodell in diesem Umfeld auch Chancen bestehen. Als verlässlicher Partner des Mittelstands mit umfassender Produktexpertise und nachgewiesener hoher Kundenzufriedenheit werden sich auch unter konjunkturell schwierigen Rahmenbedingungen weiterhin Wachstumsopportunitäten ergeben. Dies gilt umso mehr, wenn sich die Konsolidierungen im Bereich der Wettbewerber fortsetzen bzw. sich ausländische Wettbewerber wieder zunehmend auf ihre Heimatmärkte konzentrieren.

Im Segment **Retail Clients** ist insgesamt mit einer anhaltend hohen Wettbewerbsintensität zu rechnen, mit entsprechenden Auswirkungen auf die Margen. Auch vor dem Hintergrund der sich abzeichnenden konjunkturellen Schwächephase sind jedoch die Kerngeschäftsgebiete Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Sachsen im Privatkundengeschäft des LBBW-Konzerns weiterhin als überdurchschnittlich attraktiv einzustufen. Im Rahmen des schwerpunktmäßigen Ausbaus von Leistungen insbesondere für Private Banking Kunden sowie Wealth Management Kunden verfolgt der LBBW-Konzern auch hier Felder mit attraktiven Wachstumschancen.

Im Segment **Financial Markets** hat die Finanzmarktkrise, die durch extremste Verwerfungen an den Kapitalmärkten gekennzeichnet war, zwar in Teilportfolios zu Verlusten geführt. In 2008 konnte jedoch durch die konsequente Ausrichtung auf das Kundengeschäft insgesamt ein gutes Ergebnis erzielt werden. Eine weitere Zunahme der operativen Erträge erwartet die LBBW aufgrund des Ausbaus der regionalen Kundenbindungen sowie der Beibehaltung der starken Wettbewerbsposition in klassischen Kapitalmarktprodukten. Gleichzeitig werden die Salesaktivitäten sowie das Asset Management Consulting mit regionalen Schwerpunkten kontinuierlich ausgebaut. Mit dieser konsequenten Ausrichtung auf das kapitalmarktorientierte Kundengeschäft sieht sich die LBBW gut aufgestellt und erwartet eine weitere positive Ergebnisentwicklung in 2009.

Die Partnerschaft mit den **Sparkassen** wird von der weiteren Intensivierung des Leistungsverbands sowie der Zusammenarbeit in den Bereichen Liquidität und Refinanzierung getragen sein.

Im Einklang mit dem branchenweit anhaltenden Trend zur Konsolidierung wird auch im Landesbankensektor über eine weitere Bündelung der Kräfte gesprochen. Nach der erfolgreich realisierten vollständigen Integration von Landesbank Rheinland-Pfalz und Sachsen LB im Jahr 2008 und deren Neuausrichtung als regionale Kundenbanken steht die LBBW dieser Diskussion unter den von ihren Trägern formulierten Bedingungen offen gegenüber. Diese Bedingungen betreffen insbesondere die Abschirmung von Altlasten durch die jeweiligen bisherigen Träger sowie die Entwicklung eines tragfähigen Geschäftsmodells einer fusionierten Bank. Bis auf Weiteres wird der LBBW-Konzern dessen ungeachtet seinen eigenen eingeschlagenen Weg konsequent weiterverfolgen.

Gewinn- und Verlustrechnung

der Landesbank Baden-Württemberg,
Stuttgart, Karlsruhe, Mannheim und Mainz
für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2008.

	Anhang	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	1.1. bis 31.12.2007 Tsd. EUR
1. Zinserträge aus	29				
a) Kredit- und Geldmarktgeschäften		15 394 691			
b) festverzinslichen Wertpapieren und Schuldbuchforderungen		6 079 060	21 473 751		16 137 306
2. Zinsaufwendungen			19 568 367		14 731 705
				1 905 384	1 405 601
3. Laufende Erträge aus	29				
a) Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren			49 566		263 492
b) Beteiligungen			17 094		6 887
c) Anteilen an verbundenen Unternehmen			30 787		18 211
				97 447	288 590
4. Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinn- abführungs- oder Teilgewinnabführungsverträgen				797 957	133 313
5. Provisionserträge	29,30		762 722		671 953
6. Provisionsaufwendungen			355 432		169 382
				407 290	502 571
7. Nettoertrag aus Finanzgeschäften	29			359 181	123 940
8. Sonstige betriebliche Erträge	26,29			313 663	116 441
9. Erträge aus der Auflösung von Sonderposten mit Rücklageanteil				73 241	4 000
10. Allgemeine Verwaltungsaufwendungen					
a) Personalaufwand					
aa) Löhne und Gehälter		614 382			556 547
ab) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung		226 320			143 080
			840 702		699 627
darunter für Altersversorgung		137 077			59 088
b) andere Verwaltungsaufwendungen			585 018		438 978
				1 425 720	1 138 605

	Anhang	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	1.1. bis 31.12.2007 Tsd. EUR
11. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen				104 845	100 362
12. Sonstige betriebliche Aufwendungen				90 787	86 677
13. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft				2 086 118	851 701
14. Erträge aus Zuschreibungen zu Forderungen und bestimmten Wertpapieren sowie aus der Auflösung von Rückstellungen im Kreditgeschäft				0	0
				-2 086 118	-851 701
15. Auflösungen aus dem Fonds für allgemeine Bankrisiken				1 120 000	0
16. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Beteiligungen, Anteile an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelte Wertpapiere				581 271	0
17. Erträge aus Zuschreibungen zu Beteiligungen, Anteilen an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelten Wertpapieren				0	66 766
				-581 271	66 766
18. Aufwendungen aus Verlustübernahme				10 349	53 219
19. Einstellungen in Sonderposten mit Rücklageanteil				693	10 500
20. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit				774 380	400 158
21. Außerordentliche Erträge			436 741		2 314
22. Außerordentliche Aufwendungen			782 230		16 218
23. Außerordentliches Ergebnis	28			-345 489	-13 904
24. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	29		46 198		-16 913
25. Sonstige Steuern, soweit nicht unter Posten 12 ausgewiesen			4 977		3 554
				51 175	-13 359
26. Erträge aus Verlustübernahme				0	0
27. Aufgrund einer Gewinngemeinschaft, eines Gewinnabführungs- oder eines Teilgewinnabführungsvertrags abgeführte Gewinne				283 630	214 808
Jahresüberschuss/Bilanzgewinn				94 086	184 805

Jahresbilanz

der Landesbank Baden-Württemberg,
Stuttgart, Karlsruhe, Mannheim und Mainz
zum 31. Dezember 2008.

Aktiva	Anhang	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	31.12.2007 Tsd. EUR
1. Barreserve					
a) Kassenbestand				136 993	129 201
b) Guthaben bei Zentralnotenbanken				3 146 050	1 157 402
darunter:					
bei der Deutschen Bundesbank		3 134 697			0
c) Guthaben bei Postgiroämtern				0	0
				3 283 043	1 286 603
2. Schuldtitel öffentlicher Stellen und Wechsel, die zur Refinanzierung bei Zentralnotenbanken zugelassen sind					
a) Schatzwechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen sowie ähnliche Schuldtitel öffentlicher Stellen				36 216	9 163
darunter:					
bei der Deutschen Bundesbank refinanzierbar		0		0	0
b) Wechsel				0	0
darunter:					
bei der Deutschen Bundesbank refinanzierbar		0		36 216	9 163
3. Forderungen an Kreditinstitute	6,7,9,11,15				
a) täglich fällig				10 895 218	17 667 378
b) andere Forderungen	7			123 986 676	119 267 874
				134 881 894	136 935 252
4. Forderungen an Kunden	6,7,9,11,15			157 918 142	129 166 194
darunter:					
durch Grundpfandrechte gesichert		18 327 573			15 014 673
Kommunalkredite		34 901 554			25 355 371
5. Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	6,7,8,9,10,15				
a) Geldmarktpapiere					
aa) von öffentlichen Emittenten			222 058		985

Aktiva	Anhang	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	31.12.2007 Tsd. EUR
darunter:					
beleihbar bei der Deutschen Bundesbank		222 058			985
ab) von anderen Emittenten			16 740 031		26 073 163
darunter:				16 962 089	26 074 148
beleihbar bei der Deutschen Bundesbank		10 306 720			10 319 279
b) Anleihen und Schuldverschreibungen					
ba) von öffentlichen Emittenten			9 559 215		5 215 875
darunter:					
beleihbar bei der Deutschen Bundesbank		8 444 402			3 474 359
bb) von anderen Emittenten			65 007 618		54 807 350
darunter:				74 566 833	60 023 225
beleihbar bei der Deutschen Bundesbank		32 287 443			25 228 662
c) eigene Schuldverschreibungen				16 713 182	12 323 569
				108 242 106	98 420 942
Nennbetrag		14 074 515			11 507 768
6. Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	8,9			2 473 433	2 231 091
7. Beteiligungen	8,12			1 951 242	865 184
darunter:					
an Kreditinstituten		790 097			191 584
an Finanzdienstleistungsinstituten		25			25
8. Anteile an verbundenen Unternehmen	8,12			6 316 137	3 580 038
darunter:					
an Kreditinstituten		954 359			765 613
an Finanzdienstleistungsinstituten		188 426			12 932
9. Treuhandvermögen	11			1 156 183	241 807
darunter: Treuhandkredite		888 123			53 367
10. Ausgleichsforderungen gegen die öffentliche Hand einschließlich Schuldverschreibungen aus deren Umtausch				0	0
11. Immaterielle Anlagewerte	12			74 973	54 602
12. Sachanlagen	12			510 702	579 000
13. Ausstehende Einlagen auf das gezeichnete Kapital				0	0
darunter: eingefordert		0			0
14. Eigene Aktien oder Anteile				0	0
Nennbetrag		0			0
15. Sonstige Vermögensgegenstände	13			7 382 783	4 019 151
16. Rechnungsabgrenzungsposten	14			1 424 027	951 682
Summe der Aktiva				425 650 879	378 340 709

Passiva	Anhang	31.12.2007			
		Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	6,7,18				
a) täglich fällig				5 398 770	8 217 252
b) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	7			137 145 075	134 812 079
				142 543 845	143 029 331
2. Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	6,7,18				
a) Spareinlagen					
aa) mit vereinbarter Kündigungsfrist von drei Monaten			4 777 194		5 406 778
ab) mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als drei Monaten	7		140 835		277 528
				4 918 029	5 684 306
b) andere Verbindlichkeiten					
ba) täglich fällig			21 438 143		21 353 403
bb) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	7		85 010 020		67 447 692
				106 448 163	88 801 095
				111 366 192	94 485 401
3. Verbriefte Verbindlichkeiten	6,7,15,18				
a) begebene Schuldverschreibungen				125 394 240	98 834 339
b) andere verbiefte Verbindlichkeiten				16 878 670	16 169 111
darunter:				142 272 910	115 003 450
Geldmarktpapiere		16 878 670			16 169 111
eigene Akzepte und Solawechsel im Umlauf		0			0
4. Treuhandverbindlichkeiten	11			1 156 183	241 807
darunter: Treuhandkredite		888 123			53 367
5. Sonstige Verbindlichkeiten	17			4 409 163	3 804 704
6. Rechnungsabgrenzungsposten	14			1 140 980	965 335

Passiva	Anhang	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	31.12.2007 Tsd. EUR
7. Rückstellungen					
a) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen				1 108 690	719 073
b) Steuerrückstellungen				315 317	235 510
c) andere Rückstellungen				610 738	436 515
				2 034 745	1 391 098
8. Sonderposten mit Rücklageanteil	19			6 866	69 049
9. Nachrangige Verbindlichkeiten	6,20			5 637 172	4 960 897
10. Genusrechtskapital				2 462 748	1 848 856
darunter: vor Ablauf von zwei Jahren fällig		666 143			578 314
11. Fonds für allgemeine Bankrisiken				480 000	1 600 000
12. Eigenkapital	21				
a) gezeichnetes Kapital					
aa) Stammkapital			1 419 800		1 419 800
ab) stille Einlagen			4 652 448		3 462 052
				6 072 248	4 881 852
b) Kapitalrücklage				3 073 821	3 073 821
c) Gewinnrücklagen					
ca) satzungsmäßige Rücklagen			0		0
cb) andere Gewinnrücklagen			2 899 920		2 800 302
				2 899 920	2 800 302
d) Bilanzgewinn				94 086	184 805
				12 140 075	10 940 781
Summe der Passiva				425 650 879	378 340 709
I. Eventualverbindlichkeiten					
a) Eventualverbindlichkeiten aus weiter- gegebenen abgerechneten Wechseln				1 097	1 801
b) Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen	18,22,23,24			44 207 827	36 131 122
c) Haftung aus der Bestellung von Sicherheiten für fremde Verbindlichkeiten				0	0
				44 208 924	36 132 923
2. Andere Verpflichtungen					
a) Rücknahmeverpflichtungen aus unechten Pensionsgeschäften				0	0
b) Platzierungs- und Übernahmeverpflichtungen	22			0	0
c) Unwiderrufliche Kreditzusagen	22			33 648 349	27 424 150
				33 648 349	27 424 150

Anhang

der Landesbank Baden-Württemberg, Stuttgart, Karlsruhe, Mannheim und Mainz zum 31. Dezember 2008.

1. Grundlagen zur Aufstellung des Jahresabschlusses.

Die Aufstellung des Einzelabschlusses für das Geschäftsjahr 2008 der Landesbank Baden-Württemberg (LBBW) mit Sitz in Stuttgart, Karlsruhe, Mannheim und Mainz erfolgte unter Anwendung der Vorschriften des Handelsgesetzbuches (HGB), insbesondere der »Ergänzenden Vorschriften für Kreditinstitute« (§§ 340 ff. HGB) und der Verordnung über die Rechnungslegung der Kreditinstitute und Finanzdienstleistungsinstitute (RechKredV).

Der testierte Einzelabschluss 2008 der LBBW sowie die gesonderte Aufstellung des Anteilsbesitzes der LBBW gemäß § 285 Nr. 11 und § 313 Abs. 2 HGB wird im elektronischen Bundesanzeiger veröffentlicht und kann dort eingesehen werden.

2. Vergleichbarkeit der Vorjahresbeträge.

Integration der Landesbank Rheinland-Pfalz.

Am 1. Juli 2008 wurde die bisherige 100%ige Tochtergesellschaft LRP Landesbank Rheinland-Pfalz (LRP) rückwirkend zum 1. Januar 2008 mit der LBBW verschmolzen und ist damit als rechtlich selbstständige Einheit untergegangen. Die Verschmelzung wurde analog § 24 UmwG durchgeführt. Die Vermögenswerte und Schulden der LRP wurden zum Buchwert in die Bilanz der LBBW übernommen. Das Eigenkapital der LRP wurde mit dem Buchwert der Anteile der LBBW an der LRP verrechnet und die

Differenz als Verschmelzungsgewinn im außerordentlichen Ergebnis erfasst. Hierdurch ergab sich eine Bilanzverlängerung von 70,5 Mrd. EUR. Aktivisch entfielen hiervon 29,6 Mrd. EUR auf Forderungen an Kreditinstitute, 19,6 Mrd. EUR auf Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere und 17,2 Mrd. EUR auf Forderungen an Kunden. Passivisch entfielen hiervon 28,0 Mrd. EUR auf verbrieftete Verbindlichkeiten, 27,5 Mrd. EUR auf Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und 10,2 Mrd. EUR auf Verbindlichkeiten gegenüber Kunden.

Integration der Landesbank Sachsen AG.

Die Landesbank Sachsen AG (SLB) ist zum 1. April 2008 durch Anwachsung in der LBBW aufgegangen und damit als rechtlich selbstständige Einheit untergegangen. Die Vermögenswerte und Schulden der SLB wurden zum Buchwert in die Bilanz der LBBW übernommen. Das Eigenkapital der SLB wurde mit dem Buchwert der Anteile der LBBW an der SLB verrechnet und die Differenz als Verschmelzungsverlust im außerordentlichen Ergebnis erfasst. Hierdurch ergab sich eine Bilanzverlängerung von 54,4 Mrd. EUR. Aktivisch entfielen hiervon 19,3 Mrd. EUR auf Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere, 16,7 Mrd. EUR auf Forderungen an Kreditinstitute und 16,3 Mrd. EUR auf Forderungen an Kunden. Passivisch entfielen hiervon 24,6 Mrd. EUR auf Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten, 20,2 Mrd. EUR auf verbrieftete Verbindlichkeiten und 6,5 Mrd. EUR auf Verbindlichkeiten gegenüber Kunden.

Die sich aus diesen Migrationen ergebenden Forderungen und Verbindlichkeiten »gegen sich selbst« wurden zum Migrationszeitpunkt gegeneinander aufgerechnet.

Durch die migrationsbedingte Erhöhung des Geschäftsvolumens haben sich gegenüber dem Vorjahr auch die korrespondierenden Posten der Gewinn- und Verlustrechnung erhöht. Aufgrund der Migration der Bestände in die Systeme der LBBW sind die hieraus resultierenden Beträge nicht separat ermittelbar.

3. Allgemeine Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden.

Im Bestand befindliche Wechsel und Forfaitierungsgeschäfte sind mit ihrem abgezinsten Nominalwert, gekürzt um Einzelwertberichtigungen, angesetzt.

Die Forderungen an Kreditinstitute und Kunden sind zum Nennwert bilanziert, gegebenenfalls unter Absetzung der darauf entfallenden Wertberichtigungen.

Für bedeutsame bzw. signifikante Kredite (Forderungsvolumen größer 1 Mio. EUR), für die objektive Hinweise auf Wertminderungen identifiziert wurden, ist eine individuelle Einzelrisikoversorge vorgenommen worden. Die Höhe bemisst sich nach dem Unterschiedsbetrag zwischen dem Buchwert der Forderung und dem nach der Discounted-Cashflow-Methode berechneten Barwert der künftigen Zahlungseingänge auf diese Forderung – unter Berücksichtigung von Sicherheiten. Bei nicht signifikanten standardisierten Krediten (Forderungsvolumen kleiner 1 Mio. EUR) trägt die LBBW dem Grundsatz der Einzelbewertung insoweit Rechnung als Zusammenfassungen zu homogenen Portfolios vorgenommen werden. Hier erfolgt der Ansatz einer pauschalieren Wertberichtigung für Einzelrisiken durch Verwendung einer statistisch ermittelten oder geschätzten Ausfallhöhe, die auf das Exposure im Zeitpunkt des Ausfalls bezogen wird. Pauschalwertberichtigungen werden für zum Bilanzstichtag bereits eingetretene, jedoch noch nicht identifizierte Verluste des Kreditportfolios gebildet. Deren Höhe basiert auf historischen Ausfallwahrscheinlichkeiten und Verlustquoten des nicht bereits anderweitig vorgesorgten Kreditportfolios sowie des durchschnittlich zugrunde zu legenden Entdeckungszeitraums. Das Länderrisiko in Form von Transfer- bzw. Konvertierungsrisiken wird bei der Bestimmung der Pauschalwertberichtigungen berücksichtigt. Hiermit folgt die Ermittlung der Pauschalwertberichtigungen, pauschalieren Einzelwertberichtigungen und der Einzelwertberichtigungen insgesamt der nach International Financial Reporting Standards (IFRS) angewandten Methode. Die LBBW berücksichtigt nach HGB die laufenden Zinszahlungen im Zinsergebnis. Um eine Doppelerfassung der Zinsen zu vermeiden, wird das nach IFRS zu berücksichtigende Unwinding nicht angewendet.

Die Wertpapiere der Liquiditätsreserve/Handelsbestand sind unter Beachtung des strengen Niederstwertprinzips mit den Anschaffungskosten oder den niedrigeren Börsen- oder Marktpreisen bzw. den niedrigeren beizulegenden Werten am Bilanz-

stichtag angesetzt. Wertpapiere aus Asset-Swap-Kombinationen sind verknüpft bewertet; marktinduzierte Wertminderungen infolge von Bonitätsrisiken werden erfolgswirksam erfasst.

Die Wertpapiere des Anlagevermögens, die Beteiligungen und die Anteile an verbundenen Unternehmen bilanziert die LBBW zu Anschaffungskosten oder bei andauernder Wertminderung zum niedrigeren beizulegenden Wert am Bilanzstichtag. Sofern die Gründe für eine Wertminderung in früheren Geschäftsjahren entfallen sind, erfolgen Zuschreibungen bis zur Höhe des Zeitwertes, maximal bis zur Höhe der Anschaffungskosten. Verkaufsgewinne bzw. -verluste aus Beteiligungstransaktionen werden auf Grundlage des § 340c Abs. 2 Satz 2 HGB im sonstigen betrieblichen Ertrag bzw. Aufwand erfasst. Der wesentliche Anteilsbesitz sowie die darüber hinausgehenden Angaben nach § 285 Satz 1 Nr. 11 HGB werden in der Anteilsbesitzliste nach § 313 Abs. 4 HGB dargestellt.

Erworbene immaterielle Anlagewerte sind mit ihren Anschaffungskosten, vermindert um planmäßige, und sofern notwendig, um außerplanmäßige Abschreibungen bewertet. Die planmäßigen Abschreibungen erfolgen über die Nutzungsdauer mit den steuerlich zulässigen Sätzen.

Die Sachanlagen sind zu Anschaffungs- oder Herstellungskosten, vermindert um planmäßige, und sofern notwendig, um außerplanmäßige Abschreibungen, bewertet. Die Abschreibungen auf Sachanlagen von im Inland gelegenen Betriebsstellen werden auf der Grundlage der steuerrechtlichen Vorschriften zur Absetzung für Abnutzung vorgenommen. Geringwertige Wirtschaftsgüter werden im Jahr der Anschaffung voll abgeschrieben.

Abschreibungen auf Gebäude erfolgen nach den steuerlich zulässigen Abschreibungssätzen.

Die Verbindlichkeiten sind mit dem Rückzahlungsbetrag angesetzt.

Agien und Disagien zu Forderungen und Verbindlichkeiten werden in die aktive bzw. passive Rechnungsabgrenzung eingestellt und über die Laufzeit aufgelöst. Die Rückstellungen für Pensionsverpflichtungen sind nach versicherungsmathematischen Grundsätzen unter Berücksichtigung des § 6a EStG und der Richttafeln 2005 G, Heubeck-Richttafeln-GmbH, Köln 2005, bewertet. Für Pensionszusagen erfolgt die Passivierung grundsätzlich unter Beachtung der steuerlichen Vorschriften.

Die sonstigen Rückstellungen sind in Höhe des Betrages angesetzt, der nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendig ist, um alle ungewissen Verbindlichkeiten und drohenden Verluste aus schwebenden Geschäften zu berücksichtigen.

4. Derivate.

Die Angaben zu den derivativen Finanzinstrumenten im Sinne des § 285 Nr. 18 HGB i.V.m. § 36 RechKredV, die bei der LBBW zum Bilanzstichtag bestehen, sind den nachfolgenden Übersichten zu entnehmen.

Derivatähnliche Nebenabreden, die in eine portfoliobezogene Steuerung von Handelspositionen einbezogen sind, werden in Anwendung der Stellungnahme zur Rechnungslegung des Hauptfachausschusses des Instituts der Wirtschaftsprüfer IDW RS HFA 22 von den Grundgeschäften abgespalten und sind wie eigenständig abgeschlossene Derivate in den nachfolgenden Übersichten enthalten.

Die nicht getrennt bilanzierten derivatähnlichen Nebenabreden, die als Bestandteil von zusammengesetzten Produkten (sogenannte compound instruments) in Vermögensgegenständen oder Verbindlichkeiten und dadurch bereits in den entsprechenden Bilanzposten enthalten sind, werden in den nachfolgenden Übersichten nicht dargestellt.

Durch die Bildung von Mikro-Hedges bezüglich der Marktpreisrisiken bestehen aus den nicht getrennt bilanzierten derivatähnlichen Nebenabreden keine Marktpreisrisikopositionen. Bezüglich der Buchwerte von Optionen in Form von Optionsprämien wird auf die Angaben unter den sonstigen Vermögensgegenständen bzw. sonstigen Verbindlichkeiten verwiesen.

Interne derivative Finanzinstrumente sind in der tabellarischen Darstellung ebenfalls nicht enthalten.

Derivative Geschäfte – Produktgliederung.

Mio. EUR	Nominalwerte		Positiver Marktwert ¹	Negativer Marktwert ¹
	31.12.2008	31.12.2007	31.12.2008	31.12.2008
Zinsswaps	1 144 149,1	999 497,8	26 021,1	25 618,8
FRAs	50 068,5	317 231,9	67,5	76,9
Zinsoptionen				
Käufe	29 831,4	30 482,4	1 589,20	-18,2
Verkäufe	46 608,3	39 721,9	-0,2	2 326,5
Caps, Floors, Collars	46 199,9	42 358,1	464,7	301,1
Börsenkontrakte	116 471,8	83 252,8	50,8	119,2
Sonstige Zinstermingeschäfte	851,1	2 547,1	10,4	15,9
Zinsrisiken – insgesamt	1 434 180,1	1 515 092,0	28 203,5	28 440,2
Devisentermingeschäfte	140 191,8	135 821,0	5 890,6	4 520,3
Zins-/Währungsswaps	29 502,8	28 053,0	2 137,1	2 784,8
Devisenoptionen				
Käufe	5 678,9	8 119,7	368,1	0,0
Verkäufe	5 246,7	6 728,9	0,0	322,8
Währungsrisiken – insgesamt	180 620,2	178 722,6	8 395,9	7 627,8
Börsenkontrakte	5 711,1	1 695,0	342,0	1 026,9
Aktien-Termingeschäfte	125,9	5,0	1,3	43,2
Aktienoptionen				
Käufe	5 306,7	8 246,1	868,6	0,0
Verkäufe	5 662,8	7 795,2	0,0	1 415,6
Commodities	796,9	1 130,6	147,5	144,5
Aktien und sonstige Preisrisiken – insgesamt	17 603,4	18 871,9	1 359,3	2 630,2

Mio. EUR	Nominalwerte		Positiver Marktwert ¹	Negativer Marktwert ¹
	31.12.2008	31.12.2007	31.12.2008	31.12.2008
Kreditderivate – Sicherungsgeber	59 492,0	51 359,1	62,4	4 479,5
Kreditderivate – Sicherungsnehmer	38 691,5	31 781,6	3 695,9	73,2
Kreditderivate	98 183,5	83 140,7	3 758,3	4 552,7
Risiken – insgesamt	1 730 587,2	1 795 827,2	41 717,0	43 251,1

¹ inklusive Zinsabgrenzung (=Dirty Price)

davon:

Derivative Geschäfte – Handelsgeschäfte.

Mio. EUR	Nominalwerte		Positiver Marktwert ²	Negativer Marktwert ²
	31.12.2008	31.12.2007	31.12.2008	31.12.2008
Zinsrisiken	1 297 280,3	1 334 418,1	23 391,8	22 449,5
Währungsrisiken	158 888,8	153 987,2	7 189,3	5 801,3
Aktien-/sonstige Preisrisiken	17 211,1	13 785,5	1 059,0	2 246,0
Kreditderivate	55 985,6	41 271,4	2 278,8	2 182,8
Handelsgeschäfte – insgesamt	1 529 365,8	1 543 462,2	33 918,9	32 679,6

Derivative Geschäfte – Fristengliederung (nach Restlaufzeiten).

Nominalwerte

Mio. EUR	bis 3 Monate	über 3 Monate bis 1 Jahr	über 1 Jahr bis 5 Jahre	über 5 Jahre	Insgesamt
Zinsrisiken					
31.12.2008	245 699,4	344 257,5	459 326,7	384 896,6	1 434 180,1
31.12.2007	268 873,0	529 181,6	364 629,2	352 408,2	1 515 092,0
Währungsrisiken					
31.12.2008	93 349,1	53 475,6	25 412,7	8 382,9	180 620,2
31.12.2007	102 996,3	42 687,7	23 883,5	9 155,1	178 722,6
Aktien- und sonstige Preisrisiken					
31.12.2008	3 627,8	5 008,3	2 700,0	6 267,3	17 603,4
31.12.2007	5 431,2	7 767,6	2 572,1	3 100,9	18 871,9
Kreditderivate					
31.12.2008	2 634,9	4 986,5	67 570,9	22 991,2	98 183,5
31.12.2007	1 861,1	4 914,2	50 777,5	25 587,9	83 140,7
Risiken – insgesamt					
31.12.2008	345 311,1	407 727,9	555 010,3	422 537,9	1 730 587,2
31.12.2007	379 161,6	584 551,2	441 862,3	390 252,1	1 795 827,2

² inklusive Zinsabgrenzung (=Dirty Price)

Derivative Geschäfte – Kontrahentengliederung.

Mio. EUR	Nominalwerte		Positiver Marktwert ³	Negativer Marktwert ³
	31.12.2008	31.12.2007	31.12.2008	31.12.2008
Banken in der OECD	1 420 828,9	1 551 750,4	34 611,0	35 901,0
Banken außerhalb der OECD	17 455,3	11 815,1	842,6	204,3
Öffentliche Stellen in der OECD	32 459,5	30 410,3	1 157,0	1 161,5
Sonstige Kontrahenten	259 843,5	201 851,4	5 106,4	5 984,3
Kontrahenten – insgesamt	1 730 587,2	1 795 827,2	41 717,0	43 251,1

Die Marktwerte der Derivate sind nicht gleichzusetzen mit den Marktpreisrisiken der Bank, die aus der Entwicklung von Zinssätzen, Devisenkursen, Aktienkursen, Rohstoffpreisen oder Bonitätsveränderungen resultieren, da die Steuerung der Risikoarten sowohl durch bilanzwirksame als auch durch derivative Geschäfte erfolgt. Umfang und Verlauf der Marktpreisrisiken der Bank sind dem Risikobericht gemäß § 289 HGB zu entnehmen.

Bei den Marktwerten handelt es sich um die zum Bilanzstichtag ermittelten Wertansätze, zu denen eine Auflösung, Abtretung oder ein Gegengeschäft möglich wäre.

Die negativen Marktwerte stellen dabei den Betrag dar, der bei einer potenziellen Auflösung der derivativen Finanzinstrumente ungeachtet des Einsatzzwecks zum Bilanzstichtag aufzuwenden wäre.

Die positiven Marktwerte beinhalten den Betrag, der bei einer potenziellen Auflösung zum Bilanzstichtag zufließen würde. Ein positiver Marktwert gibt – mit Ausnahme der Börsenkontrakte und der verkauften Optionen, die kein Adressenausfallrisiko aufweisen – gleichzeitig das maximale potenzielle kontrahentenbezogene Adressenausfallrisiko aus derivativen Finanzinstrumenten wieder, das am Bilanzstichtag bestanden hat. Ausfallrisikomindernde Netting- und Collateral-Vereinbarungen sind in der tabellarischen Darstellung nicht berücksichtigt, da sie produktübergreifend wirken.

Bewertung der derivativen Finanzinstrumente.

Der Marktwert (Fair Value) von Derivaten basiert auf Börsenkursen, Zeitwertanalysen, beobachtbaren Markttransaktionen in vergleichbaren Instrumenten oder auf anerkannten finanzmathematischen Preisbildungsmodellen.

Produktgruppe	Wesentliches Bewertungsmodell
Zinsswaps	Barwertmethode, Zinsstrukturmodelle
Zins-Termingeschäfte	Barwertmethode
Zins-Optionen	Black-Scholes, Black 76 (on Yield), Zinsstrukturmodelle
Aktien-/Index-Optionen	Black-Scholes, numerische Verfahren
Devisen-Optionen	Garman-Kohlhagen, mod. Black-Scholes
Commodity-Optionen	Garman-Kohlhagen, mod. Black-Scholes
Kreditderivate	Intensitätsmodell, Copula-Modell

Diese Modelle berücksichtigen die aktuellen Markt- und Kontraktpreise der zugrunde liegenden Finanzinstrumente sowie Zeitwertbetrachtungen, Zinskurven und Volatilitätsfaktoren. Ferner werden bei der Fair-Value-Ermittlung erwartete Marktrisiken, Modellrisiken, Bonitätsrisiken und Verwaltungskosten berücksichtigt.

Bilanzielle Erfassung der Bewertungsergebnisse.

Für die Erfassung von derivativen Finanzinstrumenten im Jahresabschluss der LBBW ist maßgebend, ob sie Bestandteil von Sicherungsbeziehungen (Mikro- und Makro-Hedges) sind oder ob sie im Rahmen der Handelsaktivitäten (Trading) eingesetzt werden.

Mikro- und Makro-Hedges (ohne Kreditderivate).

Bei Mikro-Hedges sind einzelne Aktiva oder Passiva mit derivativen Finanzinstrumenten zum Zweck der Absicherung von Marktpreisrisiken verknüpft.

Bei Makro-Hedges werden Derivate im Rahmen des globalen Asset-/Liability-Managements zur Absicherung von Zinsänderungsrisiken eingesetzt.

³ inklusive Zinsabgrenzung (=Dirty Price)

Bei Mikro- und Makro-Hedges erfolgt in zweckadäquater Anwendung der allgemeinen Bewertungsgrundsätze des § 252 Abs. 1 HGB (insbesondere Imparitätsprinzip und Einzelbewertungsgrundsatz) und unter Beachtung der Stellungnahmen des BFA 2/1993 und 2/1995 eine kompensatorische Bewertung des abgesicherten Risikos.

Bei Mikro-Hedges wird diese Wertkompensation dadurch erreicht, dass Grund- und Sicherungsgeschäfte am Bilanzstichtag als Bewertungseinheit behandelt werden. Die aus Sicherungsgeschäften resultierenden Aufwendungen und Erträge fließen in die korrespondierende Ergebnisposition des Ergebnisses aus dem Grundgeschäft ein und vermitteln somit ein betriebswirtschaftlich zutreffendes Bild.

Bewertungsergebnisse aus derivativen Finanzinstrumenten, die zum Zwecke des Makro-Hedging eingesetzt werden, werden in der Gewinn- und Verlustrechnung nicht berücksichtigt, da die Wertkompensation aus der globalen Asset-/Liability-Struktur der LBBW resultiert.

Trading-Geschäfte.

Die Trading-Geschäfte unterliegen der Steuerung durch die Handelsbereiche innerhalb der vorgegebenen Risikolimit.

Bilanzielle Produkte, derivative Finanzinstrumente sowie die aus bilanziellen Produkten abgespaltenen derivatähnlichen Nebenabreden des Handelsbestands unterliegen der Portfoliobewertung. Hierzu werden die Handelsbestände im Falle von an aktiven Märkten gehandelten Finanzinstrumenten zu Marktpreisen, im Falle von Finanzgeschäften ohne verfügbare Marktpreise anhand von mittels Bewertungsmodellen ermittelten Preisen bewertet. Die Zusammenfassung der so ermittelten Einzelwerte erfolgt für Zwecke der Rechnungslegung auf Portfolioebene. Die Bewertung erfolgt anhand der risikoadjustierten Mark-to-Market-Bewertung. Dabei wird das ermittelte Mark-to-Market-Ergebnis dieser Portfolios um den nach aufsichtsrechtlichen Vorgaben (10 Tage Halte-dauer, 99 % Konfidenzniveau) ermittelten Value-at-Risk dieser Bestände gekürzt.

Dieses Vorgehen stellt sicher, dass in der handelsrechtlichen Gewinn- und Verlustrechnung dem Vorsichtsprinzip folgend etwaig verbliebenen Realisationsrisiken Rechnung getragen wird. Zur bilanziellen Abbildung der risikoadjustierten Mark-to-Market-Methode wird ein bilanzieller Ausgleichsposten gebildet, der unter den sonstigen Vermögensgegenständen bzw. den sonstigen Verbindlichkeiten ausgewiesen wird.

Kreditderivate non trading.

Kreditderivate des Nichthandelsbestandes werden in der Ausgestaltung von Credit Default Swaps und Produkten mit Nebenabreden mit Credit-Default-Swap-Charakter zur Risikoübernahme, Arbitrage, Absicherung und effizienten Portfoliosteuerung in Bezug auf Bonitätsrisiken eingesetzt.

Kreditderivate werden in Anwendung der Stellungnahme IDW RS BFA 1 entsprechend des Einsatzzwecks differenziert behandelt.

Sicherungsgebergeschäfte des Nichthandelsbestands, denen keine zweckgebundenen Deckungsguthaben in den Bilanzposten »Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten« oder »Verbindlichkeiten gegenüber Kunden« gegenüberstehen, sind in der Unterstrichposition »Eventualverbindlichkeiten«, Unterposten b »Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen« enthalten.

Bei Mikro-Hedges sind einzelne Aktiva oder Passiva mit Kreditderivaten zum Zweck der Absicherung von Bonitätsrisiken verknüpft. Die bilanziellen Geschäfte und die Kreditderivate werden als Bewertungseinheit behandelt.

Kreditderivate, die zur Portfoliosteuerung in Bezug auf Bonitätsrisiken verwendet werden und bei denen der Credit Default Swap für die LBBW die Eigenschaft eines originären Kreditgeschäfts erfüllt, werden nicht markt bewertet. Voraussetzung ist die Durchhalteabsicht und dass keine Strukturen im Credit Default Swap enthalten sind, die nicht in originären Kreditgeschäften vorkommen können. Kreditderivate des Nichthandelsbestandes, die diese Bedingungen nicht erfüllen, werden einzeln bewertet. Eine Verrechnung unrealisierter Bewertungsgewinne erfolgt nur, wenn sich das Bonitätsrisiko auf denselben Referenzschuldner bezieht. Für unrealisierte Bewertungsverluste werden – gegebenenfalls nach Verrechnung mit unrealisierten Bewertungsgewinnen – Rückstellungen für drohende Verluste aus schwebenden Geschäften gebildet. Die Ergebnisse sind in den Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft enthalten. Nach Verrechnung verbleibende Bewertungsgewinne bleiben außer Ansatz.

5. Währungsumrechnung.

Die Umrechnung der im Jahresabschluss enthaltenen, auf Fremdwährung lautenden Vermögensgegenstände im Gegenwert von 73,6 Mrd. EUR (2007: 67,5 Mrd. EUR) und Schulden im Gegenwert von 58,6 Mrd. EUR (2007: 99,1 Mrd. EUR) sowie der Aufwendungen und Erträge erfolgt gemäß § 340h Abs. 1 HGB unter Berücksichtigung der Stellungnahme BFA 3/1995. Das Devisenkursänderungsrisiko aus den Fremdwährungsbilanzposten inklusive Edelmetalle ist im Wesentlichen durch außerbilanzielle Sicherungsgeschäfte gedeckt.

Für die Ermittlung der Währungsposition stellt die LBBW die Fremdwährungsansprüche und -verpflichtungen aus den bilanziellen und außerbilanziellen Geschäften je Währung gegenüber.

Die Vermögensgegenstände und Schulden werden – mit Ausnahme von vernachlässigbaren nicht währungskongruent finanzierten Beteiligungen im Anlagevermögen – zum Kassamittelkurs vom 30. Dezember 2008 umgerechnet. Differenzen, die sich aus der Umrechnung kursgesicherter Vermögensgegenstände und Schulden zum Kassamittelkurs ergeben, werden in den Devisenausgleichsposten eingestellt, der unter den sonstigen Verbindlichkeiten/sonstigen Vermögensgegenständen (abhängig vom Saldo) ausgewiesen ist. Der Ausgleichsposten korrespondiert im Wesentlichen mit dem Saldo der Marktwerte der Devisentermingeschäfte, Zins-/Währungsswaps und Währungsswaps.

Das Wahlrecht zur Spaltung des Terminkurses in Kassakurs und Swapsatz hat die LBBW für alle Devisentermingeschäfte einheitlich ausgeübt.

Die LBBW hat die Bilanzbestände und die schwebenden Geschäfte (Devisentermin-/Devisenoptionsgeschäfte/Währungsswaps/Zinswährungsswaps), mit Ausnahme strategischer Fremdwährungspositionen, gemäß der oben beschriebenen risikoadjustierten Mark-to-Market-Methode bewertet.

Erläuterungen zur Bilanz.

6. Beziehungen zu verbundenen Unternehmen sowie zu Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht (soweit ermittelbar).

Folgende Bilanzpositionen enthalten Forderungen bzw. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen oder Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht:

Mio. EUR	31.12.2008	31.12.2007
A3. Forderungen an Kreditinstitute	134 881,9	136 935,3
darunter an verbundene Unternehmen	2 958,6	2 656,9
darunter an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	43 178,8	34 501,0
davon an baden-württembergische Sparkassen	42 883,4	34 073,0
A4. Forderungen an Kunden	157 918,1	129 166,2
darunter an verbundene Unternehmen	16 256,5	5 187,6
darunter an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	471,3	258,1
A5. Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	108 242,1	98 420,9
darunter an verbundene Unternehmen	3 698,9	3 030,5
darunter an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	5 056,6	1 429,4
P1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	142 543,8	143 029,3
darunter an verbundene Unternehmen	508,5	4 187,3
darunter an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	24 258,9	18 553,1
davon an baden-württembergische Sparkassen	23 894,0	18 380,4
P2. Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	111 366,2	94 485,4
darunter an verbundene Unternehmen	8 843,8	8 178,7
darunter an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	174,9	107,2
P9. Nachrangige Verbindlichkeiten	5 637,2	4 960,9
darunter an verbundene Unternehmen	388,9	360,0
darunter an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	0,0	0,0

Da die Bilanzposition »Verbriefte Verbindlichkeiten« (Passivposten Nr. 3) im Wesentlichen Inhaberschuldverschreibungen enthält, deren jeweilige Besitzer am Bilanzstichtag der LBBW als Emittent nicht bekannt sind, wird auf die Angabe der Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen und Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht, verzichtet.

7. Fristengliederung der Bilanzpositionen.

Die Restlaufzeiten der Forderungen und Verbindlichkeiten (inklusive anteiligen Zinsen) betragen:

Mio. EUR	31.12.2008	31.12.2007
A3. b): Andere Forderungen an Kreditinstitute	123 986,7	119 267,9
bis 3 Monate	37 981,9	48 038,6
mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	24 671,6	17 258,7
mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	36 437,1	30 017,3
mehr als 5 Jahre	24 896,1	23 953,3
A4. Forderungen an Kunden	157 918,1	129 166,2
bis 3 Monate	34 792,5	45 341,9
mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	14 869,3	11 342,4
mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	37 879,6	26 432,6
mehr als 5 Jahre	64 585,4	42 887,0
mit unbestimmter Laufzeit	5 791,3	3 162,3
A5. Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	108 242,1	98 420,9
davon im Folgejahr fällig	37 889,7	44 204,5
P1. b): Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	137 145,1	134 812,1
bis 3 Monate	61 519,9	83 215,8
mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	24 320,8	16 849,7
mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	17 850,3	12 865,9
mehr als 5 Jahre	33 454,1	21 880,7
P2. a) ab): Spareinlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als drei Monaten	140,8	277,5
bis 3 Monate	22,8	42,5
mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	20,8	117,3
mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	68,5	81,1
mehr als 5 Jahre	28,7	36,6
P2. b) bb): Andere Verbindlichkeiten gegenüber Kunden mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	85 010,0	67 447,7
bis 3 Monate	35 545,9	30 409,2
mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	10 914,4	6 084,8
mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	18 286,1	13 288,9
mehr als 5 Jahre	20 263,7	17 664,7
P3. Verbriefte Verbindlichkeiten		
a) Begebene Schuldverschreibungen	125 394,2	98 834,3
davon im Folgejahr fällig	29 398,0	26 331,6
b) Andere verbiefte Verbindlichkeiten	16 878,7	16 169,1
bis 3 Monate	6 147,3	6 459,3
mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	10 731,4	9 709,8
mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	0,0	0,0
mehr als 5 Jahre	0,0	0,0

8. Wertpapiere und Beteiligungen.

Die unten stehenden Aktivposten enthalten börsenfähige Wertpapiere sowie nach dem gemilderten Niederstwertprinzip angesetzte Beteiligungen und verbundene Unternehmen:

Mio. EUR	31.12.2008	31.12.2007
A5. Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere		
Börsenfähig	79 227,8	98 420,9
davon börsennotiert	67 080,6	76 245,4
Unterlassene Abschreibung wg. nicht dauerhafter Wertminderung		
Buchwert	33 146,9	0,0
Zeitwert	30 276,8	0,0
A6. Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere		
Börsenfähig	1 272,7	1 974,7
davon börsennotiert	1 090,6	1 806,2
Unterlassene Abschreibung wg. nicht dauerhafter Wertminderung		
Buchwert	390,4	0,0
Zeitwert	27,5	0,0
A7. Beteiligungen		
Börsenfähig	836,9	222,3
davon börsennotiert	711,1	174,5
Unterlassene Abschreibung wg. nicht dauerhafter Wertminderung		
Buchwert	604,9	0,0
Zeitwert	539,8	0,0
A8. Anteile an verbundenen Unternehmen		
Börsenfähig	665,3	111,7
davon börsennotiert	0,0	0,0
Unterlassene Abschreibung wg. nicht dauerhafter Wertminderung		
Buchwert	19,5	0,0
Zeitwert	17,6	0,0

Der Ansatz von Wertpapieren des Anlagevermögens, Beteiligungen und Anteilen an verbundenen Unternehmen erfolgt zu Anschaffungskosten bzw. fortgeführten Anschaffungskosten oder im Falle einer dauernden Wertminderung zum niedrigeren beizulegenden Wert. Die Werthaltigkeit der Wertpapiere des Anlagevermögens, der Beteiligungen und Anteile an verbundenen Unternehmen wird zum Stichtag auf Basis öffentlich notierter Börsenpreise bzw. gemäß IDW S1 i. V. m. IDW RS HFA 10 anerkannten Bewertungsverfahren (Ertragswert bzw. Discounted-Cashflow-Methode) ermittelt.

Bei voraussichtlich nicht dauerhaften Wertminderungen wird das Wahlrecht des § 253 Abs. 2 S. 3 HGB in Verbindung mit § 340e Abs. 1 HGB derart ausgeübt, dass keine Abschreibungen auf den niedrigeren beizulegenden Wert vorgenommen werden (gemildertes Niederstwertprinzip). Die Wertminderung wird als nicht dauerhaft eingeschätzt, sofern die zukünftig erwarteten Einzahlungsüberschüsse der Gesellschaften dies zulassen.

9. Nachrangige Vermögensgegenstände.

Nachrangige Vermögensgegenstände sind in nachstehender Höhe in den folgenden Aktivposten enthalten:

Mio. EUR	31.12.2008	31.12.2007
A3. Forderungen an Kreditinstitute	263,4	241,1
A4. Forderungen an Kunden	427,3	206,2
A5. Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	1 588,1	752,2
A6. Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	22,2	53,9

10. Echte Pensionsgeschäfte und Offenmarktgeschäfte.

Zum Bilanzstichtag waren Schuldverschreibungen im Rahmen von Offenmarktgeschäften mit der Deutschen Bundesbank in Höhe von 31 347,4 Mio. EUR (2007: 28 146,0 Mio. EUR) verpfändet, wovon 555,3 Mio. EUR (2007: 7 004,6 Mio. EUR) beansprucht waren.

Der Buchwert der an andere Kreditinstitute und Nichtbanken in Pension gegebenen Wertpapiere beträgt zum Bilanzstichtag 29 119,8 Mio. EUR (2007: 25 293,3 Mio. EUR). Bei den Vorjahresbeträgen ergaben sich Korrekturen zu den Angaben im Jahr 2007.

11. Treuhandgeschäfte.

Die Aufgliederung des Treuhandvermögens (Aktivposten A9) und der Treuhandverbindlichkeiten (Passivposten P4) ist in der folgenden Tabelle dargestellt:

Mio. EUR	31.12.2008	31.12.2007
Treuhandvermögen	1 156,2	241,8
Forderungen an Kreditinstitute	6,2	1,1
Forderungen an Kunden	881,9	52,2
Festverzinsliche Wertpapiere	4,5	0,0
Beteiligungen	126,4	126,4
Sachanlagen	54,7	62,1
Sonstige Posten	82,5	0,0
Treuhandverbindlichkeiten	1 156,2	241,8
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	150,0	51,9
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	1 006,2	189,9
Sonstige	0,0	0,0

12. Anlagevermögen.

Die Entwicklung des Anlagevermögens ist dem folgenden Anlagespiegel zu entnehmen:

Mio. EUR	Anschaffungskosten (nur LBBW)	Zugänge durch Anwach- sung SLB und LRP	Anschaffungskosten LBBW (LBBW inkl. SLB und LRP)	Zugänge	Abgänge	Umglie- derungen	Zuschrei- bungen	Abschrei- bungen und Wert- berich- tigungen kumuliert	Abschrei- bungen und Wert- berich- tigungen im Geschäfts- jahr	Buchwert	
										31.12.2008	31.12.2007
Beteiligungen	874,9	705,0	1 579,9	678,5	294,9	5,0	0,0	17,2	7,5	1 951,3	865,2
Anteile an verbundenen Unternehmen	3 641,9	2 048,2	5 690,1	2 795,4	1 788,8	- 5,0	0,0	375,6	313,8	6 316,1	3 580,0
Wertpapiere des Anlagevermögens	0,0	13 562,7	0,0	27 812,1	799,8	0,0	56,6	267,6	0,0	40 364,0	0,0
Immaterielle Anlagewerte	452,0	35,3	487,3	43,2	18,5	- 1,8	0,0	435,2	36,0	75,0	54,6
Grundstücke und Bauten	784,7	136,0	920,7	7,9	344,6	- 8,7	0,0	293,2	17,9	282,1	397,1
davon: Grundstücke und Gebäude betrieblich genutzt	584,8	125,8	710,6	4,3	318,5	2,5	0,0	203,1	14,2	195,8	304,1
Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäfts- ausstattung	568,2	36,8	605,0	80,1	73,9	10,5	0,0	393,1	51,0	228,6	181,9
Summe Anlagevermögen										49 217,1	5 078,8

13. Sonstige Vermögensgegenstände.

Bei der LBBW sind in den Sonstigen Vermögensgegenständen als Einzelposten von besonderer Bedeutung ausgewiesen: Optionsprämien von 2 161,9 Mio. EUR (2007: 1 615,8 Mio. EUR), Ausgleichsposten aus der risikoadjustierten Mark-to-Market-Bewertung von 2 275,2 Mio. EUR (2007: 713,0 Mio. EUR) und Steuererstattungsansprüche von 790,6 Mio. EUR (2007: 650,6 Mio. EUR).

Die Steuererstattungsansprüche umfassen Ansprüche aus den Steuern vom Einkommen und Ertrag der vergangenen Geschäftsjahre in Höhe von 249,1 Mio. EUR, für sonstige Steuern in Höhe von 5,9 Mio. EUR, aus Umkehreffekten der Betriebsprüfung bei einem Vorgängerinstitut in Höhe von 70,1 Mio. EUR und Steuern vom Einkommen und Ertrag für das Jahr 2008 in Höhe von 319,3 Mio. EUR. Den Steuererstattungsansprüchen stehen Steuerrückstellungen in Höhe von 315,3 Mio. EUR (2007: 235,5 Mio. EUR) gegenüber.

14. Rechnungsabgrenzungsposten.

In den Rechnungsabgrenzungsposten sind folgende Beträge enthalten:

Mio. EUR	31.12.2008	31.12.2007
Aktiver Rechnungsabgrenzungsposten	1 424,0	951,7
Disagio aus Verbindlichkeiten gemäß § 250 Abs. 3 HGB	895,3	560,9
Agio aus Forderungen gemäß § 340e Abs. 2 Satz 3 HGB	145,9	150,3
Passiver Rechnungsabgrenzungsposten	1 141,0	965,3
Disagio aus Forderungen gemäß § 340e Abs. 2 Satz 2 HGB	268,2	221,3

In den Rechnungsabgrenzungsposten sind des Weiteren auf der Aktivseite 132,3 Mio. EUR (2007: 107,6 Mio. EUR) und auf der Passivseite 245,4 Mio. EUR (2007: 227,9 Mio. EUR) Einmalzahlungen aus Zins- und Zins-/Währungsswaps ausgewiesen, die im Zusammenhang mit Asset- und Liability-Swap-Kombinationen entstanden sind.

15. Deckungsrechnung für das Hypotheken- und Kommunalkreditgeschäft.

Die unten stehenden Verbindlichkeiten sind wie folgt gedeckt:

Mio. EUR	31.12.2008	31.12.2007
Emittierte Hypothekendarlehen nach ÖPG und PfandBG	6 238,0	4 900,3
Zur Deckung bestimmte Aktiva	11 770,7	9 448,6
A3. Forderungen an Kreditinstitute	344,5	472,6
A4. Forderungen an Kunden	11 426,2	8 976,0
Überdeckung	5 532,7	4 548,3
Emittierte öffentliche Pfandbriefe nach PfandBG	72 132,0	68 248,9
Zur Deckung bestimmte Aktiva	87 685,2	77 326,8
A3. Forderungen an Kreditinstitute	47 398,4	45 663,4
A4. Forderungen an Kunden	24 127,2	18 487,6
A5. Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	16 159,6	13 175,8
Überdeckung	15 553,2	9 077,9

16. Transparenzvorschriften für öffentliche Pfandbriefe und Hypothekendarlehen gemäß § 28 PfandBG.

A) Transparenzvorschriften für öffentliche Pfandbriefe gemäß § 28 PfandBG.

Mio. EUR	31.12.2008	31.12.2007
a) Deckungsmasse für öffentliche Pfandbriefe		
Nennwert	87 685	77 327
Barwert	92 074	78 341
Barwert (+ 250 BP)	86 251	73 484
Barwert (- 250 BP)	98 708	84 219
Umlauf an öffentlichen Pfandbriefen		
Nennwert	72 132	68 249
Barwert	76 056	69 280
Barwert (+ 250 BP)	71 205	65 119
Barwert (- 250 BP)	81 441	74 335
Überdeckung		
Nennwert	15 553	9 078
Barwert	16 018	9 061
Barwert (+ 250 BP)	15 046	8 365
Barwert (- 250 BP)	17 267	9 884
b) Anteil der Derivate an der Deckungsmasse	0	0

c) Laufzeitstruktur der öffentlichen Pfandbriefe

Mio. EUR	31.12.2008				Gesamt
	bis 1 Jahr	> 1 Jahr bis 5 Jahre	> 5 Jahre bis 10 Jahre	> 10 Jahre	
Deckungsmasse	18 541	40 124	23 400	5 620	87 685
Umlaufende öffentliche Pfandbriefe	18 012	40 731	11 428	1 961	72 132

Mio. EUR	31.12.2007				Gesamt
	bis 1 Jahr	> 1 Jahr bis 5 Jahre	> 5 Jahre bis 10 Jahre	> 10 Jahre	
Deckungsmasse	14 757	33 063	24 715	4 792	77 327
Umlaufende öffentliche Pfandbriefe	15 221	36 480	14 776	1 772	68 249

d) Gesamtnennwert der Deckungsmassen nach Land/Art

Mio. EUR	31.12.2008				Gesamt
	Staat	Regionale Gebiets- körperschaft	Örtliche Gebiets- körperschaft	Sonstige Schuldner	
Bundesrepublik Deutschland	1 399	11 682	6 959	62 415	82 455
Belgien	0	0	0	0	0
Finnland	50	0	0	0	50
Frankreich inkl. Monaco	50	3	11	0	64
Griechenland	1 027	0	0	0	1 027
Irland	0	0	0	0	0
Island	20	0	0	0	20
Italien	685	147	22	600	1 454
Japan	300	0	0	0	300
Kanada	0	73	0	0	73
Lettland	30	0	0	0	30
Luxemburg	0	0	0	9	9
Niederlande	0	0	0	200	200
Österreich	21	10	12	0	43
Polen	22	0	0	0	22
Portugal inkl. Azoren und Madeira	0	0	0	0	0
Schweiz	0	1 217	0	0	1 217
Slowakei	80	0	0	0	80
Slowenien	10	0	0	0	10
Spanien	0	389	48	0	437
Tschechische Republik	65	0	0	0	65
Ungarn	57	0	0	0	57
Vereinigte Staaten von Amerika (inkl. Puerto Rico)	0	22	0	40	62
Zypern	10	0	0	0	10
Gesamt	3 826	13 543	7 052	63 264	87 685

Mio. EUR	31.12.2007				Gesamt
	Staat	Regionale Gebiets- körperschaft	Örtliche Gebiets- körperschaft	Sonstige Schuldner	
Bundesrepublik Deutschland	758	7 806	6 292	59 080	73 936
Finnland	30	0	0	0	30
Frankreich inkl. Monaco	49	0	20	0	69
Griechenland	723	0	0	0	723
Italien	503	187	22	0	712
Japan	300	0	0	0	300
Kanada	0	75	0	0	75
Luxemburg	0	0	0	9	9
Österreich	13	0	2	0	15
Polen	17	0	0	0	17
Portugal inkl. Azoren und Madeira	0	50	0	0	50
Schweiz	0	1 213	0	0	1 213
Spanien	0	133	0	0	133
Ungarn	25	0	0	0	25
Vereinigte Staaten von Amerika (inkl. Puerto Rico)	0	20	0	0	20
Gesamt	2 418	9 484	6 336	59 089	77 327

e) Gesamtbetrag der mindestens 90 Tage rückständigen Leistungen nach Land/Art

Mio. EUR	31.12.2008				Gesamt
	Staat	Regionale Gebiets- körperschaft	Örtliche Gebiets- körperschaft	Sonstige Schuldner	
Bundesrepublik Deutschland	0	0	0	0	0
Finnland	0	0	0	0	0
Frankreich inkl. Monaco	0	0	0	0	0
Griechenland	0	0	0	0	0
Irland	0	0	0	0	0
Island	0	0	0	0	0
Italien	0	0	0	0	0
Japan	0	0	0	0	0
Kanada	0	0	0	0	0
Lettland	0	0	0	0	0
Luxemburg	0	0	0	0	0
Österreich	0	0	0	0	0
Polen	0	0	0	0	0
Portugal inkl. Azoren und Madeira	0	0	0	0	0
Schweiz	0	0	0	0	0
Slowakei	0	0	0	0	0
Slowenien	0	0	0	0	0
Spanien	0	0	0	0	0
Tschechische Republik	0	0	0	0	0
Ungarn	0	0	0	0	0
Vereinigte Staaten von Amerika (inkl. Puerto Rico)	0	0	0	0	0
Zypern	0	0	0	0	0
Gesamt	0	0	0	0	0

Mio. EUR	31.12.2007				Gesamt
	Staat	Regionale Gebiets- körperschaft	Örtliche Gebiets- körperschaft	Sonstige Schuldner	
Bundesrepublik Deutschland	0	0	0	0	0
Finnland	0	0	0	0	0
Frankreich inkl. Monaco	0	0	0	0	0
Griechenland	0	0	0	0	0
Irland	0	0	0	0	0
Island	0	0	0	0	0
Italien	0	0	0	0	0
Japan	0	0	0	0	0
Kanada	0	0	0	0	0
Lettland					
Luxemburg	0	0	0	0	0
Österreich	0	0	0	0	0
Polen	0	0	0	0	0
Portugal inkl. Azoren und Madeira	0	0	0	0	0
Schweiz	0	0	0	0	0
Spanien	0	0	0	0	0
Tschechische Republik	0	0	0	0	0
Ungarn	0	0	0	0	0
Vereinigte Staaten von Amerika (inkl. Puerto Rico)	0	0	0	0	0
Zypern	0	0	0	0	0
Gesamt	0	0	0	0	0

B) Transparenzvorschriften für Hypothekendarlehen
gemäß § 28 PfandBG.

Mio. EUR	31.12.2008	31.12.2007
a) Deckungsmasse für Hypothekendarlehen		
Nennwert	6 042	3 787
Barwert	6 460	3 844
Barwert (+ 250 BP und Währungsstress)	5 824	3 481
Barwert (- 250 BP)	7 235	4 285
Umlauf an Hypothekendarlehen		
Nennwert	2 829	1 418
Barwert	2 978	1 428
Barwert (+ 250 BP und Währungsstress)	2 832	1 320
Barwert (- 250 BP)	3 151	1 554
Überdeckung		
Nennwert	3 213	2 369
Barwert	3 482	2 416
Barwert (+ 250 BP und Währungsstress)	2 992	2 161
Barwert (- 250 BP)	4 084	2 731
b) Anteil der Derivate an der Deckungsmasse	0	0

c) Laufzeitstruktur der Hypothekendarlehen nach PfandBG

Mio. EUR	31.12.2008				Gesamt
	bis 1 Jahr	> 1 Jahr bis 5 Jahre	> 5 Jahre bis 10 Jahre	> 10 Jahre	
Deckungsmasse	789	2 233	2 492	528	6 042
Umlaufende Hypothekendarlehen	760	1 625	439	5	2 829

Mio. EUR	31.12.2007				Gesamt
	bis 1 Jahr	> 1 Jahr bis 5 Jahre	> 5 Jahre bis 10 Jahre	> 10 Jahre	
Deckungsmasse	622	1 284	1 565	316	3 787
Umlaufende Hypothekendarlehen	364	569	485	0	1 418

d) Gesamtnennwert der Deckungsmassen nach Höhe der einzelnen Deckungsmassen

Mio. EUR	31.12.2008	31.12.2007
bis 300 TEUR	2 357	1 076
über 300 TEUR bis 5 Mio. EUR	1 869	1 423
über 5 Mio. EUR	1 816	1 288
Gesamt	6 042	3 787

e) Gesamtnennwert der Deckungsmassen nach
Nutzungsart/Land

31.12.2008				
Mio. EUR	Bundes- republik Deutschland	Niederlande	Frankreich	Gesamt
Gewerblich genutzte Grundstücke	0	0	0	0
Wohnwirtschaftlich genutzte Grundstücke	0	0	0	0
Wohnungen	800	0	0	800
Einfamilienhäuser	1 076	0	0	1 076
Mehrfamilienhäuser	1 897	0	0	1 897
Bürogebäude	630	30	0	660
Handelsgebäude	458	0	0	458
Industriegebäude	28	0	0	28
Sonstige gewerblich genutzte Gebäude	874	0	0	874
Unfertige und nicht ertragsfähige Neubauten	142	0	0	142
Bauplätze	21	0	0	21
Sonstige Deckung	80	0	0	80
Gesamt	6 006	30	0	6 036

31.12.2007				
Mio. EUR	Bundes- republik Deutschland	Niederlande	Frankreich	Gesamt
Gewerblich genutzte Grundstücke	0	0	0	0
Wohnwirtschaftlich genutzte Grundstücke	0	0	0	0
Wohnungen	346	0	0	346
Einfamilienhäuser	485	0	0	485
Mehrfamilienhäuser	1 458	0	0	1 458
Bürogebäude	377	30	0	407
Handelsgebäude	308	0	0	308
Industriegebäude	17	0	0	17
Sonstige gewerblich genutzte Gebäude	599	0	0	599
Unfertige und nicht ertragsfähige Neubauten	116	0	0	116
Bauplätze	11	0	0	11
Sonstige Deckung	40	0	0	40
Gesamt	3 757	30	0	3 787

f) Gesamtbetrag der mindestens 90 Tage rückständigen
Leistungen nach Land

Mio. EUR	Bundes- republik Deutschland	Niederlande	Frankreich	Gesamt
31.12.2008	0	0	0	0
31.12.2007	0	0	0	0

g) Anzahl der anhängigen Zwangsversteigerungs- und Zwangsverwaltungsverfahren sowie im Geschäftsjahr durchgeführten Zwangsversteigerungen

Anzahl	31.12.2008	
	Gewerblich genutzte Grundstücke	Wohnzwecken dienende Grundstücke
Anhängige Zwangsversteigerungsverfahren	0	0
Anhängige Zwangsverwaltungsverfahren	0	0
Durchgeführte Zwangsversteigerungen	0	0
Gesamt	0	0

Anzahl	31.12.2007	
	Gewerblich genutzte Grundstücke	Wohnzwecken dienende Grundstücke
Anhängige Zwangsversteigerungsverfahren	0	0
Anhängige Zwangsverwaltungsverfahren	0	0
Durchgeführte Zwangsversteigerungen	0	0
Gesamt	0	0

h) Übernahme von Grundstücken zur Verhütung von Verlusten

Anzahl	Gesamt	
	Gewerblich genutzte Grundstücke	Wohnzwecken dienende Grundstücke
01.01.2008 - 31.12.2008	0	0
01.01.2007 - 31.12.2007	0	0

i) Gesamtbetrag der rückständigen Zinsen

Anzahl	Gesamt	
	Gewerblich genutzte Grundstücke	Wohnzwecken dienende Grundstücke
01.01.2008 – 31.12.2008	0	0
01.01.2007 – 31.12.2007	0	0

j) Gesamtbetrag der Rückzahlungen auf die Hypotheken

Mio. EUR	01.01.2008 – 31.12.2008	
	Wohnzwecken dienende Grundstücke	Gewerblich genutzte Grundstücke
Rückzahlung durch Amortisation	28	68
Rückzahlung in anderer Weise	28	34
Gesamt	56	102

Mio. EUR	01.01.2007 – 31.12.2007	
	Wohnzwecken dienende Grundstücke	Gewerblich genutzte Grundstücke
Rückzahlung durch Amortisation	27	26
Rückzahlung in anderer Weise	11	1
Gesamt	38	27

17. Sonstige Verbindlichkeiten.

Zu den wichtigsten Einzelposten der sonstigen Verbindlichkeiten zählen Optionsprämien über 3 514,4 Mio. EUR (2007: 1 847,4 Mio. EUR) sowie anteilige Zinsen aus dem Swapdepotgeschäft in Höhe von 271,0 Mio. EUR (2007: 227,6 Mio. EUR).

18. Als Sicherheit für Verbindlichkeiten übertragene Vermögensgegenstände.

Für die nachfolgenden Verbindlichkeiten und Eventualverbindlichkeiten wurden Vermögensgegenstände im angegebenen Wert übertragen.

Mio. EUR	31.12.2008	31.12.2007
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	63 321,1	55 534,9
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	365,7	493,8
Verbriefte Verbindlichkeiten	67,5	24,6
Nachrangige Verbindlichkeiten	13,0	2,3
Eventualverbindlichkeiten	140,0	138,0
Gesamtbetrag der übertragenen Sicherheiten	63 907,3	56 193,6

19. Sonderposten mit Rücklageanteil.

Die Bildung und Verwendung des bestehenden Sonderpostens mit Rücklageanteil (§ 247 Abs. 3 i. V. m. § 273 HGB) in Höhe von 6,9 Mio. EUR erfolgte analog den Vorschriften des § 6b EstG. Im Geschäftsjahr 2008 erhöhte sich der Bestand von 69,0 Mio. EUR um 10,4 Mio. EUR auf 79,4 Mio. EUR durch Anwachsung der LRP. Nach Zuführung zu den Rücklagen in Höhe von 0,7 Mio. EUR sowie einer Auflösung von Rücklagen in Höhe von 73,2 Mio. EUR ergibt sich der Endbestand von 6,9 Mio. EUR.

20. Nachrangige Verbindlichkeiten.

Die in der Bilanz ausgewiesenen nachrangigen Verbindlichkeiten i. H. v. 5 637,2 Mio. EUR entsprechen nach Abzug der Drittrangmittel (640,5 Mio. EUR), der anteiligen Zinsen (89,2 Mio. EUR), des ursprünglichen Disagios (13,6 Mio. EUR), dreier aufsichtsrechtlich nicht anerkennungsfähiger Emissionen (0,8 Mio. EUR), der Zuschreibungen von Zerobonds in den letzten vier Jahren vor Fälligkeit (31,7 Mio. EUR), sowie zuzüglich einer Korrektur aufgrund der Verwendung unterschiedlicher Fremdwährungskurse (22,4 Mio. EUR) den Anforderungen des § 10 Abs. 5a S. 5 KWG (4 883,7 Mio. EUR). Davon werden 284,8 Mio. EUR (Buchwert bzw. bei Zerobonds Ausgabebetrag zuzüglich Zuschreibungen bis fünf Jahre vor Fälligkeit; Vorjahr: 94,9 Mio. EUR) lediglich zu zwei Fünfteln (113,9 Mio. EUR) angerechnet, da die Zweijahresfrist gemäß § 10 Abs. 5a Satz 2 KWG unterschritten ist bzw. ein Kündigungsrecht besteht.

Insgesamt ist von den nachrangigen Verbindlichkeiten zum 31. Dezember 2008 ein Volumen von 4 712,8 Mio. EUR gemäß § 10 Abs. 5a KWG dem Ergänzungskapital zuzurechnen. Davon ist zum Meldestichtag 31. Dezember 2008 die Marktpflegeposition in Höhe von 18,4 Mio. EUR abzuziehen. Die Korrektur von 22,4 Mio. EUR resultiert aus der Verwendung unterschiedlicher Umrechnungskurse im Meldewesen (EZB-Referenzkurs) und Rechnungswesen (EuroFX-Kurs) zum Bilanzstichtag, sowie der eingeschränkten Zurechenbarkeit der Aufzinsung von nachrangigen Zero-Schuldscheindarlehen zum haftenden Eigenkapital gemäß § 10 Abs. 5a Satz 1 Nr. 2 KWG. Für nachrangige Verbindlichkeiten sind im Berichtsjahr Zinsaufwendungen in Höhe von 272,4 Mio. EUR (Vorjahr: 231,1 Mio. EUR) entstanden.

21. Eigenkapital.

Das Eigenkapital der LBBW wies im Geschäftsjahr folgende Entwicklung auf:

Mio. EUR	31.12.2008
Eigenkapital am 31. Dezember 2007	10 940,8
./. Ausschüttung aus dem Bilanzgewinn 2007	85,2
+ Kursbedingte Veränderungen der stillen Einlagen	12,8
+ Veränderung der stillen Einlagen	11 777,6
Bilanzgewinn 2008	94,1
Eigenkapital am 31. Dezember 2008	12 140,1

22. Posten unter dem Strich.

Unter dem Bilanzstrich werden in Höhe von 29 393,3 Mio. EUR (2007: 25 521,5 Mio. EUR) Credit Default Swaps ausgewiesen, bei denen die LBBW den Kontrahenten Sicherheiten mit garantiefählichem Charakter bereitstellt. Die Credit Default Swaps betreffen 947 Einzelgeschäfte (Vorjahr: 755). Das Volumen entfällt auf die Hauptanstalt mit 10 461,3 Mio. EUR (Vorjahr: 8 246,0 Mio. EUR) sowie die Niederlassungen in London (15 346,3 Mio. EUR), Singapur (1 349,0 Mio. EUR) und New York (2 236,7 Mio. EUR). Der Gesamtbestand, einschließlich der Credit Default Swaps, bei denen die LBBW keine Sicherheiten stellt, ist unter (4) Derivate dargestellt.

Bei den unwiderruflichen Kreditzusagen handelt es sich ausschließlich um externe Zusagen. Lieferverpflichtungen aus Termingeschäften bestanden am Bilanzstichtag in Höhe von 1 853,1 Mio. EUR (2007: 2 031,2 Mio. EUR). Darin enthalten sind Geschäfte mit Schuldscheindarlehen (438,0 Mio. EUR), Termingelder (718,9 Mio. EUR), festverzinsliche Wertpapiere (54,7 Mio. EUR) sowie Wertpapierpensionsgeschäfte (641,5 Mio. EUR).

Aus Garantien für die Platzierung oder Übernahme von Finanzinstrumenten gegenüber Emittenten ist die LBBW im Geschäftsjahr (wie im Vorjahr) nicht in Anspruch genommen worden.

23. Patronatserklärung.

Die LBBW trägt, abgesehen vom Fall des politischen Risikos, für die in der Aufstellung des Anteilsbesitzes der LBBW gekennzeichneten Unternehmen unabhängig von der Anteilsquote dafür Sorge, dass diese ihre Verbindlichkeiten erfüllen können.

Im Fall der LBBW Bank Ireland plc, Dublin (heute LBBW Asset Management [Ireland], Dublin) bestand eine Patronatserklärung. Diese wurde mit Wirkung zum 31. August 2007 widerrufen.

Die LBBW hat für die BW Bank Capital Funding LLC I sowie für die BW Bank Capital Funding LLC II eine Patronatserklärung abgegeben, die allen vor- und nachrangigen Verbindlichkeiten der LBBW einschließlich Genussrechtskapital im Rang nachsteht.

24. Gewährträgerhaftung.

Die LBBW haftet für die bis zum 18. Juli 2005 (Wegfall der Gewährträgerhaftung) entstandenen Verbindlichkeiten der DekaBank Deutsche Girozentrale, Berlin und Frankfurt am Main sowie der LBS Landesbausparkasse Baden-Württemberg, Stuttgart und Karlsruhe in bestimmten Fällen abhängig von Entstehungszeitpunkt und Laufzeit der Verbindlichkeit als Gewährträger fort; für nach diesem Zeitpunkt entstandene Verbindlichkeiten haftet die LBBW in keinem Fall als Gewährträger.

Entsprechendes gilt im Außenverhältnis für die im Zeitraum ihrer Beteiligung entstandenen Verbindlichkeiten folgender Kreditinstitute: ehemalige Landesbank Schleswig-Holstein Girozentrale, Kiel, Westdeutsche Immobilienbank AG, Mainz, und ehemalige SLB Landesbank Sachsen Girozentrale, Leipzig und ehemalige LRP Landesbank Rheinland-Pfalz, Mainz.

Darüber hinaus stellt die LBBW die Treugeber und die ehemaligen Träger der SLB im Innenverhältnis von allen Verbindlichkeiten aus der von ihnen übernommenen Gewährträgerhaftung und Anstaltslast bei der SLB frei, die nach Ablauf des 31. Dezember 2007 gegen die Treugeber und ehemaligen Träger der SLB erstmals geltend gemacht werden, sofern und soweit die Gewährträgerhaftung aufgrund von Ansprüchen der LBBW oder mit der LBBW im Sinne von §§ 15 ff AktG verbundenen Unternehmen im Zusammenhang mit der Sealink Struktur (Nachfolgegesellschaft von Ormond Quay und Castle View) einschließlich einer oder mehrerer Castle View-Vehikel besteht und sich dort Vermögensgegenstände befinden, die ursprünglich im Ormond Quay Portfolio enthalten waren (Issuer Valuation Agreement vom 6. Mai 2004 in der Fassung vom 7. Juli 2005 zwischen der SachsenLB Europe plc. und Ormond Quay Funding plc., Eden Quay Asset Limited, Ellis Quay Asset Management Limited sowie Merchants Quay Asset Management Limited).

Die LBBW stellt im Übrigen die Treugeber sowie die ehemaligen Träger der SLB im Innenverhältnis von allen Verbindlichkeiten aus der von ihnen übernommenen Gewährträgerhaftung und Anstaltslast bei der SLB frei, die nach Ablauf des 31. Dezember 2010 gegen die Treugeber sowie die ehemaligen Träger der SLB erstmals geltend gemacht werden.

25. Sonstige finanzielle Verpflichtungen.

Die sonstigen finanziellen Verpflichtungen, die weder in der Bilanz noch unter dem Bilanzstrich ausgewiesen sind, betragen bei der LBBW 915,9 Mio. EUR (2007: 483,2 Mio. EUR); davon entfallen 135,6 Mio. EUR jährlich auf langfristige Miet- und Leasingverträge sowie 75,8 Mio. EUR auf eine Nachschusspflicht für die Liquiditäts- und Konsortialbank GmbH, Frankfurt am Main. Gegenüber der Sicherungsreserve der Landesbanken und Girozentralen bestehen Nachschusspflichten in Höhe von 633,2 Mio. EUR. Sofern ein Stützungsfall eintritt, können die Nachschüsse sofort eingefordert werden.

Von den sonstigen finanziellen Verpflichtungen der LBBW betreffen 56,1 Mio. EUR (2007: 39,9 Mio. EUR) verbundene Unternehmen.

Nach § 5 Abs. 10 der Statuten des Einlagensicherungsfonds hat sich die LBBW verpflichtet, den Bundesverband deutscher Banken e.V., Berlin, von Verlusten freizustellen, die diesem durch eine Hilfeleistung zu Gunsten von im Mehrheitsbesitz der Landesbank Baden-Württemberg stehenden Kreditinstituten entstehen.

Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung.

26. Sonstige betriebliche Erträge.

Von den sonstigen betrieblichen Erträgen entfallen 213,9 Mio. EUR auf Veräußerungsgewinne aus dem Verkauf von Beteiligungen und Immobilien des Anlagevermögens sowie auf Erträge aus Vermietung und Verpachtung von Grundstücken und Gebäuden.

27. Abschlussprüferhonorar.

Das im Geschäftsjahr als Aufwand erfasste Honorar für den Abschlussprüfer umfasst ausschließlich die von Pricewaterhouse-Coopers AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft erbrachten Leistungen.

Mio. EUR	31.12.2008
Abschlussprüfung	3,7
Sonstige Bestätigungs- oder Bewertungsleistungen	1,9
Steuerberatungsleistungen	0,1
Sonstige Leistungen	1,5
Gesamt	7,2

28. Außerordentliches Ergebnis.

Das außerordentliche Ergebnis resultiert zum größten Teil aus Belastungen im Zusammenhang mit der Übernahme der SLB und damit verbundenem Verschmelzungsverlust in Höhe von 593,9 Mio. EUR bzw. aus einem Verschmelzungsgewinn durch die Übernahme der LRP in Höhe von 270,9 Mio. EUR. Im Rahmen der rückwirkenden Verschmelzung der SLBE auf die Dublin GmbH zum 1. Januar 2008 erhöhte sich der Wert der Anteile an der Dublin GmbH durch Ansatz der neuen Anteile mit dem Zeitwert (Anwendung der allgemeinen Tauschgrundsätze) um 165,8 Mio. EUR auf 230,8 Mio. EUR.

29. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag.

Durch den Rückgang des Jahresergebnisses vor Steuern ergab sich unter Einbeziehung der ausländischen Niederlassungen und nach Migration der Landesbank Sachsen AG und Landesbank Rheinland-Pfalz ein Steuerertrag von 27,6 Mio. EUR.

Im Hinblick auf die steuerliche Risikosituation sowie der Abwicklung der steuerlichen Betriebsprüfung war ein aperiodischer Aufwand in Höhe von 73,8 Mio. EUR erforderlich, sodass insgesamt EE-Steuern von 46,2 Mio. EUR zu verzeichnen sind.

30. Aufgliederung der Erträge nach geografischen Märkten.

Der Gesamtbetrag aus den GuV-Posten

Nr. 1: Zinserträge

Nr. 3: Laufende Erträge aus Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren, Beteiligungen und Anteilen an verbundenen Unternehmen

Nr. 5: Provisionserträge

Nr. 7: Nettoertrag aus Finanzgeschäften

Nr. 8: Sonstige betriebliche Erträge

verteilt sich auf die unten stehenden geografischen Märkte wie folgt:

Mio. EUR	31.12.2008	31.12.2007
Bundesrepublik Deutschland	19 563,2	13 676,3
Europa (EU-Staaten ohne Deutschland)	2 047,0	2 085,7
Asien	568,0	611,6
Amerika	828,5	964,6
Gesamt	23 006,7	17 338,2

31. Dienstleistungen für Verwaltung und Vermittlung.

Für Dritte erbrachte Dienstleistungen betreffen insbesondere die Verwaltung und Vermittlung von Wertpapierdepots, Treuhandkrediten, Beteiligungen sowie Investment- und Immobilienfonds.

Sonstige Angaben.

32. Beteiligungen der LBBW an großen Kapitalgesellschaften, die 5 v. H. der Stimmrechte überschreiten.

Atos Wordline Processing GmbH, Frankfurt am Main

B+S Card Service GmbH, Frankfurt am Main

Bürgschaftsbank Sachsen GmbH, Dresden

HSBC Trinkaus & Burkhardt AG, Düsseldorf

LBS Landesbausparkasse Baden-Württemberg, Stuttgart und Karlsruhe

LHI Südwest Immobilien GmbH, Pöcking

quirin bank AG, Berlin

Siedlungswerk gemeinnützige Gesellschaft für Wohnungs- und Städtebau GmbH, Stuttgart

SOTRADA AG, Stuttgart

Südwestdeutsche Salzwerte AG, Heilbronn

Universal-Investment-Gesellschaft mbH, Frankfurt am Main

VBH Holding AG, Korntal-Münchingen

Württembergische Lebensversicherung AG, Stuttgart

Wüstenrot & Württembergische AG, Stuttgart

33. Die von gesetzlichen Vertretern oder Mitarbeitern der LBBW wahrgenommenen Mandate in gesetzlich zu bildenden Aufsichtsgremien und vergleichbaren Kontrollgremien von großen Kapitalgesellschaften und Kreditinstituten im Inland.

Gesellschaft	Mandatsart	Mandatsträger
AdCapital AG, Leinfelden-Echterdingen	Aufsichtsrat	Hans-Joachim Strüder
AKA Ausfuhrkredit GmbH, Frankfurt am Main	Aufsichtsrat	Joachim Landgraf
	Stv. Aufsichtsrat	Elvira Bergmann
Aksys-Beteiligungs GmbH, Worms	Aufsichtsrat	Joachim Hug bis 23. Oktober 2008
Allgaier Werke GmbH, Uhingen	Aufsichtsrat	Joachim E. Schielke
Asknet AG, Karlsruhe	Aufsichtsrat	Joachim Hug
Baden-Württembergische Investmentgesellschaft mbH, Stuttgart	Vorsitzender des Aufsichtsrats	Horst Marschall
	2. stv. Vorsitzender des Aufsichtsrats	Hans-Joachim Strüder
	Aufsichtsrat	Markus Gierke bis 31. Dezember 2008
	Aufsichtsrat	Manuel Köppel seit 12. Januar 2009
Bankhaus Ellwanger & Geiger, Stuttgart	Vorsitzender des Verwaltungsrats und des Kreditausschusses	Michael Horn
B+S Card Service GmbH, Frankfurt am Main	Aufsichtsrat	Rudolf Zipf
börse-Stuttgart AG, Stuttgart	Vorsitzender des Aufsichtsrats	Horst Marschall
	Aufsichtsrat	Hans-Joachim Strüder
Bürgerliches Brauhaus Ravensburg-Lindau AG, Ravensburg	Stv. Vorsitzender des Aufsichtsrats	Harald R. Pfab
Bürgschaftsbank Baden-Württemberg GmbH, Stuttgart	Stv. Vorsitzender des Aufsichtsrats	Dr. Bernhard Walter
	Aufsichtsrat	Jürgen Kugler
Bürgschaftsbank Sachsen GmbH, Dresden	Aufsichtsrat	Harald R. Pfab
DekaBank Deutsche Girozentrale, Berlin und Frankfurt am Main	2. stv. Vorsitzender des Verwaltungsrats	Dr. Siegfried Jaschinski
	Verwaltungsrat	Dr. Friedhelm Plogmann bis 30. Juni 2008
Deutscher Sparkassenverlag GmbH, Stuttgart	Aufsichtsrat	Dr. Siegfried Jaschinski
Dürr AG, Stuttgart	Aufsichtsrat	Joachim E. Schielke
Euwax AG, Stuttgart	Stv. Vorsitzender des Aufsichtsrats	Horst Marschall
	Aufsichtsrat	Hans-Joachim Strüder
Grieshaber Logistik AG, Weingarten	Aufsichtsrat	Michael Horn
Heidelberger Druckmaschinen AG, Heidelberg	Aufsichtsrat	Dr. Siegfried Jaschinski
HSBC Trinkaus & Burkhardt AG, Düsseldorf	Aufsichtsrat	Dr. Siegfried Jaschinski

Gesellschaft	Mandatsart	Mandatsträger
Hymer AG, Bad Waldsee	Aufsichtsrat	Michael Horn
KfW Kreditanstalt für Wiederaufbau, Frankfurt am Main	Verwaltungsrat	Dr. Siegfried Jaschinski
Kreissparkasse Donnersberg, Rockenhausen	Verwaltungsrat	Gabriela Wildanger-Hofmeister
Sachsen Bank, Leipzig (bis 31. März 2008 firmierte die Gesellschaft als Landesbank Sachsen AG)	Vorsitzender des Aufsichtsrats	Michael Horn vom 24. Februar 2008 bis 31. März 2008
	Stv. Vorsitzender des Aufsichtsrats	Joachim E. Schielke vom 24. Februar 2008 bis 31. März 2008
	Aufsichtsrat	Dr. Peter Kaemmerer vom 24. Februar 2008 bis 31. März 2008
LBBW Asset Management (Ireland) plc., Dublin	Vorsitzender des Aufsichtsrats	Hans-Joachim Strüder
	Stv. Vorsitzender des Aufsichtsrats	Dr. Bernhard Walter
LBBW Bank CZ a.s., Prag	Vorsitzender des Aufsichtsrats	Michael Horn seit 1. September 2008
	Stv. Vorsitzender des Aufsichtsrats	Dr. Peter Kaemmerer seit 1. September 2008
	Aufsichtsrat	Andreas Fohrmann seit 1. September 2008
	Aufsichtsrat	Harald R. Pfab seit 1. September 2008
LBBW Immobilien GmbH, Stuttgart	Vorsitzender des Aufsichtsrats	Dr. Siegfried Jaschinski
	Aufsichtsrat	Dr. Bernhard Walter
LBBW Luxemburg S.A., Luxemburg (bis 31. August 2008 hat die Gesellschaft als LRI Landesbank Rheinland-Pfalz International S.A. firmiert)	Vorsitzender des Verwaltungsrats	Hans-Joachim Strüder seit 1. Juli 2008 (vorher Mitglied)
	Vorsitzender des Verwaltungsrats	Dr. Friedrich Plogmann bis 30. Juni 2008
	Verwaltungsrat	Alain Baustert bis 31. Dezember 2008
	Verwaltungsrat	Roby Haas bis 31. Dezember 2008
	Verwaltungsrat	Daniel Juncker bis 30. Juni 2008
	Verwaltungsrat	Hubert Sühr bis 30. Juni 2008
	Verwaltungsrat	Michael Horn
	Verwaltungsrat	Dr. Peter Kaemmerer seit 1. Juli 2008
	Verwaltungsrat	Berthold Veil seit 1. Juli 2008
LBBW (Schweiz) AG, Zürich	Vorsitzender des Verwaltungsrats	Horst Marschall
LBS Baden-Württemberg, Stuttgart und Karlsruhe	Verwaltungsrat	Michael Horn
	Stv. Verwaltungsrat	Rudolf Zipf
Rheinland-Pfalz Bank, Mainz (bis 30. Juni 2008 LRP Landesbank Rheinland-Pfalz Girozentrale)	Vorsitzender des Verwaltungsrats	Dr. Siegfried Jaschinski bis 30. Juni 2008
	Verwaltungsrat	Michael Horn bis 30. Juni 2008
	Stv. Verwaltungsrat	Joachim E. Schielke bis 30. Juni 2008
	Stv. Verwaltungsrat	Dr. Bernhard Walter bis 30. Juni 2008
	Stv. Verwaltungsrat	Rudolf Zipf bis 30. Juni 2008

Gesellschaft	Mandatsart	Mandatsträger
Maschinenfabrik Esterer AG, Altötting	Aufsichtsrat	Claudia Diem vom 22. Juli 2008 bis 24. Oktober 2008
MKB Mittelrheinische Bank GmbH, Koblenz	Vorsitzender des Aufsichtsrats Stv. Vorsitzender des Aufsichtsrats Aufsichtsrat	Joachim E. Schielke Michael Horn Dr. Bernhard Walter
MMV-Leasing GmbH, Koblenz	Vorsitzender des Beirats Stv. Vorsitzender des Beirats Beirat	Joachim E. Schielke Michael Horn Dr. Bernhard Walter
Paul Hartmann AG, Heidenheim a. d. Brenz	Aufsichtsrat	Joachim E. Schielke seit 30. April 2008
quirin bank AG, Berlin	Aufsichtsrat	Andreas Benninger seit 18. Juli 2008
Rohwedder AG, Bermatingen	Aufsichtsrat	Dr. Peter Kaemmerer
Schlossgartenbau AG, Stuttgart	Vorsitzender des Aufsichtsrats Aufsichtsrat	Hans Strudel Dr. Armin Brendle
Schwabenverlag AG, Ostfildern	Aufsichtsrat	Werner Partsch
Schweizerische National-Versicherungs-Gesellschaft, Basel	Verwaltungsrat	Dr. Peter Kaemmerer
Siedlungswerk Gemeinnützige Gesellschaft für Wohnungs- und Städtebau mbH, Stuttgart	Stv. Vorsitzender des Aufsichtsrats	Michael Horn
SOTRADA, Stuttgart	Vorsitzender des Aufsichtsrats Vorsitzender des Aufsichtsrats Aufsichtsrat	Wolf-Dieter Ihle bis 30. Juni 2008 Ralf Menzel seit 30. Juni 2008 Ralf Winkelmann
Stratec biomedical Systems AG, Birkenfeld	Aufsichtsrat	Burkhard Wollny
SV Sparkassenversicherung Holding AG, Stuttgart	Aufsichtsrat	Michael Horn
Universal-Investment-Gesellschaft mbH, Frankfurt am Main	Aufsichtsrat	Horst Marschall
Vorarlberger Landes- und Hypothekenbank, Bregenz	Aufsichtsrat	Michael Horn
Württembergische Lebensversicherung AG, Stuttgart	Aufsichtsrat	Michael Horn
Wüstenrot Bank AG Pfandbriefbank, Ludwigsburg	Aufsichtsrat	Hans-Joachim Strüder
Wüstenrot & Württembergische AG, Stuttgart	Aufsichtsrat	Joachim E. Schielke

34. Mitarbeiter im Jahresdurchschnitt.

	Männlich	Weiblich	Insgesamt
LBBW			
Inländische Hauptsitze/Zweigniederlassungen	5 119	5 413	10 532
Ausländische Niederlassungen	137	98	235
Repräsentanzen	49	25	74
Summe LBBW	5 305	5 536	10 841
Nachrichtlich:			
Auszubildende	279	341	620

35. Gesamtbezüge der Organe.

Die Gesamtbezüge des Vorstands der LBBW betragen 5,7 Mio. EUR. Die Bezüge der Mitglieder des Verwaltungsrats, der Trägerversammlung und des Kreditausschusses betragen 0,6 Mio. EUR. Die Gesamtbezüge früherer Mitglieder des Vorstands und ihrer Hinterbliebenen belaufen sich auf insgesamt 9,9 Mio. EUR, wovon 3,3 Mio. EUR auf die SLB und LRP entfallen; die Pensionsrückstellungen für frühere Mitglieder des Vorstands und ihre Hinterbliebenen sind, unter Einbeziehung der SLB und LRP, in Höhe von 82,5 Mio. EUR gebildet.

36. Vorschüsse und Kredite an sowie Haftungsverhältnisse zu Gunsten der Organe der LBBW bzw. deren Vorgängerinstitute.

Mio. EUR	Vorstand	Verwaltungs- rat	Träger- versammlung
Vorschüsse und Kredite	0,6	2,6	0,2
Haftungsverhältnisse	0,0	0,0	0,0

Vorstand der LBBW.

Vorsitzender

DR. SIEGFRIED JASCHINSKI

Stv. Vorsitzender

MICHAEL HORN

Mitglieder

DR. PETER A. KAEMMERER

JOACHIM E. SCHIELKE

HANS-JOACHIM STRÜDER

DR. BERNHARD WALTER

RUDOLF ZIPF

Verwaltungsrat der LBBW.

Vorsitzender

PETER SCHNEIDER, MdL
Präsident des Sparkassenverbands
Baden-Württemberg, Stuttgart

1. stv. Vorsitzender

STEFAN MAPPUS, MdL
Vorsitzender der CDU-Fraktion im Landtag
von Baden-Württemberg, Stuttgart

2. stv. Vorsitzender

DR. WOLFGANG SCHUSTER
Oberbürgermeister der
Landeshauptstadt Stuttgart

Ordentliche Mitglieder

THOMAS BERRETH*
Bankangestellter der Landesbank
Baden-Württemberg, Stuttgart

SIEGFRIED BESSEY*
bis 30. April 2008
Bankangestellter im Ruhestand, Esslingen

HARALD COBLENZ*
Bankangestellter der Landesbank
Baden-Württemberg, Karlsruhe

BERND DOLL
Oberbürgermeister der Stadt Bruchsal,
Vorsitzender des Verwaltungsrats der
Sparkasse Kraichgau

RICHARD DRAUTZ
bis 30. Juni 2008
Staatssekretär im Wirtschaftsministerium
des Landes Baden-Württemberg, Stuttgart

DR.-ING. E. H. HEINZ DÜRR
Vorsitzender des Aufsichtsrats
der Dürr AG, Stuttgart

WALTER FRÖSCHLE*
Bankangestellter der Landesbank
Baden-Württemberg, Stuttgart

ALBERT HÄBERLE
Sparkassendirektor, Vorsitzender des
Vorstands der Kreissparkasse Waiblingen

KARLHEINZ HEINZELMANN
ab 1. Mai 2008
Bankangestellter im Vorruhestand,
Besigheim

HELMUT HIMMELSBACH
Oberbürgermeister der Stadt Heilbronn

UDO HUMMEL*
ab 1. Januar 2008
Bankangestellter der Landesbank
Baden-Württemberg, Stuttgart

DR. SC. TECHN. DIETER HUNDT

Senator E. h., Präsident der Bundes-
vereinigung der Deutschen Arbeitgeber-
verbände, Vorsitzender des Aufsichtsrats
der ALLGAIER-WERKE GmbH, UHINGEN

JENS JUNGBAUER*

Bankangestellter der Landesbank
Baden-Württemberg, Stuttgart

DIPL.-ING. (FH)

MANFRED KANZLEITER
Stadtrat, Vorsitzender der SPD-Fraktion
im Gemeinderat der Landeshauptstadt
Stuttgart

LIAN LIE LIEM*

Bankangestellte der Landesbank
Baden-Württemberg, Stuttgart

GÜNTHER NOLLERT*

Bankangestellter der Landesbank
Baden-Württemberg, Mannheim

PROF. DR. WOLFGANG REINHART, MdL

ab 30. Juni 2008
Minister für Bundes- und Europa-
angelegenheiten und im Staats-
ministerium von Baden-Württemberg

IRIS RIPSAM

ab 8. Mai 2008
Stadträtin, Vorsitzende der CDU-Fraktion
im Gemeinderat der Landeshauptstadt
Stuttgart

EUGEN SCHÄUFELE

Sparkassendirektor, Vorsitzender des
Vorstands der Kreissparkasse Reutlingen

HELMUT SCHLEWEIS

Sparkassendirektor, Vorsitzender des
Vorstands der Sparkasse Heidelberg

DR. NILS SCHMID, MdL

Rechtsanwalt, stv. Vorsitzender
der SPD-Fraktion im Landtag
von Baden-Württemberg, Stuttgart

* von den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern gewählt

CLAUS SCHMIEDEL, MdL
Vorsitzender der SPD-Fraktion
im Landtag von Baden-Württemberg,
Stuttgart

HERMANN SEIMETZ
bis 31. Dezember 2008
Senator E. h., Donzdorf

WILLI STÄCHELE, MdL
Finanzminister des Landes
Baden-Württemberg, Stuttgart

GERHARD STRATTHAUS, MdL
bis 4. November 2008
Minister a. D., Präsident der Führungs-
kräfteakademie Baden-Württemberg,
Karlsruhe

HANS OTTO STREUBER
Präsident des Sparkassen- und
Giroverbandes Rheinland-Pfalz,
Budenheim

REINHOLD UHL
bis 16. April 2008
Stadtrat, Stuttgart

WERNER UNFRIED*
Bankangestellter der Landesbank
Baden-Württemberg, Stuttgart

KURT WIDMAIER
Landrat des Landkreises Ravensburg,
Vorsitzender des Verwaltungsrats
der Kreissparkasse Ravensburg

NORBERT ZIPF*
Bankangestellter der Landesbank
Baden-Württemberg, Stuttgart

Stellvertretende Mitglieder

DIPL.-OEC. MUHTEREM ARAS
Stadträtin, Steuerberaterin, Vorsitzende
der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN
im Gemeinderat der Landeshauptstadt
Stuttgart

STEFAN BARG
† 22. Mai 2008
Stadtrat, Regierungsdirektor,
Staatsministerium
Baden-Württemberg, Stuttgart

HANS BAUER*
Bankangestellter der Landesbank
Baden-Württemberg, Stuttgart

**DIPL.-WIRTSCH.-ING. (FH)
BERND BECHTOLD**
bis 31. Dezember 2008
Präsident der IHK Karlsruhe,
Geschäftsführender Gesellschafter b.i.g.
bechtold INGENIEURGESELLSCHAFT MBH,
Karlsruhe

CHRISTIAN BRAND
Vorsitzender des Vorstands der
Landeskreditbank Baden-Württemberg –
Förderbank, Karlsruhe

ROLAND BÜRKLE
Bürgermeister der Stadt Bad Wurzach

WOLFGANG DREXLER, MdL
bis 31. Dezember 2008
Oberamtsanwalt a. D.,
Erster stellvertretender Präsident des
Landtags von Baden-Württemberg,
Stuttgart

MICHAEL FÖLL, MdL
Erster Bürgermeister der
Landeshauptstadt Stuttgart

ARMIN FREUNDL*
Bankangestellter der Landesbank
Baden-Württemberg, Stuttgart

DR. RAINER HAAS M. A.
Rechtsanwalt, Senator h. c., Landrat des
Landkreises Ludwigsburg, Vorsitzender
des Verwaltungsrats der Kreissparkasse
Ludwigsburg

EBERHARD HÄGE*
Bankangestellter der
Landesbank Baden-Württemberg,
Stuttgart

MARTIN HAIBLE*
Bankangestellter der Landesbank
Baden-Württemberg, Stuttgart

KARLHEINZ HEINZELMANN*
bis 30. April 2008
Bankangestellter im Vorruhestand,
Besigheim

HORST HOFFMANN
bis 31. Dezember 2008
Sparkassendirektor, Vorsitzender
des Vorstands der Sparkasse Südliche
Weinstraße in Landau, Landau

HANS GEORG JUNGINGER, MdL
bis 31. Dezember 2008
Rechtsanwalt, Vorsitzender des
Innenausschusses der SPD-Fraktion im
Landtag von Baden-Württemberg,
Stuttgart

TIMO KLEIN*
Bankangestellter der Landesbank
Baden-Württemberg, Karlsruhe

SABINE LEHMANN*
Bankangestellte der Landesbank
Baden-Württemberg, Mannheim

PROF. DR. DORIT LOOS
ab 3. Juli 2008
Stadträtin, Stuttgart

THOMAS LÜTZELBERGER
Sparkassendirektor, Vorsitzender
des Vorstands der Sparkasse
Schwäbisch Hall-Crailsheim

* von den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern gewählt

HERMANN MADER

Landrat des Landkreises Heidenheim,
Vorsitzender des Verwaltungsrats
der Kreissparkasse Heidenheim

PETER MAY

bis 31. Dezember 2008
Senator E. h., Honorarkonsul der Republik
Östlich des Uruguay, Vorstandsvorsit-
zender der STINAG Stuttgart Invest AG,
Stuttgart

DR. GISELA MEISTER-SCHEUFELN

bis 31. Dezember 2008
Senatorin e. h., Ministerialdirektorin
im Finanzministerium des Landes
Baden-Württemberg, Stuttgart

SIEGFRIED RIEG

Kreisrat, Oberbürgermeister a. D.,
Giengen

DIETER RÖSLER*

Bankangestellter der Landesbank
Baden-Württemberg, Stuttgart

CHRISTIAN ROGG*

ab 1. Januar 2008
Bankangestellter der Landesbank
Baden-Württemberg, Stuttgart

JOHANN ROTH

Sparkassendirektor, Vorsitzender
des Vorstands der Bezirkssparkasse
Reichenau

DR. STEFAN SCHEFFOLD, MdL

Rechtsanwalt, Stellvertretender
Vorsitzender der CDU-Fraktion im Landtag
von Baden-Württemberg, Stuttgart

GERD SIEBERTZ*

Bankangestellter der Landesbank
Baden-Württemberg, Stuttgart

RENATE STEINER*

ab 1. Mai 2008
Bankangestellte der Landesbank
Baden-Württemberg, Stuttgart

JOACHIM WALTER

Landrat des Landkreises Tübingen,
Vorsitzender des Verwaltungsrats der
Kreissparkasse Tübingen

PROF. DR. WILLI WEIBLEN

bis 31. Dezember 2008
Ministerialdirigent im Wirtschafts-
ministerium des Landes
Baden-Württemberg, Stuttgart

CLEMENS WINCKLER

bis 31. Dezember 2008
Rentner, Bad Wörishofen

* von den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern gewählt

Versicherung der gesetzlichen Vertreter.

Wir versichern nach bestem Wissen, dass gemäß den anzuwendenden Rechnungslegungsgrundsätzen der Jahresabschluss ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Landesbank Baden-Württemberg vermittelt und im Lagebericht der Geschäftsverlauf einschließlich des Geschäftsergebnisses und die Lage der Landesbank Baden-Württemberg so dargestellt sind, dass ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild vermittelt wird, sowie die wesentlichen Chancen und Risiken der voraussichtlichen Entwicklung der Landesbank Baden-Württemberg beschrieben sind.

Stuttgart, Karlsruhe, Mannheim und Mainz, den 13. März 2009

Der Vorstand



DR. SIEGFRIED JASCHINSKI
Vorsitzender



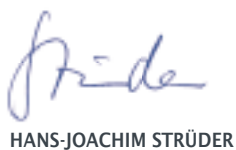
MICHAEL HORN
Stv. Vorsitzender



DR. PETER A. KAEMMERER



JOACHIM E. SCHIELKE



HANS-JOACHIM STRÜDER



DR. BERNHARD WALTER



RUDOLF ZIPF

Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers.

»Wir haben den Jahresabschluss – bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang – unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der Landesbank Baden-Württemberg, Stuttgart, Karlsruhe, Mannheim und Mainz (LBBW), für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2008 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften liegen in der Verantwortung des Vorstands der LBBW. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Gesellschaft sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen des Vorstands sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der LBBW und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.«

Stuttgart, den 13. März 2009

PricewaterhouseCoopers
Aktiengesellschaft, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft



WALTER SCHULDT
Wirtschaftsprüfer



DR. ANDREAS RUSS
Wirtschaftsprüfer